

2014

Jahresfinanzbericht

Einzelabschlüsse der Helaba

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen

- 3 **Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen**
- 41 **Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen**
- 42 Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen
- 46 Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen
- 48 Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen
- 80 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 81 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

- 83 **Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen**
- 95 **Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen**
- 96 Jahresbilanz der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 98 Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 100 Anhang der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 104 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
- 105 Beirat der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 106 Statistische Angaben zum Bauspargeschäft
- 116 **Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen**

Lagebericht der
Landesbank Hessen-Thüringen

Lagebericht

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell der Bank

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfügt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) über das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit starkem regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation. Dieses Geschäftsmodell ist die Basis für die sehr stabile, positive Geschäfts- und Ertragsentwicklung der letzten Jahre.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Aufbauorganisatorisch und in der Geschäftssteuerung gilt das Prinzip der konzernweiten Divisionalisierung, das heißt, es erfolgt konzernweit eine einheitliche Steuerung aller Produkt-, Kunden- und Servicebereiche.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und des gehobenen Mittelstandes, institutionellen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In Hessen-Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechnung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperationsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Vereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg

ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 800.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100 %-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Daher verfügt die WIBank bei S&P über ein „AA“-Rating für langfristige unbesicherte Verbindlichkeiten. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften, beteiligt. Der Thüringer Aufbaubank hat die Helaba ein Nachrangdarlehen in Höhe von 40 Mio. € gewährt.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäftssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen eines Kosten-Ertrag-Verhältnisses von 60 %. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Rentabilitätsziele werden über die bilanzielle und regulatorische Eigenkapitalrentabilität gesteuert. Die Zielquoten der Bank berücksichtigen die gestärkte Kapitalbasis sowie die regulatorisch getriebenen Kostenbelastungen der nächsten Jahre.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte an der Gesamtbilanz.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Funding-Basis.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba die Stoßrichtung, ihre Position als führende Verbundbank der deutschen Sparkassenorganisation weiter auszubauen. Mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen ist die Helaba über das satzungsgesetzlich verankerte Verbundkonzept verbunden. Mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen bestehen umfangreiche vertragliche Kooperationsvereinbarungen. Ziel beider Vereinbarungen ist insbesondere die Intensivierung der Zusammenarbeit der angeschlossenen Sparkassen mit der Helaba-Verbundbank. Angestrebt wird eine durchgängige Verbundquote im Zielkorridor von 60 % bis 80 %.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass rund die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate,

die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergütungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche und ökologische Verantwortung. Mit ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen bekennt sich die Helaba nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung. Die Nachhaltigkeitsleitsätze enthalten Kernaussagen und Verhaltensmaßstäbe zu den Themen Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb (betrieblicher Umweltschutz, Corporate Governance und Compliance), Mitarbeiter sowie gesellschaftliches Engagement. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umweltrisiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein. Die Helaba prüft die Erstellung und Installierung eines Regelprozesses zur angemessenen Berücksichtigung von Umweltrisiken sowie sozialen und ethischen Gesichtspunkten bei der Entscheidung über die Vergabe einschlägiger Kredite. Herstellung und Handel kontroverser Waffenarten werden von der Helaba nicht finanziert. Auf Spekulationsgeschäfte mit Agrarrohstoffen verzichtet die Helaba ebenso wie auf die Entwicklung von Investment-Produkten mit Bezug zu Agrarrohstoffen. Einen Beitrag zum Klimaschutz leistet die Helaba durch Maßnahmen zur betrieblichen Energieeinsparung. Dem MAIN TOWER, dem Hauptgebäude der Helaba am Standort Frankfurt am Main, wurde nach den Standards von „Leadership in Energy and Environmental Design (LEED)“ im Jahr 2011 die Auszeichnung „LEED Gold“ als umweltfreundliches, ressourcenschonendes und nachhaltiges Gebäude verliehen. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verord-

nung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Durch die jährliche Ermittlung von Umweltkennzahlen und deren Veröffentlichung im Internet macht die Helaba wesentliche Elemente ihres ökologischen Profils transparent und schafft Anreize für die weitere Verringerung von Verbrauchs-

und Emissionswerten. Helaba und Frankfurter Sparkasse gehören zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur. Die Helaba ist direkt beziehungsweise über die Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert zahlreiche Einrichtungen und Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

Wirtschaftsbericht

Comprehensive Assessment (CA) der EZB

Die Helaba-Institutsguppe hat sich im Comprehensive Assessment – Asset Quality Review (AQR) mit anschließendem Stresstest von Europäischer Zentralbank (EZB) und European Banking Authority (EBA) – erwartungsgemäß als sehr solide und belastbar erwiesen. Die konzernweite harte Kernkapitalquote (CET 1), die zum Jahresende 2013 mit 12,5 % ausgewiesen wurde, reduzierte sich als Ergebnis des AQR leicht um 0,3 Prozentpunkte auf 12,2 %.

Die EZB hat die von der Helaba angewandten Bilanzierungsmethoden (accounting policies) vollumfänglich bestätigt. Mit ihren von der IFRS-Rechnungslegung abweichenden Ansätzen (prudential valuation) ermittelte die EZB im AQR eine Wertkorrektur auf die Geschäftsportfolios von 195 Mio. €. Dabei hat die EZB im Abschluss der Helaba zum 31. Dezember 2013 gebuchte Portfoliowertberichtigungen für Engagements, für die keine akuten Ausfallrisiken vorliegen, in Höhe von rund 150 Mio. € nicht berücksichtigt. Auch unter Zugrundelegung der vorsichtigen Bewertungsansätze der EZB liegt im AQR die CET 1-Quote der Helaba mit 12,2 % deutlich über den geforderten 8,0 %. Unter Berücksichtigung der 150 Mio. € würde die CET 1-Quote 12,4 % betragen.

Im Rahmen des regulären Risikovororgeprozesses der Helaba wird die Angemessenheit der Risikovororge regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die hierbei im Laufe des Jahres 2014 gewonnenen neuen Erkenntnisse, etwa aus aktuellen Wertgutachten, hat die Helaba in der Risikovororge zum 31. Dezember 2014 berücksichtigt. Auch für im AQR geprüfte Engagements wurden im Rahmen dieser Prozesse Wertberichtigungen gebildet oder fortgeschrieben.

In der kombinierten Betrachtung von AQR, Stresstest und Join-up ergibt sich für die Helaba im Baseline-Szenario eine CET 1-Quote von 11,4 %, deutlich über den geforderten 8 %. Im adversen Szenario weist die Helaba eine CET 1-Quote von 8,2 % auf. Diese liegt ebenfalls deutlich über den geforderten 5,5 % und spiegelt das gute Risikoprofil der Helaba wider.

Die Leverage Ratio sinkt im AQR nur unwesentlich von 3,9 % auf 3,8 %. Damit übertrifft die Bank bereits heute die zukünftig geforderten aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft startete mit Dynamik ins Jahr 2014. Der extrem milde Winter stimulierte insbesondere die Bautätigkeit. Danach ließ die Schrittfolge allerdings deutlich nach. Schwache Schwellenländer, Probleme in der Eurozone und der Konflikt mit Russland belasteten die deutsche Industrie. Trotz alledem wurde im Gesamtjahr noch ein Wirtschaftswachstum von 1,6 % erreicht und damit mehr als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Der Außenbeitrag lieferte hier von 0,4 Prozentpunkte, während vom privaten und öffentlichen Konsum 0,8 Prozentpunkte kamen. Beschäftigungszuwächse, höhere Lohnabschlüsse bei einer gleichzeitig sehr niedrigen Inflation von nur 0,8 % ließen die Realeinkommen steigen. Hiervon profitierten die Konsumenten.

Enttäuschend verlief dagegen die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Die Unsicherheiten beim Export machten sich hier bemerkbar, obwohl niedrige Kapitalmarktzinsen und eine durchschnittliche Kapazitätsauslastung eigentlich für mehr Investitionen gesprochen hätten. Der Wohnungsbau weist schon seit einiger Zeit eine Sonderkonjunktur auf, auch wenn die Dynamik im Laufe des Jahres nachgelassen hat. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum in Großstädten, sehr niedrige Hypothekenzinsen, der Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand lassen diesen Bereich expandieren.

Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau und die Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Bankenunion geprägt. In einigen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Firmenkunden- und Immobilienkreditgeschäft, verschärft sich der Wettbewerbsdruck deutlich. Dennoch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- **EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism – SSM)**
Mit Wirkung zum 4. November 2014 hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) die direkte Aufsichtsfunktion über die 120 größten Banken im Euroraum übernommen. Die Helaba-Gruppe mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen.

- **Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)**
Durch die CRD IV/CRR verschärfen sich die Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Die neuen Eigenmittelquoten werden stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt. Zum Abschlussstichtag beträgt die harte Kernkapitalquote der Helaba (Einzelinstitut) 12,4 % (phased-in) beziehungsweise 12,0 % (fully loaded) und die Gesamtkapitalquote 18,9 % (phased-in). Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Dies beinhaltet auch die mit Bescheid der EZB vom Februar 2015 kommunizierten aufsichtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die europaweit einheitlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio – LCR) werden ab Oktober 2015 bindend. Die geforderte Erfüllungsquote wird schrittweise von 60 % im Jahr 2015 auf 100 % im Jahr 2018 angehoben. Die Helaba erfüllt die ab Ende 2015 geforderte Liquiditätsdeckungsanforderung bereits heute mit einem deutlichen Puffer zur geforderten Mindestquote. Für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR) legte der Baseler Ausschuss am 31. Oktober 2014 überarbeitete Anforderungen vor. Ob und wie die Kennzahl in Europa eingeführt wird, muss die EU-Kommission bis Ende 2016 entscheiden. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Die Verschuldungsquote („Leverage Ratio“) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Die EU-Kommission hat am 10. Oktober 2014 einen delegierten

Rechtsakt mit Konkretisierungen der Berechnungsmethodik vorgelegt. Über die finale Definition soll frühestens Ende 2016 entschieden werden. Davon losgelöst hat die EZB bereits im Rahmen der Veröffentlichung der Stresstestergebnisse die Leverage Ratio zum 31. Dezember 2013 offengelegt. Zum 31. Dezember 2014 beträgt die Leverage Ratio der Helaba 3,8 % (phased-in).

- **Sicherungseinrichtungen**
Mitte November 2014 hat die Bundesregierung den Entwurf des Einlagensicherungsgesetzes verabschiedet, das eine verbindliche EU-Richtlinie in deutsches Recht umsetzt und am 3. Juli 2015 in Kraft treten wird. Institutssichernde Systeme, wie der bestehende Haftungsverbund der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe, können auch in Zukunft – nach rechtlicher und finanzieller Anpassung an die neuen gesetzlichen Vorgaben und aufsichtsrechtlicher Anerkennung – als Einlagensicherungssysteme fortbestehen.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2014 geprägt von einem mit 1,6 % moderaten realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld, in dem neue historische Tiefstände verzeichnet wurden.

In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Im Kreditgeschäft mit Kunden konnte das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr) erneut um 6 % auf 17,2 Mrd. € (2013: 16,3 Mrd. €) gesteigert werden. Durch das hohe Neugeschäftsvolumen konnten Fälligkeiten und Sondertilgungen vollständig kompensiert werden. Die Forderungen an Kunden betragen wie im Vorjahr 81 Mrd. €. Bei den Kundenforderungen stehen Zuwächsen im gewerblichen Immobilienkreditgeschäft Bestandsverringerungen gegenüber den öffentlichen Gebietskörperschaften und sonstigen Kunden gegenüber. Die Forderungen an angeschlossene Sparkassen betragen zum Jahresende rund 10 Mrd. € (2013: 11 Mrd. €). Die Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, liegt bei 60 % (2013: 57 %).

Aufgrund ihres hohen Marktstandings und des insgesamt positiven Marktumfelds konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung ihres Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei den mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind die ungedeckten Bankschuldverschreibungen (4,4 Mrd. €) sowie die öffentlichen (4,4 Mrd. €) und die Hypothekendarlehen (1,9 Mrd. €) sowie Schuldscheine und andere Darlehen (4,0 Mrd. €) die wesentlichen Mittel. Hinzu kommen Nachrangmittel (0,5 Mrd. €) und zweckgebundene Mittel der Förder-

institute. Neben in- und ausländischen institutionellen Investoren bilden bundesweit die Sparkassen und ihre Kunden einen wesentlichen Bestandteil der Investorenbasis der Helaba.

Die Helaba ist Verbundbank für 166 Sparkassen in vier Bundesländern und damit für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen in Hessen-Thüringen konnte im Jahr 2014 auf sehr hohem Niveau weiter gesteigert werden und liegt aktuell am oberen Ende des Zielkorridors. Die Erhebung einheitlich ermittelter Verbundquoten für alle Regionen, in denen die Helaba die Funktion der Sparkassenzentralbank innehat, wird mit der Errichtung einer gemeinsamen Clearingstelle angestrebt.

Aufgrund diverser Projektarbeiten und Reorganisationen änderten sich im abgelaufenen Jahr 2014 die Aufgabenschwerpunkte und Stellenanforderungen vieler Mitarbeiter. Durch ein strukturiertes Weiterbildungsmanagement wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diese neuen Aufgaben vorbereitet.

Ihre Verpflichtung zum Klimaschutz hat die Bank in der Geschäftsstrategie verankert. Mit Maßnahmen zur Emissionsver-

ringung der Dienstfahrzeuge sowie durch die weiterhin erfolgte Ermittlung ihrer Verbrauchs- und Emissionskennzahlen wurde dieser Verpflichtung Rechnung getragen. Die Helaba ergreift Maßnahmen zur weiteren Begrenzung der CO₂-Emissionen ihrer Betriebsstätten. Als Nutzer des Gebäudekomplexes „Sparkassen-Finanzzentrum Erfurt“ nahm die Helaba 2014 zusammen mit weiteren Nutzern an dem Ökologischen Projekt für integrierte Umwelttechnik („Ökoprot“ der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt teil. Ziel dieses Kooperationsprojekts ist es, Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und dadurch betriebliche Kosten wie auch ökologische Folgekosten zu senken.

Auch im Geschäftsjahr 2014 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals sowie den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Das Kosten-Ertrag-Verhältnis liegt zum Stichtag 31. Dezember 2014 bei 63,7 % und damit leicht oberhalb des Zielkorridors (< 60 %).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2014

	2014	2013	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Geschäftsvolumen	175.521	183.210	-7.689	-4,2
Bilanzsumme	150.973	161.823	-10.850	-6,7
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	484	684	-200	-29,2
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-98	-304	206	-67,8
Jahresüberschuss	240	210	30	14,3

Die Bank berücksichtigt wie in den Vorjahren den Aufwand für die Bedienung ihrer stillen Einlagen in der Darstellung der Ertragslage nicht. Der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis sind in der Ertragslage daher um 65 Mio. € (2013: 65 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Ertragslage

Dem Rückgang des operativen Ergebnisses von -262 Mio. € stehen ebenfalls verringerte Verwaltungsaufwendungen sowie reduzierte Aufwendungen für die Risikovorsorge gegenüber. Im Saldo lag der Jahresüberschuss bei 240 Mio. €.

Ertragslage

	2014	2013	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Zinsüberschuss	1.134	1.167	-33	-2,8
Provisionsüberschuss	166	154	12	7,8
Nettoertrag des Handelsbestands	161	303	-142	-46,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-127	-28	-99	353,6
Operatives Ergebnis	1.334	1.596	-262	-16,4
Verwaltungsaufwendungen	-850	-912	62	-6,8
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	484	684	-200	-29,2
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-98	-304	206	-67,8
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f HGB)	0	-6	6	-100,0
Außerordentliches Ergebnis	-13	-13	0	0,0
Betriebsergebnis vor Steuern	373	361	12	3,3
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-132	-101	-31	30,7
Zuführung Fonds für allgemeine Bankenrisiken (§ 340g HGB)	0	-50	50	-100,0
Jahresüberschuss	240	210	30	14,3

Der Zinsüberschuss als wesentliche Erfolgskomponente für die Helaba liegt bei 1.134 Mio. € nach 1.167 Mio. € im Vorjahr. Zu dem Rückgang haben insbesondere höhere Belastungen aus der vorzeitigen Schließung von Derivatepositionen (Closeout-Zahlungen) beigetragen, denen wirtschaftlich Einlösungsgewinne im Bewertungsergebnis gegenüberstehen. Der Ergebnisbeitrag aus Fonds- und Beteiligungsausschüttungen blieb in der Summe stabil, obwohl ein Einmaleffekt in Höhe von 30 Mio. € aus dem Vorjahr weggefallen ist.

Der Provisionsüberschuss (166 Mio. €) liegt mit einem Anstieg von 12 Mio. € um 7,8 % über dem Niveau des Vorjahrs. Die Steigerung des Provisionsüberschusses geht vor allem auf Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft, dem Kredit- und Avalgeschäft sowie dem Cash Management zurück.

Im Nettoertrag des Handelsbestands werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisbeiträge der Handelsgeschäfte ausgewiesen. Der Nettoertrag 2014 hat sich erwartungsgemäß auf 161 Mio. € (im Vorjahr 303 Mio. €) normalisiert. Die leicht fallenden Credit Spreads hatten, anders als in den Vorjahren, nur einen geringen Einfluss auf das Ergebnis. Somit war das kundengetriebene Kapitalmarktgeschäft der wesentliche Treiber dieses Ergebnisses. Das niedrige Zinsniveau führte bei den über Plan liegenden Ergebnisbeiträgen zu zusätzlichen und im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Bewertungsabschlägen bei den Derivaten. Die Bank hat im Berichtsjahr keine Zuführung zum Sonderposten nach § 340e HGB vorgenommen.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen liegt bei -127 Mio. € (2013: -28 Mio. €). Während Erträge und Aufwendungen aus Gebäuden in der Berichtsperiode nur leicht rückläufig gewesen sind, haben sich die Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen aufgrund des niedrigen

Zinsniveaus deutlich erhöht. Insbesondere ist der in dieser Position gezeigte Aufwand für die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen infolge des auf 4,54 % gesunkenen Abzinsungszinssatzes gestiegen. Außerdem wurden einige Rückstellungen, darunter die Rückstellung für Restrukturierungsaufwendungen (Projekt PRO), deutlich erhöht.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um 62 Mio. € auf -850 Mio. € gesunken. Diese setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von -367 Mio. € (2013: -366 Mio. €), Sachaufwendungen in Höhe von -464 Mio. € (2013: -516 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von -19 Mio. € (2013: -30 Mio. €) zusammen. Die Personalaufwendungen konnten trotz zwischenzeitlicher Tarifierhöhung konstant gehalten werden. Zum Rückgang der Sachaufwendungen haben geringere Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Übernahme- und Integrationsprojekt sowie Umsetzungsprojekten aufsichtsrechtlicher Anforderungen beigetragen. Die Servicierungsgebühr für das noch auf der IT-Plattform der Portigon AG betriebene Verbundbank-Geschäft hat sich im Gesamtjahr 2014 auf -34 Mio. € halbiert, da die Servicierung nur bis zum 30. Juni 2014 bezogen worden ist. Die Bankenabgabe hat mit -36 Mio. € (nach -47 Mio. € in 2013) ebenfalls zur Entlastung der Sachaufwendungen beigetragen. Die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds sind leicht angestiegen. Am Jahresende waren 3.525 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2013: 3.511) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl erhöhte sich leicht von 3.511 auf 3.519.

Das operative Ergebnis von 1.334 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von -850 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 484 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um -200 Mio. € oder -29,2 %.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2014	2013	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Ergebnis des Kreditgeschäfts	-167	-321	154	-48,0
Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts	-2	-23	21	-91,3
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	71	40	31	77,5
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-98	-304	206	-67,8

Der Aufwand für die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft ist im Jahr 2014 deutlich gesunken. Er beläuft sich im Saldo auf -167 Mio. € und liegt damit signifikant unter dem Vorjahreswert. Zu dem Rückgang haben geringere Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen (im Saldo -159 Mio. € nach -213 Mio. € in 2013) geführt. Außerdem sind die Aufwendungen für pauschalierte Risikovorsorgen (Länderwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen) rückläufig gewesen.

Das Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts liegt bei -2 Mio. € gegenüber -23 Mio. € im Vorjahr.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, aus Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Einlösungsergebnis aus Wertpapieren des Anlagevermögens und dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten resultiert ein Ergebnisbeitrag von 71 Mio. €. Der Anstieg um 31 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert von 40 Mio. € resultiert aus höheren Veräußerungserlösen. Gegenläufige Er-

gebnisauswirkungen aus der Auflösung von Derivaten sind im Zinsergebnis verarbeitet.

Die Vorsorgereserven nach § 340f HGB blieben unverändert, so dass sich das Betriebsergebnis nach Bewertung auf insgesamt 386 Mio. € beläuft (2013: 374 Mio. €). Aus der Umstellung auf BilMoG resultiert für das Jahr 2014 wie in den Vorjahren ein außerordentlicher Aufwand von -13 Mio. € aufgrund des über mehrere Perioden gestreckten Anteils für die Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen auf das durch das BilMoG vorgegebene Bemessungsverfahren.

Somit beläuft sich das Betriebsergebnis vor Steuern auf 373 Mio. € gegenüber 361 Mio. € im Vorjahr, was einem Anstieg von 3,3 % entspricht.

Mit einem Steueraufwand von -132 Mio. € ergibt sich ein Jahresüberschuss von 240 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel und der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Entwicklung der Aktiva

	2014	2013	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	17.070	24.360	-7.290	-29,9
Forderungen an Kunden	80.802	80.796	6	0,0
Schuldverschreibungen und Aktien	19.575	17.423	2.152	12,4
Handelsbestand (Aktiv)	28.320	33.342	-5.022	-15,1
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	1.880	2.111	-231	-10,9
Übrige Aktivbestände	3.326	3.791	-465	-12,3
Bilanzsumme	150.973	161.823	-10.850	-6,7
Geschäftsvolumen	175.521	183.210	-7.689	-4,2

Die Bilanzsumme der Helaba hat sich im Geschäftsjahr 2014 von 161,8 Mrd. € auf 151,0 Mrd. € deutlich verringert. Der Rückgang resultiert zum überwiegenden Teil aus der erstmals vorgenommenen Saldierung von Derivaten durch Verrechnung mit den entsprechenden gestellten Sicherheiten.

Die Forderungen an Kreditinstitute inklusive der Barreserve verringerten sich um 7,3 Mrd. € auf 17,1 Mrd. €. Die Verminderung ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der gestellten Barsicherheiten um 5,3 Mrd. €, nach Saldierung mit Derivaten des Handelsbestands, sowie auf den Abbau des Liquiditätsüber-

schusses in der Barreserve (2014: 0,7 Mrd. €, 2013: 1,4 Mrd. €) zurückzuführen. Die Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden, sind ebenfalls leicht gesunken.

Die Forderungen an Kunden sind im Saldo nahezu unverändert geblieben (2014: 80,8 Mrd. €, 2013: 80,8 Mrd. €). Während die Kommunaldarlehen um 0,8 Mrd. € sowie die anderen Forderungen um 0,7 Mrd. € zurückgegangen sind, stiegen die Hypothekendarlehen um 1,9 Mrd. € an. Die Baudarlehen der Bausparkasse blieben nahezu konstant. Auch in den Forderungen an Kunden wirkt sich die Saldierung von gestellten Barsicherheiten mit Derivaten des Handelsbestands durch einen Rückgang um 0,5 Mrd. € aus.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 2,2 Mrd. € auf 19,6 Mrd. € erhöht. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 17,1 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (2013: 15,1 Mrd. €). Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden mit 2,4 Mrd. € (2013: 2,5 Mrd. €) ausgewiesen.

Der Handelsbestand (Aktiv) ist in der Berichtsperiode um 5,0 Mrd. € auf 28,3 Mrd. € zurückgegangen. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden im

Jahresverlauf weiter abgebaut, so dass zum 31. Dezember 2014 ein Volumen von noch 17,0 Mrd. € resultiert, nach 21,3 Mrd. € im Vorjahr. Die Derivate im Handelsbestand (Aktiv) sind mit 9,2 Mrd. € ausgewiesen (2013: 8,6 Mrd. €). Bei leicht erhöhten Nominalvolumen wird der Anstieg von Bewertungseffekten infolge des niedrigen Zinsniveaus nicht vollständig durch den Rückgang aufgrund der vorgenommenen Saldierung kompensiert. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind lediglich mit 0,1 Mrd. € (2013: 0,2 Mrd. €) enthalten. Forderungen des Handels liegen mit 2,0 Mrd. € unter dem Wert des Vorjahrs (3,3 Mrd. €).

Der Anstieg der Buchwerte der Beteiligungen und verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen auf eine nachträgliche Kaufpreisanpassung zurückzuführen.

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, sank um 7,7 Mrd. € auf 175,5 Mrd. €. Der Rückgang fällt damit weniger ausgeprägt als der der Bilanzsumme aus. Kompensierend wirkten die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen, die um 2,9 Mrd. € auf 18,9 Mrd. € anstiegen. Die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien erhöhten sich ebenfalls von 5,4 Mrd. € auf 5,7 Mrd. €. Hier sind mit 0,6 Mrd. € (2013: 0,7 Mrd. €) wie Garantien behandelte Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zuzuordnen sind, enthalten.

Entwicklung der Passiva

	2014	2013	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37.585	36.136	1.449	4,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.493	27.749	744	2,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	47.830	48.618	-788	-1,6
Handelsbestand (Passiv)	20.241	33.820	-13.579	-40,2
Eigene Mittel	11.588	11.117	471	4,2
Übrige Passivbestände	5.236	4.383	853	19,5
Bilanzsumme	150.973	161.823	-10.850	-6,7

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr auf 37,6 Mrd. € (2013: 36,1 Mrd. €). Der Anstieg entfällt sowohl auf Verbindlichkeiten gegenüber Banken (1,1 Mrd. €) als auch auf solche gegenüber angeschlossenen Sparkassen (0,8 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen um 0,7 Mrd. € auf 28,5 Mrd. €. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Bauspareinlagen in Höhe von 4,1 Mrd. € (2013: 3,8 Mrd. €) enthalten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten reduzierten sich leicht um 0,8 Mrd. €. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen

betrug 45,6 Mrd. € (2013: 47,2 Mrd. €). Innerhalb der verbrieften Verbindlichkeiten beträgt die Position Andere verbrieftete Verbindlichkeiten, die überwiegend die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere enthält, 2,3 Mrd. € (2013: 1,4 Mrd. €).

Der Handelsbestand (Passiv) ist um 13,6 Mrd. € auf 20,2 Mrd. € zurückgegangen. Maßgeblicher Bestandteil sind die Verbindlichkeiten des Handels mit 16,5 Mrd. € (2013: 24,2 Mrd. €). Die Derivate im Handelsbestand sind nach Saldierung noch mit 3,7 Mrd. € ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen im Handelsbestand sind auf 1,3 Mrd. € nach 1,1 Mrd. € im Vorjahr angestiegen.

Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel der Bank (Eigenkapital ohne Bilanzgewinn, einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten) betragen zum 31. Dezember 2014 11,6 Mrd. €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Emission von nachrangigen Verbindlichkeiten.

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2014 – das heißt vor Feststellung des Jahresabschlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive –144 Mio. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen des Jahresendes 2013 – auf 9,4 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital in Höhe von 6,9 Mrd. €. Die dem harten Kernkapital zuzurechnenden Kapitaleinlagen betragen 1,9 Mrd. € und die dem zusätzlichen Kernkapital zurechenbaren stillen Einlagen betragen 843 Mio. €.

Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss
Nettoertrag des Handelsbestands
Sonstiges betriebliches Ergebnis
Personalkosten
Sachaufwand
Risikovorsorge
Ergebnis vor Steuern
Cost-Income-Ratio
Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft

Die Geschäftsentwicklung der Helaba verlief weitgehend im Rahmen der Prognose. Die wesentlichen Abweichungen werden im Folgenden erläutert.

Die gute Geschäftsentwicklung im Immobilienkreditgeschäft hat dazu beigetragen, dass die Risikovorsorge noch stärker als prognostiziert zurückgegangen ist und das Abschlussvolumen oberhalb der Prognose liegt.

Das sonstige betriebliche Ergebnis liegt unter der Prognose. Zum einen spiegeln sich hier die Aufwendungen für die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen wider, die durch den weiteren Zinsrückgang deutlich angestiegen sind. Zum anderen haben die Zuführungen zu der Restrukturierungsrückstellung „Helaba PRO“ sowie zu den anderen Rückstellungen das Ergebnis stärker belastet als geplant.

Ertragslage nach Geschäftsfeldern

Im Immobilienkreditgeschäft erhöhte sich das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 9 % auf 9,5 Mrd. € und lag damit über dem

Die Eigenkapitalanforderungen der Bank gemäß CRR in Verbindung mit der Solvabilitätsverordnung betragen 4,0 Mrd. € zum 31. Dezember 2014. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 18,9 %; die Kernkapitalquote beträgt 13,9 %; die harte Kernkapitalquote beträgt 12,4 %.

Die nach der CRR in Verbindung mit der Solvabilitätsverordnung geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2014 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

Prognose 2013 für 2014	Ergebnisse 2014
leicht unter dem Vorjahresniveau	-2,8 %
10 % über Vorjahreswert	+7,8 %
deutlich geringer	-46,9 %
unter dem Vorjahreswert	≥100 %
leicht rückläufig	+0,5 %
rund 9 % unter Vorjahreswert	-9,9 %
Rückgang um 30 %	-48,0 %
auf Vorjahresniveau	+3,3 %
60,0 %	63,7 %
15,4 Mrd. €	17,2 Mrd. €

Planwert. Bei zufriedenstellenden Neugeschäftsmargen konnte die Zinsmarge im Bestand gegenüber dem Vorjahr leicht ausgeweitet werden. Bei höheren Kundenforderungen stiegen die Erträge insgesamt um rund 9 % gegenüber dem Vorjahr. Damit lag die Entwicklung im Immobilienkreditgeschäft in 2014 über den Erwartungen.

Im Bereich Corporate Finance lag das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft trotz einer intensiven Wettbewerbssituation mit 4,6 Mrd. € um rund 7 % über dem Vorjahresniveau und damit leicht über dem Planwert. Die Kundenforderungen entwickelten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag aufgrund von außerplanmäßigen Tilgungen leicht rückläufig. Die Erträge erreichten insgesamt das Vorjahresniveau und lagen leicht unter Plan.

Das inländische Kommunalkreditgeschäft verlief in 2014 mit einem Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft in Höhe von 1,2 Mrd. € im Rahmen der Planung. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden in 2014 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse getätigt.

Das Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft 2014 hat sich erwartungsgemäß normalisiert. Die leicht fallenden Credit Spreads hatten, anders als in den Vorjahren, nur einen geringen Einfluss auf das Ergebnis. Somit war das kundengetriebene Kapitalmarktgeschäft der wesentliche Treiber dieses Ergebnisses, welches unterhalb des Jahresergebnisses 2013, aber auf Plan-niveau liegt. Vor allem konnte das Primärmarktgeschäft weiter ausgebaut werden. Auch konnte das Aktien- und Rentengeschäft im Zuge der Helaba-Verwahrstellenfunktion gesteigert werden.

Im Verbundgeschäft stiegen die Erträge gegenüber dem Vorjahr um rund 14 %. Der erwartete Anstieg resultierte insbesondere aus der Intensivierung der Geschäftstätigkeit mit den Sparkassen in NRW und wurde über die gesamte Produktpalette erzielt.

Das Neugeschäft der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen entwickelte sich in 2014 zufriedenstellend. Die Erträge blieben aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus in Verbindung

mit einer geringen Nachfrage nach Finanzierungen auf dem Vorjahresniveau.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Die Entwicklung in 2014 wurde neben der Abwicklung der verschiedenen Förderprogramme durch die Administration des Kommunalen Schutzschirms Hessen geprägt. Das Geschäftsvolumen stieg dadurch leicht an. Die systemtechnischen Umstellungen auf die neue EU-Förderperiode und die höhere Fördertätigkeit schlugen sich in höheren Kosten nieder, deren Erstattung durch das Land Hessen entsprechend zu gestiegenen Erträgen führte.

Im Cash Management standen in 2014 die SEPA-Umstellung sowie der Abschluss der technischen Integration aus der Übernahme von Geschäftsaktivitäten der NRW-Verbundbank im Mittelpunkt. Der Anstieg der Erträge lag mit 8 % leicht unter den Erwartungen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2014 nicht ergeben.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Unternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen

ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzern-Unternehmen unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgen seit 2014 nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR).

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus ihrer operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird regelmäßig, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba-Gruppe und des Helaba-Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für die Helaba-Gruppe und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das ökonomische Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter. Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.

- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, zu ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Operationelles Risiko umfasst auch das Rechtsrisiko, das wie folgt definiert ist: Risiko von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie rechtlich nicht durchsetzbarer Ansprüche. Hierzu gehört auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.
- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Für Risikokonzentrationen aus Adressenausfallrisiken wird, zusätzlich zur Limitsteuerung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Kapitalpuffer bereitgehalten. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung des risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig.

Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf beziehungsweise Abschlüsse ab.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Zielsetzung sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanage-

ment. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörigen Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine wirtschaftliche, juristische oder ökonomische Notwendigkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden im residualen Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Werden die Risikopotenziale einer gruppenangehörigen Gesellschaft als wesentlich eingestuft, ist die gruppenangehörige Gesellschaft entsprechend klaren und verbindlichen Standards und Vorgaben in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und Risikosteuerung ist bis in die Vorstandsebene klar vllzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikosteuerung beziehungsweise die Risikoüberwachung verantwortlich.

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung (Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Portfolioebene), Credit Risk Management (Einzelengagementebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Liquiditätsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, Recht (Rechtsrisiko)
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling
Immobilienrisiko	Immobilienmanagement, gruppenangehörige Unternehmen mit Immobilienrisiken	Risikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei.

Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über wesentliche Prüfungsergebnisse.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der MaRisk-Compliance und des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle

Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze hin und nimmt die Überwachungs-, Beratungs-, Koordinations-, Vorschlags- und Berichtsfunktion wahr.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische

Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit werden in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgrößen ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Analog zur Umstellung der regulatorischen Meldung auf die Anforderungen der CRR/CRD IV wurde der Fortführungsansatz der Helaba-Risikotragfähigkeitsrechnung zum 1. Januar 2014 angepasst, so dass die neuen regulatorischen Vorgaben für Eigenmittel und Eigenmittelanforderungen angemessen berücksichtigt werden. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regula-

torischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollaustastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine auf dem IFRS-Rechnungswerk basierende ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen. Komponenten sind das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmassenkomponente angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2014 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,3 Mrd. € (2013: 3,2 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 6,1 Mrd. € (2013: 7,3 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher

Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Gesamtkapitalquote beziehungsweise zum vollständigen Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Institutssichernde Systeme können auch unter dem neuen Einlagensicherungsgesetz, das im Juli 2015 in Kraft treten wird, fortbestehen, sofern eine aufsichtliche Anerkennung vorliegt. Es ist vorgesehen, die Anerkennung zu beantragen.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute (Helaba, Sparkassen) ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute und beträgt Ende 2014 insgesamt 508 Mio. €. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einen zusätzlichen regionalen Reservefonds einseitig für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kreditportfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt.

Basel III/CRR

Seit dem 1. Januar 2014 ist die neue EU-Verordnung der Capital Requirements Regulation (CRR) auf Basis von Basel III in Kraft getreten. Die CRR regelt in Ablösung der Regelung zur angemessenen Eigenkapitalausstattung (Säule 1 von Basel II/EU-Capital Requirements Directive, SolvV) die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und -unterlegung der Institute.

Aktuell wendet die Helaba den Basisansatz für interne Ratings an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risikodatenpool sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß Art. 389f der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften sowie Kontokorrent-Intraday-Risiken werden als direkte wirtschaftliche Risiken bewilligt und in voller Höhe auf separate Limite angerechnet.

Die bewilligten Gesamtlime werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche allokiert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der CRR ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

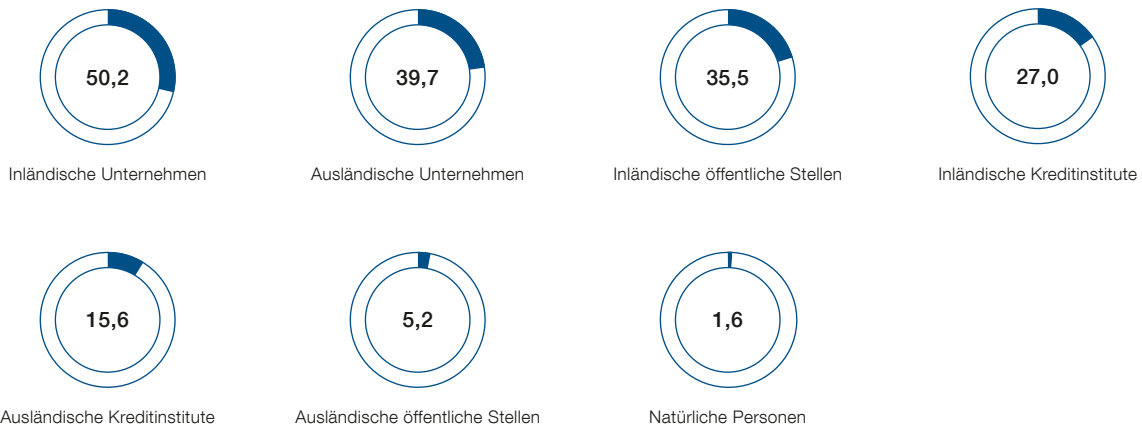
Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschriftreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2014, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 174,8 Mrd. € (2013: 172,3 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (Helaba-Einzelinstitut)

Grafik 1

in Mrd. €



Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bank verfügt über 15 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie drei selbstentwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktions-spezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäfts ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde

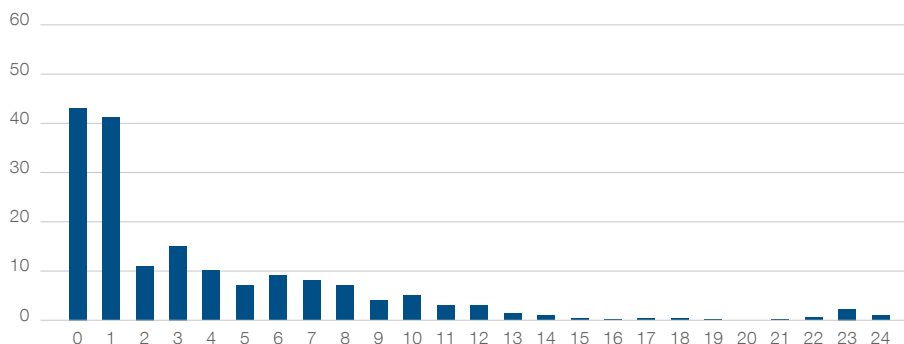
beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäfts (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Helaba hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehalts von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss, EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

In Grafik 2 ist das Gesamtkreditvolumen des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 174,8 Mrd. € (2013: 172,3 Mrd. €) nach dem Risiko-Rating aufgeteilt.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen

Grafik 2

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kredit-sicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risikodatenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Asset Services, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2014 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer insbesondere unter Transfer-risikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz,

Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research ermittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, von den für Auslandsgeschäfte zuständigen Geschäftseinheiten Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Credit Risk Management einen abschließenden Limitvorschlag für den VS-KA abgibt. Der VS-KA setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandels-geschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen des Helaba-Einzelinstituts an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 41,1 Mrd. € (2013: 41,1 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (82,2 %) und Nordamerika (14,7 %). Sie sind per 31. Dezember 2014 zu 91,0 % (2013: 91,6 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 7,9 % (2013: 6,8 %) werden in den Rating-Klassen 2–9 generiert. Lediglich 0,2 % (2013: 0,3 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Engagement in ausgewählten europäischen Staaten

Per 31. Dezember 2014 betrug das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in den GIIPS-Staaten 4,4 Mrd. € (2013: 5,2 Mrd. €). Es teilt sich wie folgt auf:

in Mio. €

	Land					
	Griechenland		Irland		Italien	
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014
Länderrating intern (LCR)	23	20	8	7	11	10
Länderrating extern (S&P/Moody's)	B-/Caa3	B/Caa1	BBB+/Ba1	A/Baa1	BBB/Baa2	BBB-/Baa2
Sektor						
Staat	0	0	0	0	260	70
Banken/sonstige Finanzunternehmen	3	1	15	2	886	680
Corporates	177	177	274	258	213	208
Sonstige (inkl. nat. Personen)	0	0	4	5	34	30
Direktes Bruttoexposure	180	178	294	265	1.393	988
Abzgl. Sicherheiten	-177	-177	-121	-122	-71	-76
Direktes Nettoexposure	3	1	173	144	1.322	912

in Mio. €

	Land			
	Portugal		Spanien	
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014
Länderrating intern (LCR)	14	13	11	10
Länderrating extern (S&P/Moody's)	BB/Ba3	BB/Ba1	BBB-/Baa3	BBB/Baa2
Sektor				
Staat	3	0	1.059	749
Banken/sonstige Finanzunternehmen	22	4	1.308	1.445
Corporates	34	19	1.256	1.193
Sonstige (inkl. nat. Personen)	4	3	111	103
Direktes Bruttoexposure	63	26	3.734	3.490
Abzgl. Sicherheiten	0	0	-67	-149
Direktes Nettoexposure	63	26	3.667	3.341

Gegenüber Kreditnehmern in den Staaten Malta, Russische Föderation, Slowakei, Slowenien und Zypern betrug das Nettoexposure per 31. Dezember 2014 insgesamt 0,5 Mrd. €, davon Russische Föderation und Slowakei jeweils 0,2 Mrd. € (2013: 0,4 Mrd. €, davon Russische Föderation 0,2 Mrd. €, Slowakei 0,1 Mrd. €). Gegenüber Kreditnehmern in der Ukraine bestand zum 31. Dezember 2014 kein Nettoexposure.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen wer-

den. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrats beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Credit-Risk-Management-Bereich.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risikodatenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine differenziertere Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stresssituationen aufzuzeigen.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 750 Mio. € (2013: 806 Mio. €). Der Rückgang in 2014 ist im Wesentlichen die Folge methodischer Anpassungen bei einzelnen Portfolios.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2013: Verwaltungsrat-Kreditausschuss) berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2013 nahezu unverändert. Im Basis-szenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein gegenüber dem Jahresende 2013 geringeres ökonomisches Risikopotenzial von 11 Mio. € (2013: 30 Mio. €). Das geringere Risikopotenzial ist unter anderem auf Rating-Verbesserungen und Veräußerungen von Beteiligungen zurückzuführen.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits allokiert der Risikoausschuss über den Dispositions-ausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den

Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller

Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresresultimo 2014 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 70 % (2013: 83 %) auf Positionen in Euro und 22 % (2013: 11 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, japanischen Yen und britischen Pfund. Das im Jahr 2013 eingeführte Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 23 Mio. € (2013: 27 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9 %-Konfidenzniveau 192 Mio. € (2013: 171 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für die Gruppe ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 273 Mio. € (2013: 350 Mio. €). Der Rückgang hier und im linearen Zinsänderungsrisiko ist im Wesentlichen auf das gesunkene Euro-Zinsniveau zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten

Grafik 3

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Gesamt	45	83	30	65	1	2	14	16
Handelsbuch	11	28	10	26	0	0	1	1
Bankbuch	36	66	22	48	1	2	13	15

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht. Durch die vollständige Migration der Positionen aus der Übernahme der NRW-Verbandbank auf die Helaba-Systeme wurde die temporäre Verwendung der Risikomesssysteme der Portigon AG im zweiten Quartal 2014 wie geplant eingestellt.

Internes Modell gemäß Capital Requirements

Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell

gemäß CRR, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2014 dargestellt. Im Gesamtjahr 2014 betrug das durchschnittliche MaR 18 Mio. € (2013: 33 Mio. €), der maximale Wert 32 Mio. € (2013: 44 Mio. €) und der minimale Wert 11 Mio. € (2013: 26 Mio. €). Der Risikorückgang gegenüber 2013 ist im Wesentlichen auf das in 2014 weiterhin gesunkene Zinsniveau zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2014

Grafik 4



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden

Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2014

Grafik 5

o MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zinsänderungsrisiko	25	29	17	28	13	36	12	27	17	30
Währungsrisiko	0	1	0	2	0	1	0	0	0	1
Aktienrisiko	1	2	1	2	1	1	1	1	1	2
Gesamtrisiko	26	32	18	32	15	38	13	28	18	33

Anzahl der Handelstage: 249 (2013: 249)

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0 Mio. € (2013: 0 Mio. €). Das durchschnittliche MaR des Handelsbuchs der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0 Mio. € (2013: 0 Mio. €).

Backtesting

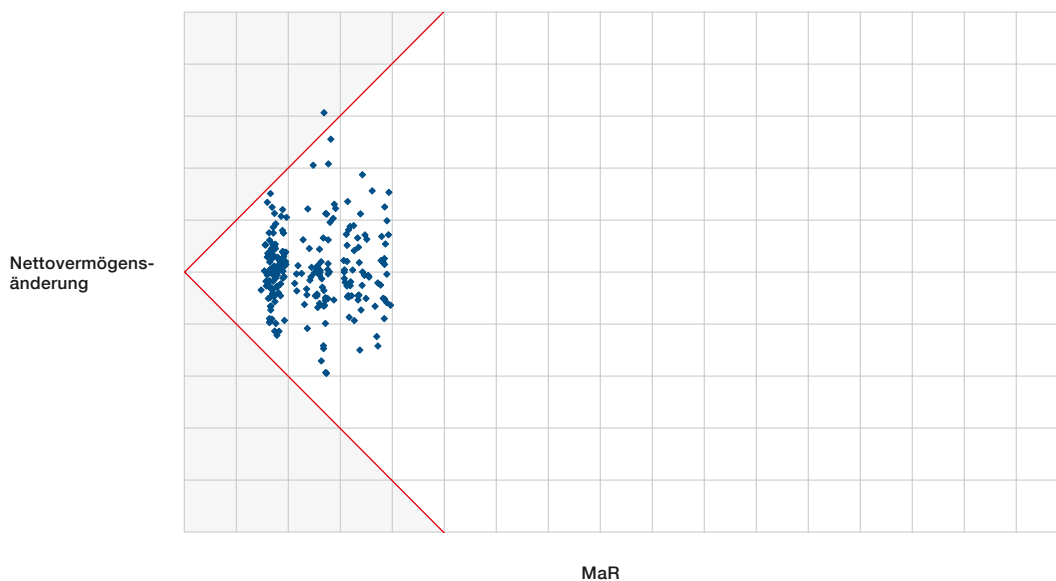
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Halte-dauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum

von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 6 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2014 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2013: keine negativen Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2014

Grafik 6



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2014 keine negativen Ausreißer auf (2013: keine negativen Ausreißer). Für das ebenfalls täglich durchgeführte Dirty Backtesting, bei dem der prognostizierte Risikobetrag der tatsächlichen Wertänderung gegenübergestellt wird, traten ebenso keine Ausreißer auf (2013: keine Ausreißer).

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für die Helaba-Gruppe zum Jahresresultimo 2014 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 234 Mio. € führen (2013: 252 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 215 Mio. € (2013: 233 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (2013: 19 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2014 jederzeit vollumfänglich gesichert.

In der Helaba-Gruppe existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewendeten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die Kostenverrechnung ist durch ein Liquiditätstransferpreissystem geregelt.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die mögliche

Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stress-tests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Für Rest-Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank von der Portigon AG serviert wurden, kam bis zum Übergang auf die IT-Systeme der Helaba im zweiten Quartal 2014 das Standardverfahren der Liquiditätsverordnung, ergänzt um zusätzliche Stresstests, zum Einsatz. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba im Geschäftsjahr 2014 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 22 % (2013: 30 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 29 % (2013: 37 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2014 bei 34 % (2013: 41 %).

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Fazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Parallel zur internen Steuerung der Liquidität hat die Bank im Geschäftsjahr 2014 ein Projekt zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen nach Basel III beziehungsweise CRR fortgeführt. Die Ermittlung der Kennzahlen (Liquidity Coverage Ratio – LCR – und Net Stable Funding Ratio – NSFR) erfolgt im Rahmen des Liquiditätsmanagements. Die LCR lag für alle monatlichen Stichtage über der ab 1. Oktober 2015 aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße von 60 %.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Darin sind auch die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform sowie das US-Public-Finance-Geschäft einbezogen. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,2 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Rückgang um 0,8 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2013) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Zum Jahresende zeigt die Liquiditätsablaufbilanz über alle Währungen und Lokationen einen kumulierten Refinanzierungsbedarf von 6,6 Mrd. € bei einem Limit von 12,5 Mrd. € (2013: 0,9 Mrd. €). Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Passivmittel sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Ergeben sich Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge, werden sie temporär kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt.

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenario-rechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2014 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit den Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als das „Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und deren Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quantifizierungsmethodik wurde 2014 deutlich ausgebaut. Sie basiert jetzt vollständig auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

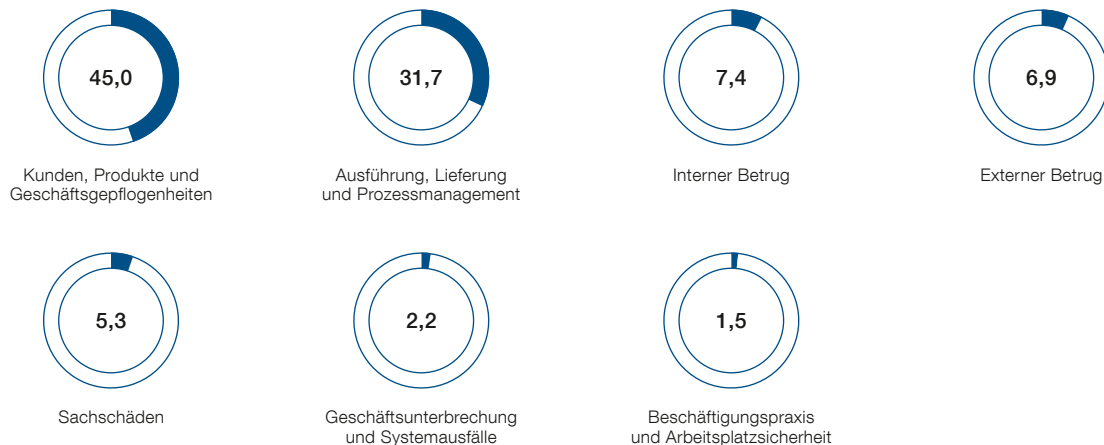
In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2014.

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2014 nach Verlustereignissen

Grafik 7

in %



Der erwartete Verlust per 31. Dezember 2014 betrug 36 Mio. € (2013: 28 Mio. €) und resultiert aus einer angepassten Risikobewertung.

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt. Die Integration der Verbundbank wurde 2014 abgeschlossen.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung operationeller Risiken auf Basis der quantitativen Risikoeinschätzung der Bereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen. Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risikopotenzial) in Höhe von 97 Mio. € (2013: 138 Mio. €). Der Rückgang resultiert aus einer methodischen Anpassung des Quantifizierungsmodells.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach den MaRisk vorgeschriebenen Anforderungen. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen

Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Auslagerungen

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Risiken aus Auslagerungen die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und die Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Organisation und Informatik hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

Informationssicherheit, IT-Risikomanagement und Business Continuity Management

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich überwacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien (IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken (als Teil der operationellen Risiken). Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden periodisch

und anlassbezogen überprüft, überwacht, gesteuert und berichtet. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche und Niederlassungen der Helaba haben für die kritischen Geschäftsprozesse im Rahmen der Notfallvorsorge Ausfall- und Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung des angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister (Finanz Informatik und Finanz Informatik Technologie Service für Anwendungs- und Rechenzentrumsbetrieb sowie HP für Desktop Services) ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess der Helaba sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS sowie die WIBank.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Einzelabschluss nach HGB erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise der Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Der Regelungsumfang umfasst neben den Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen

mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Die Steuern der ausländischen Niederlassungen sowie der übrigen Einheiten im Konzern werden dezentral betreut. Wesentliche Entwicklungen und Ergebnisse finden Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung zur zentralen Abschlusserstellung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit ihr eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Geschäftsrisiken

Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.

Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder sonstigen Verhältnis zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden. Über das Geschäftsrisiko werden die notwendigen Kapitalbedarfe für die Risikotragfähigkeitsrechnung vorgehalten. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko berücksichtigt etwaige Liquiditätsengpässe aus Reputationsverlusten.

Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der Bereich Risikocontrolling analysiert die Entwicklung der Geschäftsrisiken und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands.

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 haben sich die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2013 um 13 Mio. € auf 156 Mio. € erhöht.

Immobilienrisiken

Unter den Immobilienrisiken werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risiken aus Wertschwankungen des Marktwerts treten derzeit insbesondere bei den Bestandsimmobilien der GWH-Gruppe (GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen) und den eigenen Immobilien der Helaba auf. Risiken aus dem Projektentwicklungsgeschäft ergeben sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken und treten insbesondere in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (im Rahmen des Bauträgergeschäfts) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf zwei Stufen:

- operativ – in den jeweiligen gruppenangehörigen Unternehmen durch die Geschäftsführung
- strategisch – durch die Aufsichtsgremien der gruppenangehörigen Unternehmen und den Bereich Immobilienmanagement

Bei den direkt und indirekt gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement. Darüber hinaus übernimmt der Bereich Immobilienmanagement die Risikosteuerung bankeigener Bestandsimmobilien. Die Risikoüberwachung wird durch die Bereiche Risikocontrolling und Immobilienmanagement vorgenommen.

Zur Steuerung der Projektierungsrisiken dient die quartalsweise erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation

und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Risiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben. Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Risiken aus Bestandsimmobilien dienen regelmäßig in Auftrag gegebene Wertgutachten zu den Bestandsimmobilien sowie die laufende Beobachtung von Wertänderungsrenditen in den relevanten Märkten, abgegrenzt nach Regionen und Nutzungsarten.

Der Bereich Risikocontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus Bestandsimmobilien und aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen gruppenangehörigen Unternehmen dargestellt.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2014 auf 31 Mio. € (2013: 19 Mio. €) im Wesentlichen aufgrund neuer Projektentwicklungen angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Prognose- und Chancenbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2015 werden die maßgeblichen Impulse wie schon 2014 von den Industrieländern ausgehen. Schrittmacher bleibt die US-Wirtschaft, die bereits spürbar an Fahrt aufgenommen hat. Chinas Wachstumstrend schwächt sich weiter ab und in Russland sowie anderen ölexportierenden Ländern bleibt die Lage schwierig. Der Euroraum kann dank des schwachen Euro und

niedriger Energiepreise endlich etwas an Dynamik gewinnen. Mehr als eine moderate Besserung ist allerdings nicht zu erwarten. Das weltweite Wirtschaftswachstum wird in etwa wie im Vorjahr um 3 % liegen.

Deutschland dürfte 2015 im Vergleich zum Euroraum erneut überdurchschnittlich wachsen. Die Vorjahresrate von 1,6 %

dürfte annähernd wieder erreicht werden. Dazu sollte insbesondere die Binnennachfrage beitragen: Die Investitionen gewinnen allmählich an Schwung und die Bautätigkeit nimmt zu. Realeinkommen und Beschäftigung werden sich weiter positiv entwickeln, so dass der Konsum einen wesentlichen Wachstumsbeitrag leisten kann. Der Außenhandel profitiert vom schwächeren Euro. Die staatlichen Haushalte sollten auch 2015 schwarze Zahlen schreiben, nachdem schon 2014 ein kleiner Budgetüberschuss erreicht wurde. Die Steuereinnahmen nehmen weiter zu. In der Eurozone bleiben die Wachstumsunterschiede groß. In Irland und in Spanien, Beispielen für eine gelungene Strukturpolitik, dürfte das Wirtschaftswachstum überdurchschnittlich zulegen. Frankreich und Italien dagegen haben spät und mit geringem Tempo mit Reformen begonnen. Beide Länder werden daher in diesem Jahr nur unterdurchschnittlich wachsen.

Das weiterhin moderate Wachstum bei sehr niedriger Inflation ermöglicht es vielen Notenbanken, die extrem expansive Geldpolitik fortzusetzen. Die US-Notenbank hat hingegen ihre Anleihekäufe bereits eingestellt und steuert auf eine erste Leitzinserhöhung Mitte 2015 zu. Die EZB startet im März erstmals ein umfangreiches Anleihekaufprogramm mit einem Volumen von mehr als einer Billion Euro bis voraussichtlich September 2016. Damit bleiben die langfristigen Zinsen in Deutschland zwar niedrig, unter dem Einfluss des US-Rentenmarkts dürfte es aber trotzdem bis Jahresende zu einem leichten Anstieg kommen.

Chancenbericht

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren nicht nur die Belastungen aus der Krise aus eigener Kraft bewältigen und ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen, sondern auch ihre Ergebnisse kontinuierlich steigern. Auf der Grundlage der erzielten guten Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividendenzahlungen vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retailgeschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Trotz der andauernden Niedrigzinsphase in Verbindung mit deutlich gestiegenen Bankstrukturkosten infolge national und international veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen konnte die Helaba ihr Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr steigern.

Von den Rating-Agenturen Fitch Ratings (Fitch), Standard & Poor's und Moody's Investors Service wird die Helaba bei langfristigen unbesicherten erstrangigen Verbindlichkeiten mit

„A+“, „A“ und „A2“, bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten mit „F-1+“, „A-1“ und „P-1“ eingestuft. Die Ratings von Fitch und Standard & Poor's basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen weisen „AAA“-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba auch in den letzten Jahren trotz krisenbedingter Belastungen an den Finanzmärkten der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Aufgrund des anhaltenden Wettbewerbs- und Ertragsdrucks ist davon auszugehen, dass sich in den nächsten Jahren der Konsolidierungsprozess im Landesbankensektor weiter fortsetzen wird. Die Helaba ist aufgrund ihrer Trägerstruktur (88 % der Anteile werden von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten) und ihrer Zentralbankfunktion für 40 % der bundesdeutschen Sparkassen nachhaltig in der Sparkassenorganisation verankert. Hierdurch ergeben sich bei zukünftigen Veränderungen im Sektor zahlreiche strategische Chancen. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen.

Das Immobiliengeschäft ist ein strategisches Kerngeschäftsfeld der Helaba. Entlang der Wertschöpfungskette werden fast alle Produkte und Dienstleistungen von der Strukturierung über die Finanzierung bis hin zum Portfoliomanagement angeboten. Langfristige Kundenbeziehungen sowie eine nachhaltige Geschäftspolitik in den gewählten in- und ausländischen Zielmärkten sind die Grundlage der positiven Entwicklung des Neugeschäfts der letzten Jahre. Auch in Phasen des zunehmenden Wettbewerbs- und Margendrucks sieht die Helaba gute Chancen, aufgrund ihrer langjährigen Verankerung in den Märkten und ihrer Produktexpertise, ihre Marktposition im Immobilienkreditgeschäft weiter zu stärken.

Exportorientierte Firmenkunden erwarten von ihrer Partnerbank Produktangebote zur Begleitung der Kunden im Ausland. Die institutionelle Verankerung in der Sparkassenorganisation und die erweiterte Kundenbasis ermöglichen es der Helaba, sich als führende Adresse in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen und die Erträge in diesem Segment zu steigern. Hierzu wurden verschiedene regionale Fokusregionen definiert. Die Eröffnung einer neuen Repräsentanz in Singapur ist für das erste Halbjahr 2015 geplant.

Gemessen am abgewickelten Zahlungsverkehrsvolumen ist die Helaba der zweitgrößte Zahlungsverkehrs-Clearer in Deutschland. Auch im Kartengeschäft nimmt die Bank eine führende Rolle im Geschäft mit Sparkassen, Handelskunden und Netzbetreibern ein. Diese Marktposition ermöglicht es der Helaba, die erforderlichen Weichenstellungen für die Zukunft mitzugestalten. Im neuen, stark wachsenden Geschäftsfeld E- und M-Commerce ist die Helaba eingebettet in der Gesamtstrategie der Sparkassen-Finanzgruppe und arbeitet an Projekten zu Bezahlverfahren im Internet und Sparkassen-S-Wallet mit. Speziell bei geplanten Mehrwertdiensten und möglichen Absatzfinanzierungen sieht die Helaba gute Chancen, sich neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Insgesamt ist die Helaba mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen und merklich gestiegener Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalbasis und die Mehrung des Unternehmenswerts bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

In ihrer mittelfristigen Geschäfts- und Ertragsplanung strebt die Helaba deshalb zur Schärfung und Fokussierung ihres strategischen Geschäftsmodells und zur Stabilisierung der Ertragsentwicklung in den nächsten Jahren Portfolioanpassungen in ihren Kerngeschäftsfeldern an. Sie sind ausgerichtet an den Zielen

- einer noch stärkeren Ausrichtung auf das Kunden- und Verbundgeschäft und damit auf die realwirtschaftliche Verankerung,
- einer starken regionalen Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer bei Aufrechterhaltung der Niederlassungen in London, New York und Paris zur Absicherung der Leistungstiefe für das Kunden- und Verbundgeschäft und zur Sicherung des Zugangs zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und britisches Pfund,
- einer umfassenden Prozess- und Ressourcenoptimierung,
- eines moderaten geschäftsbedingten Anstiegs der Risikoaktiva, unter Einhaltung der in der Eigenkapitalstrategie formulierten Ziel-Kapitalquoten.

Voraussichtliche Entwicklung der Bank

Mit der starken regionalen Verankerung des Geschäftsmodells bilden die volkswirtschaftlichen Prognosen für Deutschland

und Westeuropa die maßgeblichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung in 2015. Gleichwohl ist das stark kundenorientierte Geschäftsmodell die Grundlage, auch bei niedrigem Zinsniveau und volatilen Wechselkursen stabile operative Erträge zu erzielen.

Im inländischen Immobilienkreditgeschäft erwartet die Helaba auch in 2015 ein stabiles Marktumfeld, begleitet von einem intensiven Wettbewerb. Im Ausland fokussiert sich die Helaba weiterhin auf stabile und umsatzstarke Märkte. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird in 2015 mit 7,5 Mrd. € um rund 20 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Dieses Neugeschäft führt unter Berücksichtigung der erwarteten Tilgungen zu einer leichten Erhöhung der Kundenforderungen, so dass die Erträge um 2 % höher erwartet werden.

Im Corporate Finance wird trotz der konjunkturellen Belebung für 2015 mit einer weiterhin verhaltenen Kreditnachfrage bei einer hohen Wettbewerbsintensität gerechnet. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird in 2015 daher mit 3,9 Mrd. € um rund 14 % unter dem Niveau des Vorjahrs geplant. Unter Berücksichtigung der erwarteten Tilgungen wird eine leichte Erhöhung der Kundenforderungen erwartet. Aus diesem Bestandsaufbau und der Intensivierung des Außenhandelsgeschäfts mit Firmenkunden werden die Erträge um 4 % steigen.

Das inländische Kommunalkreditgeschäft wird auch in 2015 durch die Diskussion über die Verschuldung öffentlicher Haushalte geprägt. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft mit dieser Kundengruppe wird für 2015 mit 1,0 Mrd. € auf dem Niveau des Vorjahrs geplant. Das Geschäft mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wird in 2015 weiterhin nur selektiv betrieben. Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft mit dieser Kundengruppe wird für 2015 mit 0,3 Mrd. € geplant. Bei hohen Fälligkeiten wird für 2015 ein Rückgang der Forderungen erwartet. Die Erträge entwickeln sich aufgrund steigender Durchschnittsmargen seitwärts.

In 2015 wird mit einer weiteren Normalisierung des Ergebnisses im Kapitalmarktgeschäft in Verbindung mit einem Rückgang der Handelsaktiva gerechnet. Trotz des niedrigen Zinsumfelds soll das Ergebnis durch die weitere Ausweitung der kundengetriebenen Kapitalmarktaktivitäten getragen werden. Dabei sollen in allen Kundensegmenten Marktanteile gewonnen werden. Gleichzeitig wird das Primärmarktgeschäft als wesentlicher Treiber weiter gestärkt.

In der Sparte Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft wird im Geschäftsfeld Verbundgeschäft die Zusammenarbeit mit den Sparkassen im Kerngeschäftsbereich Hessen und Thüringen im Rahmen des Verbundkonzepts kontinuierlich fortgesetzt. Die Zusammenarbeit in der Region Nordrhein-Westfalen, aber auch überregional, wird durch die kontinuierliche Verbesse-

rung im Produktangebot sowie über entsprechende Vertriebs- und Marktinitiativen weiter intensiviert. Für 2015 wird der Ausbau des Angebots im Auslandsgeschäft für die Sparkassen fortgesetzt. Die Vertriebsaktivitäten erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Auf dieser Basis wird im Verbundgeschäft auch in 2015 insgesamt ein Anstieg der Erträge um mehr als 10 % erwartet.

Im Bereich Cash Management werden die aufgrund des niedrigen Zinsniveaus geringen Zinserträge bereits weitgehend durch höhere Provisionen kompensiert. Durch den Ausbau der Marktposition wird in 2015 ein Anstieg der Erträge um rund 12 % erwartet.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die WIBank im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die Entwicklung in 2015 wird durch den weiteren Ausbau des Fördergeschäfts und die neue EU-Förderperiode, insbesondere im Hinblick auf die systemtechnischen Umstellungen, geprägt sein. Für das Neugeschäft im Jahr 2015 wird von einer Größenordnung von 1,5 Mrd. € an Krediten nach 1,4 Mrd. € im Jahr 2014 und einem konstanten Niveau von 0,7 Mrd. € an Treuhandzuschüssen ausgegangen. Die Erträge werden in 2015 voraussichtlich durch das steigende Geschäftsvolumen leicht zunehmen, jedoch werden ihnen auch höhere Verwaltungsaufwendungen gegenüberstehen. Insgesamt ist von einem moderaten Anstieg des Gesamtergebnisses der WIBank auszugehen.

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wird in 2015 mit 15,0 Mrd. € um rund 13 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Unter Einrechnung der erwarteten Fälligkeiten und eines seitwärts verlaufenden Neugeschäfts im kurzfristigen Laufzeitbereich wird für 2015 mit einem Anstieg der Kundenforderungen um rund 3 % gerechnet. Bei seitwärts geplanten Zinserträgen aus Beteiligungen und weiteren Ergebniskomponenten führt dies zu einem leichten Anstieg des Zinsüberschusses.

Der Provisionsüberschuss wird durch den kontinuierlichen Ausbau des Kundengeschäfts im Cash Management sowie in der Verbundbank um rund 15 % höher geplant.

Das Nettoergebnis des Handelsbestands wird auch in 2015 wesentlich durch das kundengetriebene Kapitalmarktgeschäft geprägt. Mit weiter zusammenlaufenden Credit Spreads sowie belastenden Bewertungsabschlägen bei den Derivaten durch das niedrige Zinsniveau wird für 2015 nicht gerechnet. Insgesamt steigt das Nettoergebnis des Handelsbestands gegenüber dem Vorjahr um 8 %.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis werden die operativen Gebäudeerträge und Aufwendungen in Höhe des Vorjahrs geplant. Da auch in 2015 durch ein Absinken des Bewertungszinses mit überdurchschnittlichen Aufwendungen für die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen gerechnet wird, wird das sonstige betriebliche Ergebnis weiterhin deutlich negativ erwartet. Rückstellungen für das Restrukturierungsprojekt Helaba-PRO und andere Sachverhalte werden für 2015 nur in einer Höhe von rund 5 Mio. €, und damit deutlich unter dem Vorjahreswert, geplant.

Der Personalbestand wird in 2015 weitgehend konstant geplant. Einem selektiven Aufbau an ausgewählten Stellen stehen erste Abbaumaßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Effizienzsteigerungs- und Ressourcenoptimierungsprogramms gegenüber. Wesentliche Effekte aus diesem Programm werden erst ab 2016 erwartet. Der Personalaufwand steigt in 2015 aufgrund der Tarifsteigerung um rund 2 %.

Der geplante Sachaufwand im Jahr 2015 reduziert sich gegenüber 2014 deutlich um 44 Mio. €. Dabei werden sich auch in 2015 anhaltend hohe Projektkosten zur Sicherstellung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und Bankstrukturkosten im Sachaufwand niederschlagen. Dazu gehören auch steigende Umlagen und die Berücksichtigung einer höheren Bankabgabe. Gegenläufig wirkt sich der Wegfall der Serviciergebühren für das bis zum 30. Juni 2014 auf der IT-Plattform der Portigon betriebene Verbundbank-Geschäft aus.

Die Cost-Income-Ratio wird für 2015 rückläufig, bei unter 60 %, erwartet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird in 2015 wie auch in 2014 durch die Entwicklung in einigen Marktsegmenten beziehungsweise Einzelengagements geprägt (Schifffahrt, regenerative Energie, Immobilien). Für 2015 wird vor diesem Hintergrund eine Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf dem Niveau des Jahres 2014 erwartet. In 2015 werden keine systematischen Ergebnisbeiträge aus dem Verkauf von Wertpapieren geplant.

Im Saldo rechnet die Bank für das Jahr 2015 mit einem Ergebnis vor Steuern deutlich über dem Niveau des Vorjahrs.

Für 2016 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem systematischen Ausbau der Kundenerträge angestrebt. Durch die Umsetzung des Kostensenkungsprogramms steht dem eine nachhaltige Kostenreduktion gegenüber. Insgesamt plant die Helaba mittelfristig mit einem Anstieg des Ergebnisniveaus.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank resultieren aus der anhaltend hohen Verschuldung nationaler und internationaler Gebietskörperschaften. Trotz einer insgesamt robusten konjunkturellen Entwicklung sind Negativentwicklungen in einzelnen Marktsegmenten nicht auszuschließen. Die Bank

geht von einer anhaltenden Niedrigzinsphase und einem schwachen Euro aus. Risiken bestehen dann, wenn sich das Zinsniveau oder der Außenwert des Euro noch deutlicher in den Negativbereich bewegen. Auf der Aufwandsseite stellt die Umsetzung des Kostenmanagements zur Beherrschung der steigenden Bankstrukturkosten die größte Herausforderung dar. Ein Risiko besteht insbesondere dann, wenn durch die Konkretisierung der verschiedenen aufsichtsrechtlichen Maßnahmen die Kosten über die in der Planung erwartete Höhe steigen.

Gesamtaussage

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die Helaba das Ergebnis vor Steuern um 12 Mio. € beziehungsweise 3,3 % auf nunmehr 373 Mio. € steigern. Maßgeblich für diese Ergebnisentwicklung waren Zuwächse im Provisionsüberschuss und die Rückgänge in der Risikovorsorge und – nach Abschluss der Integration der

NRW-Verbundbank – im Verwaltungsaufwand, die die marktbedingte Reduktion des Nettoertrags des Handelsbestands mehr als kompensieren konnten.

Trotz der Vielzahl an regulatorischen Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen, an den Anforderungen der Realwirtschaft und des Sparkassenverbands ausgerichteten Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Verbund- und Kundengeschäfts sowie des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung der regulatorisch steigenden Bankstrukturkosten die Absicherung der nachhaltigen Ertragskraft und die Stabilisierung des Unternehmenswerts bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2015

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Groß	Dr. Hosemann
Krick	Mulfinger	Dr. Schraad	

Jahresabschluss der
Landesbank Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

zum 31. Dezember 2014

Aktivseite

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Barreserve					
a) Kassenbestand			6.935		8.025
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			699.093		1.421.549
				706.028	1.429.574
Darunter: Bei der Deutschen Bundesbank	196.198				(313.963)
Forderungen an Kreditinstitute (2), (32), (43)					
a) Hypothekendarlehen			–		2.064
b) Kommunalkredite			12.080.513		13.610.117
c) Andere Forderungen			4.283.604		9.318.727
				16.364.117	22.930.908
Darunter:					
Täglich fällig	1.170.835				6.372.027
Gegen Beleihung von Wertpapieren	–				
Darunter: Baudarlehen der Bausparkasse: Bauspardarlehen	–				–
Forderungen an Kunden (3), (32), (43)				80.801.893	80.795.564
a) Hypothekendarlehen			16.885.466		14.937.628
b) Kommunalkredite			24.149.672		25.416.404
c) Andere Forderungen			38.917.677		39.569.921
Darunter: Gegen Beleihung von Wertpapieren	–				
d) Baudarlehen der Bausparkasse					
da) Aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		306.388			368.671
db) Zur Vor- und Zwischenfinanzierung		537.977			497.979
dc) Sonstige		4.713			4.962
			849.078		871.611
Darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	530.250				(554.863)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (4)					
a) Geldmarktpapiere					
aa) Von öffentlichen Emittenten			–		–
Darunter: Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				–
ab) Von anderen Emittenten		691.204	691.204		–
Darunter: Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				–
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) Von öffentlichen Emittenten		5.723.435			6.003.695
Darunter: Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.557.246				(5.917.174)
bb) Von anderen Emittenten		10.728.800			9.067.971
			16.452.235		15.071.666
Darunter: Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	8.856.517				(8.474.170)
c) Eigene Schuldverschreibungen			–		–
				17.143.439	15.071.666
Nennbetrag	–				–
Übertrag:				115.015.477	120.227.712

Passivseite

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (15), (18), (43)					
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			10.775		37.477
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe			1.156.539		1.213.045
c) Andere Verbindlichkeiten			36.389.724		34.862.157
Darunter: Täglich fällig	6.181.832				(7.975.220)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–				
Öffentliche Namenspfandbriefe	–				
d) Bauspareinlagen			28.078		23.261
Darunter: Auf zugeteilte Verträge	5.172			37.585.116	36.135.940
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (19), (43)					
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			2.051.360		2.127.400
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe			5.135.399		5.476.522
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen					
ca) Bauspareinlagen		4.098.182			3.837.737
Darunter:					
Auf gekündigte Verträge	38.090				(30.582)
Auf zugeteilte Verträge	78.674				(76.735)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			–		–
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			0		0
d) Andere Verbindlichkeiten			17.208.224		16.307.207
Darunter: Täglich fällig	7.518.209			28.493.165	27.748.866
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–				(6.435.205)
Öffentliche Namenspfandbriefe	–				
Verbriefte Verbindlichkeiten (20), (31)					
a) Begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenspfandbriefe		4.110.577			3.389.409
ab) Öffentliche Pfandbriefe		14.578.500			11.850.517
ac) Sonstige Schuldverschreibungen		26.885.051			31.989.129
b) Andere verbriefte Verbindlichkeiten			45.574.127		47.229.056
Darunter: Geldmarktpapiere	2.255.508		2.255.508	47.829.635	48.618.068
Handelsbestand (21), (34), (43)				20.240.860	33.819.529
Treuhandverbindlichkeiten (22)				877.475	884.795
Darunter: Treuhandkredite	602.290				(608.120)
Sonstige Verbindlichkeiten (23)				1.718.656	671.602
Übertrag:				136.744.907	147.878.800

Aktivseite

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Übertrag:				115.015.477	120.227.712
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (5)				2.432.014	2.351.893
Handelsbestand (6), (14), (34), (43)				28.319.624	33.342.342
Beteiligungen (7), (17), (43)				92.485	237.878
Darunter:					
An Kreditinstituten	49.967				(55.019)
An Finanzdienstleistungsinstituten	16.215				(16.215)
Anteile an verbundenen Unternehmen (8), (17), (43)				1.788.291	1.872.572
Darunter:					
An Kreditinstituten	855.465				(836.312)
An Finanzdienstleistungsinstituten	-				-
Treuhandvermögen (9)				877.475	884.795
Darunter: Treuhandkredite	602.290				(608.120)
Immaterielle Anlagewerte (10), (17)					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			26.365		29.265
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			3.436		171
				29.801	29.436
Sachanlagen (11), (17)				55.233	60.073
Sonstige Vermögensgegenstände (12)				1.324.582	1.433.770
Rechnungsabgrenzungsposten (13)					
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			1.010.097		1.353.726
b) Andere			28.191		29.212
				1.038.288	1.382.938
Summe der Aktiva				150.973.270	161.823.409

Passivseite

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Übertrag:				136.744.907	147.878.800
Rechnungsabgrenzungsposten (24)					
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			1.071.657		1.476.756
b) Andere			189.400		154.887
				1.261.056	1.631.644
Rückstellungen (25)					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			780.589		693.690
b) Steuerrückstellungen			103.435		65.572
c) Andere Rückstellungen			376.012		328.020
				1.260.036	1.087.282
Fonds zur bauspartechischen Absicherung				9.020	9.020
Nachrangige Verbindlichkeiten (26)				3.618.829	3.082.009
Genusssrechtskapital (28)				678.000	708.804
Darunter: Vor Ablauf von zwei Jahren fällig		-			(30.804)
Fonds für allgemeine Bankrisiken (28)				593.925	593.925
Davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	119.000				(119.000)
Eigenkapital (28)					
a) Gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital		588.889			588.889
ab) Kapitaleinlage		1.920.000			1.920.000
ac) Einlagen stiller Gesellschafter		953.337			1.053.337
			3.462.226		3.562.226
b) Kapitalrücklage			1.546.412		1.546.412
c) Gewinnrücklagen			1.688.859		1.623.287
d) Bilanzgewinn			110.000		100.000
				6.807.497	6.831.925
Summe der Passiva				150.973.270	161.823.409
Eventualverbindlichkeiten (29)					
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				5.656.220	5.382.105
Andere Verpflichtungen (30)					
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			2.102.871		1.909.621
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen			16.789.051		14.095.588
				18.891.922	16.005.209

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Zinserträge aus (36)					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.176.273			3.229.521
Darunter: Zinserträge der Bausparkasse:					
aa) Aus Bauspardarlehen	14.326				(17.984)
ab) Aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	19.403				(19.579)
ac) Aus sonstigen Baudarlehen	176				(218)
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		234.176			253.729
			3.410.449		3.483.250
Zinsaufwendungen			2.530.251		2.569.341
Darunter: Für Bauspareinlagen	76.802				(75.244)
				880.198	913.909
Laufende Erträge aus (36)					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			52.945		26.347
b) Beteiligungen			2.938		20.412
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			50.345		76.374
				106.228	123.133
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				82.594	64.810
Provisionserträge (36), (37)			230.741		218.438
Darunter: Provisionserträge der Bausparkasse:					
a) Aus Vertragsabschluss und -vermittlung	23.592				(22.591)
b) Aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	384				(1.714)
c) Aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	8				(2)
Provisionsaufwendungen			64.666		63.810
Darunter: Für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	32.829				(31.038)
				166.075	154.628
Nettoertrag des Handelsbestands (36)				161.133	303.035
Sonstige betriebliche Erträge (36), (38)				85.293	92.051
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		303.778			295.336
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		63.786			70.460
			367.564		365.796
Darunter: Für Altersversorgung	17.796				(26.854)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen			464.424		515.487
				831.988	881.283
Übertrag:				2.313.509	2.532.849

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Übertrag:				2.313.509	2.532.849
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				18.627	30.447
Sonstige betriebliche Aufwendungen (38)				210.662	119.012
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (39)				101.455	301.535
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-	1.873
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				3.277	-
Aufwendungen aus Verlustübernahme				4	6.851
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-	50.000
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				322.062	260.565
Außerordentliche Erträge			-		-
Außerordentliche Aufwendungen			13.236		13.429
Außerordentliches Ergebnis (40)				13.236	13.429
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (41)			131.838		100.732
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen			1.416		1.210
				133.254	101.942
Jahresüberschuss				175.572	145.194
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				0	17
Einstellung in Gewinnrücklagen				65.572	45.211
Bilanzgewinn				110.000	100.000

Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

Frankfurt am Main/Erfurt, zum 31. Dezember 2014

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main, wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Pfandbriefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die im Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) enthalten.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss des Vorjahrs angewendet. Änderungen werden jeweils nachfolgend erläutert, sollten sich diese ergeben haben.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Außerhalb des Handelsbestands und außerhalb der Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinsten Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Negative Zinsen (Zinserträge aus Verbindlichkeiten oder Zinsaufwendungen aus Krediten und Forderungen) werden im Zinsaufwand beziehungsweise Zinsertrag ausgewiesen, da negative Zinsen die Kosten für die Geldaufnahme beziehungsweise den Ertrag aus den Geldanlagen reduzieren. Die Bank hat einen Betrag in Höhe von 1 Mio. € vereinnahmt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Für latente (Kredit-)Risiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB – Pauschalwertberichtigungen, länderrisiko-spezifische Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Wertpapiere

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind – mit Ausnahme von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB sowie des Anlagevermögens – nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des Wertpapierbestands zum Bilanzierungstichtag wurde ein aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Das Anlagevermögen umfasst Restbestände von Wertpapieren, die im Jahr 2008 umgewidmet wurden, die im Jahr 2010 von der Tochtergesellschaft Helaba Dublin übernommen wurden sowie Wertpapierbestände, die durch die Übernahme der Verbundbank der ehemaligen WestLB zugegangen sind. Das Anlagevermögen enthält auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen nach § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen nach § 1 KAGB.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwerts, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Handelsbestand

Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die institutsinternen festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten

in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftszugeordnet. Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoaufschlags für Handelspassiva bewertet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme, als Basis für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts, werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads beeinflusst. Die Ermittlung der Risikozu- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankaufsicht nach den Vorschriften des KWG für sämtliche Handelsbestände. Die Methodik zur Ermittlung des Risikoabschlags orientiert sich an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie an den Vorgaben des Art. 365 Capital Requirements Regulation (CRR). Der Risikoabschlag wird dabei in Form eines Money-at-Risk (MaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr errechnet. Die Risikozu- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen.

Fremde Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von OTC-Derivaten werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment, CVA) berücksichtigt. Das eigene Bonitätsrisiko findet durch die Bildung eines Debit Valuation Adjustments (DVA) Berücksichtigung. CVA und DVA werden an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gestellten beziehungsweise erhaltenen Sicherheiten und des Effekts von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens zehn vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands erreicht oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands vorgenommen wird. Die Zuführung erfolgt zulasten der Nettoerträge des Handelsbestands. Die Bank hat im Berichtsjahr keine Zuführung vorgenommen.

Die Bank hat in diesem Geschäftsjahr erstmals Derivate des aktiven und passiven Handelsbestands, die unter Rahmenverträgen je Kontrahent mit einem Credit Support Annex und täglicher Besicherungsermittlung abgeschlossen wurden,

gegeneinander verrechnet. Hierbei wurden die Buchwerte der Derivate und die Sicherheitsleistung je Kontrahent in der Verrechnung berücksichtigt. Die Verrechnung umfasst auch Derivate und Sicherheitsleistungen, die über einen zentralen Kontrahenten abgeschlossen wurden.

Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte

Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf niedrigere Zeitwerte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen hat die Bank verzichtet.

Rückstellungen

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrags der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > 1 Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei der Ermittlung der Veränderung durch Aufzinsung wird unterstellt, dass eine Veränderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Effekte aus der Aufzinsung werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2014	31.12.2013
Zinssatz	4,54 %	4,90 %
Gehaltstrend	2,25 %	2,25 %
Rententrend	1,0–2,25 %	1,0–2,25 %
Fluktuationsrate	3,0 %	3,0 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögensgegenstände (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 S. 4 HGB

mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögensgegenstände und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus der Annäherung an den Erfüllungszeitpunkt und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Ermittlung von Zeitwerten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle zu berücksichtigenden Daten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet. In den Fällen, bei denen nicht alle zu berücksichtigenden Parameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind,

werden sogenannte Arranger-Preise herangezogen. Die Bewertung von nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Parametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen.

Währungsumrechnung

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte erfolgt gemäß den Grundsätzen in den §§ 256a HGB und 340h HGB und sie werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Termingeschäften des Handelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB an. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Derivate

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swap-Vereinbarungen) werden bei Geschäftsabschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des IDW und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Derivate außerhalb des Handelsbestands und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestands werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei der Bewertung des Bankbuchs wird für das allgemeine Zinsrisiko nach den Grundsätzen des IDW BFA 3 eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuchs nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätisch bewertet, sondern in einem Refinanzierungsverbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war – unter Anwendung einer periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise – im Berichtsjahr nicht gegeben.

Laufende Erträge aus Swap-Geschäften des Nichthandelsbestands werden zeitanteilig abgegrenzt und die Abgrenzung unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bewertungseinheiten

Die Helaba hat im Bankbuch Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zinsswaps zusammensetzen („Asset Swaps“). Die Bewertungseinheiten bestehen aus Asset-Swap-Kombinationen in Form von Mikro-Bewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt überwiegend unter Verwendung der Regressionsanalyse, in Einzelfällen kommt die Critical-Term-Match-Methode zur Anwendung. Die gegenläufigen Wert- und Zahlungsstromänderungen haben sich am Bilanzstichtag weitestgehend ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch weiterhin

ausgleichen. Bis zum vorgesehenen Ende der Bewertungseinheiten (Zeitpunkt der Fälligkeit von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument) werden sich die Wertänderungen aus den abgesicherten Risiken vollständig ausgleichen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus temporären Differenzen aus steuerlich nicht nachvollzogenen Risikovorsorgen, Pensionsrückstellungen, aus Anteilen an Spezialfonds sowie aus Abgrenzungsposten und sonstigen Rückstellungen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze herangezogen. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,7%. Latente Steuern in den ausländischen Berichtseinheiten werden mit den dort geltenden statutarischen Steuersätzen bewertet.

(2) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	10.077	11.106
Forderungen an verbundene Unternehmen	6.174	6.138
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23	4
Der Unterposten – Andere Forderungen – enthält:		
Nachrangige Forderungen	50	50
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1
Täglich fällig	1.171	6.372
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	9.205	8.835
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.868	1.034
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.904	4.995
Mehr als fünf Jahre	1.217	1.695
Als Deckung verwendet	2.453	3.499

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang des Ausweises von hinterlegten Sicherheitsleistungen um 5,3 Mrd. €, die im Zuge der Saldierung von Derivatepositionen aufgerechnet wurden.

(3) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	784	1.208
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.233	1.051
Nachrangige Forderungen	647	610
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17	20
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	4.584	6.114
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	9.428	10.319
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	36.404	34.749
Mehr als fünf Jahre	26.838	26.291
Mit unbestimmter Laufzeit	3.547	3.323
Als Deckung verwendet	19.002	19.551

(4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Verbriefte Forderungen:		
An verbundene Unternehmen	–	–
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	683	687
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
Börsennotiert	14.900	14.794
Nicht börsennotiert	839	334
Restlaufzeiten:		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	3.653	3.381
Nachrangige Vermögensgegenstände	27	72
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind in Pension gegeben	2.250	–
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	148	299
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	151	292
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	1	11

Die Bank schätzt die Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand als nicht dauerhaft ein und rechnet daher mit einer vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit.

(5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
Börsennotiert	0	0
Nicht börsennotiert	25	43

Der Posten beinhaltet Anteile an acht ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapiersondervermögen (Mischfonds beziehungsweise reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 2,3 Mrd. €. Im Rahmen der langfristigen Inves-

titionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere. Weitere Anteile entfallen auf 19,68 % eines Publikumsfonds (Buchwert 10,8 Mio. €) mit einer weltweit und an Aktienmärkten orientierten Anlage-

strategie. Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine wesentlichen Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Die Erträge aus erhaltenen Ausschüttungen in 2014 betragen insgesamt 45 Mio. €.

Entsprechend § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen gemäß § 1 KAGB enthält dieser Posten auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen in Höhe von 104,0 Mio. €. Im Vorjahr entfielen auf solche Investmentvermögen 144,5 Mio. € und wurden im Posten Beteiligungen ausgewiesen.

(6) Handelsbestand (aktiv)

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Derivative Finanzinstrumente	9.248	8.534
Forderungen	1.964	3.270
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16.968	21.347
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	140	191
Nachrangige Vermögensgegenstände	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	-	-

Der Rückgang des Handelsbestands (aktiv) resultiert im Wesentlichen aus dem planmäßigen Abbau des Bestands an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Daneben ist eine Saldierung von Derivaten des

Handelsbestands (passiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen berücksichtigt, die zu einer Verrechnung in Höhe von 4,7 Mrd. € führt.

(7) Beteiligungen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Von den Wertpapieren sind:		
Börsenfähig	19	19
Börsennotiert	-	-

(8) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Von den Wertpapieren sind:		
Börsenfähig	104	111
Börsennotiert	-	-

(9) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	136	89
Forderungen an Kunden	466	519
Beteiligungen	61	63
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	-	203
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	203	-
Sonstige Vermögensgegenstände	11	11

(10) Immaterielle Anlagewerte

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Erworbene standardisierte Software	26	30

(11) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	13	17
Betriebs- und Geschäftsausstattung	35	37

(12) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Wesentliche Posten sind:		
Zinsforderungen aus Swap-Vereinbarungen	744	835
Sonstige	581	599

(13) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		
In diesem Posten sind enthalten:		
Agien aus Forderungen	334	394
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	676	960

(14) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestands	945	300
In Pension gegebene Vermögensgegenstände der Liquiditätsreserve	503	35

(15) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.333 ¹⁾	4.092 ¹⁾
Handelsspassiva	7.676 ¹⁾	4.322 ¹⁾

¹⁾ Einschließlich 1.479 Mio. € (2013: 18 Mio. €) entliehener Wertpapiere, die an Kreditinstitute im Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiterübertragen wurden.

(16) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
	27.245	23.175

(17) Anlagenspiegel

in Mio. €

Anlagevermögen	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten 1.1.2014	124	148	299	286	1.950	2.807
Zugänge	12	5	–	8	20	45
Abgänge	1	10	151	73	110	345
Wechselkursveränderungen	1	2	–	6	6	15
Umgliederung			104	–104		
Kumulierte Abschreibungen	107	89	–	30	78	304
Bilanzwert am 31.12.2014	29	56	252	93	1.788	2.218
Bilanzwert Vorjahr	29	60	299	238	1.873	2.499
Abschreibungen 2014	11	7	–	–	–	18

(18) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	10.741	10.070
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.600	4.280
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	9
Täglich fällig	6.182	7.975
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	3.185	1.771
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.693	2.150
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13.144	13.568
Mehr als fünf Jahre	10.354	10.648

(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	365	889
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	48	36
Täglich fällig	7.518	6.435
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	1.713	1.266
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.909	1.034
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.392	4.678
Mehr als fünf Jahre	8.863	10.497

(20) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Restlaufzeiten des Unterpostens – Begebene Schuldverschreibungen:		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	14.290	9.011
Restlaufzeiten des Unterpostens – Andere verbrieftete Verbindlichkeiten:		
Bis drei Monate	1.592	1.124
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	663	265
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
Mehr als fünf Jahre	–	–

(21) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Derivative Finanzinstrumente	3.728	9.570
Verbindlichkeiten	16.501	24.222
Risikoaufschlag	12	28

Der Rückgang des Handelsbestands (passiv) resultiert im Wesentlichen aus dem Verrechnungseffekt von Derivaten des Handelsbestands mit Derivaten des Handelsbestands (aktiv)

und mit hinterlegten Sicherheitsleistungen. Der Verrechnungseffekt in diesem Posten beträgt im Geschäftsjahr insgesamt 10,2 Mrd. €.

(22) Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	803	808
Sonstige Verbindlichkeiten	72	74

(23) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Wesentliche Posten sind:		
Zinsverpflichtungen aus Swap-Vereinbarungen des Nichthandelsbestands	378	464
Zinsen für Genussrechte und stille Einlagen	101	101
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	1.163	9
Erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestands	6	6

(24) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	31.12.2014	31.12.2013
Der Posten enthält im Wesentlichen:		
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	507	627
Agien aus Verbindlichkeiten	565	850

(25) Rückstellungen

Aufgrund der Anwendung von Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ergibt sich zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von 132 Mio. € (2013: 145 Mio. €).

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 25 Mio. € (2013: 24 Mio. €), der beizulegende Zeitwert 28 Mio. € (2013: 25 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 31 Mio. € (2013: 29 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge aus diesen Vermögens-

gegenständen in Höhe von 2,4 Mio. € (2013: 1,5 Mio. €) mit Aufwendungen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 3,1 Mio. € (2013: 1,4 Mio. €) verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte und für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Rückstellungen für Prozessrisiken werden gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

(26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währungsbetrag in Mio.	Währung	Aktueller Zinssatz %	Fällig in	Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
500	EUR	5,50	2015	–

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die anrechenbaren Eigenmittel. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 27 Mio. € (2013: 19 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 121 Mio. € (2013: 88 Mio. €).

(27) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
	14.868	8.980

(28) Eigene Mittel

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Gezeichnetes Kapital	3.462	3.562
a) Stammkapital	589	589
b) Kapitaleinlage	1.920	1.920
c) Einlagen stiller Gesellschafter	953	1.053
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	1.689	1.623
Einschließlich des Genussrechtskapitals, des Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	678 594 3.619	709 594 3.082
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	11.588	11.117

Der auf den Sonderposten nach § 340e HGB entfallende und damit einer faktischen Ausschüttungssperre unterliegende Anteil des Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt 119 Mio. €.

(29) Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Kreditbürgschaften	2.389	2.419
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	3.267	2.963

Die Helaba schätzt das Risiko, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist, als gering ein. Avalkredite unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank. In einzelnen Fällen, in denen

ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, hat die Helaba entsprechende Rückstellungen gebildet.

(30) Andere Verpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.103	1.910
Unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite	16.789	14.096

Aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen geht die Helaba davon aus, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nachkommen und somit nicht mit Inanspruchnahmen zu rechnen

ist. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, wurden Rückstellungen gebildet.

(31) Pfandbriefe und Deckungsrechnung

Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Hypothekendarfandbriefe				
Deckungsmasse	9.874	9.179	10.572	9.730
Pfandbriefumlauf	5.867	5.493	6.309	5.815
Überdeckung	4.007	3.686	4.263	3.915
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	-	-	4.183	3.809
Öffentliche Pfandbriefe				
Deckungsmasse	24.568	24.996	27.332	26.848
Pfandbriefumlauf	21.365	18.821	23.747	20.424
Überdeckung	3.202	6.175	3.585	6.424
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	-	-	3.497	6.094

Zum Geschäftsjahresende befindet sich kein Derivat in Deckung. Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation

von Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC² herangezogen; die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Zinsbindungsfristen/Restlaufzeiten				
Hypothekendarfandbriefe				
Bis 1 Jahr	2.585	2.421	111	1.481
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	1.210	1.698	365	111
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.706	1.296	2.222	365
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.499	1.612	1.396	1.560
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.056	654	1.014	396
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	1.753	1.444	339	1.105
Über 10 Jahre	66	54	421	475
Öffentliche Pfandbriefe				
Bis 1 Jahr	6.085	4.057	2.375	1.853
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	2.996	5.353	4.130	2.373
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.114	2.621	2.985	4.127
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	2.469	1.960	2.077	1.982
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.647	2.233	3.181	2.075
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	5.952	5.784	3.777	3.770
Über 10 Jahre	3.306	2.988	2.841	2.641

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

in Mio. €

	Weitere Deckung	
	31.12.2014	31.12.2013
Hypothekendarlehen		
Deckungsmasse	9.874	9.179
Davon: Weitere Deckung	190	534
Öffentliche Darlehen		
Deckungsmasse	24.568	24.996
Davon: Weitere Deckung	174	127

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Gewerblich	8.120	7.001
Wohnwirtschaftlich	1.564	1.643
Weitere Deckung	190	534

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart und Land

Davon Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

Land	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Bauplätze und Rohbauten		Summe	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Deutschland	45	53	57	68	1.462	1.522	0	0	1.564	1.643

Davon Aufgliederung gewerblich genutzt:

Land	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige Gebäude		Bauplätze/Rohbauten		Summe	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Deutschland	3.022	2.923	2.858	2.436	195	201	255	275	7	13	6.337	5.848
Belgien	14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-
Frankreich	452	419	108	108	-	-	0	-	-	-	560	527
Luxemburg	71	73	-	-	-	-	-	-	-	-	71	73
Schweden	30	-	155	44	-	-	-	-	-	-	185	44
Niederlande	205	217	-	9	-	-	-	-	-	-	205	226
Österreich	-	-	72	-	-	-	-	-	-	-	72	-
Polen	135	-	100	31	54	-	-	-	-	-	289	31
Tschechien	-	-	51	-	-	-	-	-	-	-	51	-
Großbritannien	129	69	-	-	-	-	-	-	-	-	129	69
USA	208	183	-	-	-	-	-	-	-	-	208	183
Gesamt	4.266	3.884	3.344	2.628	249	201	255	275	7	13	8.121	7.001

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Bis 0,3 Mio. €	220	245
Größer 0,3 Mio. € bis 1 Mio. €	188	231
Größer 1 Mio. € bis 10 Mio. €	1.629	1.750
Größer 10 Mio. €	7.648	6.419
Weitere Deckung	190	534

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 0,0 Mio. € (2013: 0,0 Mio. €) und betraf inländische Schuldner. Im Geschäftsjahr traten weder Zwangs-

versteigerungs- noch Zwangsverwaltungsfälle auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Gewerblich	0	0
Wohnwirtschaftlich	0	0
Gesamtbetrag	0	0

Aufgliederung der Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

Land	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige		Summe	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Deutschland	682	763	2.576	3.183	12.341	11.584	7.489	7.972	23.088	23.502
Dänemark	-	-	-	-	-	-	42	-	42	-
Frankreich inkl. Monaco	-	-	230	103	22	-	-	-	252	103
Großbritannien/Nordirland	309	321	-	-	-	-	-	-	309	321
Luxemburg	8	8	-	-	-	-	-	-	8	8
Niederlande	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Spanien	-	-	595	821	-	-	-	-	595	821
Österreich	-	-	31	-	-	-	-	-	31	-
Schweiz	-	-	-	-	-	-	242	241	242	241
Gesamt	999	1.092	3.432	4.107	12.363	11.584	7.773	8.213	24.567	24.996

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (2013: 0 Tsd. €).

(32) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestands erfolgt entsprechend den Publizitäts-

anforderungen gemäß § 285 Nr. 19 HGB i. V. m. § 36 RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung beziehungsweise zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestands hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 % erhöht.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2014
Zinsrisiken				
Zinsswaps	108.098	103.902	6.581	3.138
Forward Rate Agreements	–	–	–	–
Zinsoptionen	7.684	8.259	21	1.646
Käufe	440	358	21	0
Verkäufe	7.244	7.901	0	1.646
Caps, Floors	10.478	11.365	202	7
Börsenkontrakte	8.084	11.696	0	7
Sonst. Zinstermingeschäfte	–	–	–	–
Zinsrisiken – insgesamt –	134.344	135.222	6.804	4.798
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	6.487	2.915	74	22
Währungsswaps/Zins-Währungs-Swaps	14.182	12.563	27	1.168
Devisenoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Währungsrisiken – insgesamt –	20.669	15.478	101	1.190
Aktien- und sonst. Preisrisiken				
Aktienoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–
Aktien-, sonst. Preisrisiken – insgesamt –	–	–	–	–
Kreditderivate				
Käufe	22	246	0	0
Verkäufe	599	702	0	5
Kreditderivate – insgesamt –	621	948	0	5
Rohwarenrisiken				
Rohwarenswaps	–	–	–	–
Rohwarenrisiken – insgesamt –	–	–	–	–
Gesamtsumme	155.634	151.648	6.905	5.993

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateralvereinbarungen finden in dieser Darstellung keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 4,4 % des Nominalwerts (2013: 3,2 %). Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrundeliegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen zum Teil noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen/Verbindlichkeiten sowie aktiven/passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen sind.

Dabei beläuft sich der Betrag der insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva auf 1.339 Mio.€, der im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva auf 1.987 Mio.€.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Fristengliederung

in Mio. €

Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Restlaufzeiten:						
Bis drei Monate	14.626	12.027	6.440	3.347	-	-
Bis ein Jahr	13.709	17.182	952	1.218	-	-
Bis fünf Jahre	63.532	66.546	10.033	8.688	-	-
Über fünf Jahre	42.477	39.467	3.244	2.225	-	-
Summe	134.344	135.222	20.669	15.478	-	-

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Fristengliederung

in Mio. €

Nominalwerte	Kreditderivate		Rohwarenderivate	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Restlaufzeiten:				
Bis drei Monate	-	-	-	-
Bis ein Jahr	12	215	-	-
Bis fünf Jahre	609	733	-	-
Über fünf Jahre	-	-	-	-
Summe	621	948	-	-

Bei den Zinsgeschäften ist das Volumen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich leicht zurückgegangen, im langfristigen Laufzeitbereich leicht angestiegen. Beim Zinsgeschäft beträgt

der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 21,1 % (2013: 21,6 %).

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2014
Banken in der OECD	84.255	95.122	4.859	4.820
Banken außerhalb der OECD	17	17	0	3
Öffentliche Stellen in der OECD	26.761	31.578	1.251	502
Sonstige Kontrahenten	44.601	24.931	795	668
Summe	155.634	151.648	6.905	5.993

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte vorwiegend mit OECD-Banken ab.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 97,5 %.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

(33) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB i. V. m. § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,0 % erhöht. Der moderate Anstieg beruht größtenteils auf kurzfristigen börsengehandelten Zinstermin- und -optionskontrakten sowie Devisentermingeschäften. Das Volumen der Kreditderivate wurde weiter zurückgeführt.

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2014
Zinsrisiken				
Zinsswaps	260.385	261.131	10.524	11.182
Forward Rate Agreements	20.274	27.107	7	12
Zinsoptionen	25.688	23.907	2.004	1.509
Käufe	11.750	12.000	1.954	12
Verkäufe	13.938	11.907	50	1.497
Caps, Floors	12.648	17.825	100	66
Börsenkontrakte	41.543	28.932	6	17
Sonstige Zinstermingeschäfte	58	282	0	9
Zinsrisiken – insgesamt –	360.596	359.184	12.641	12.795
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	27.870	21.943	671	546
Währungsswaps/Zins-Währungs-Swaps	9.480	10.716	449	430
Devisenoptionen	803	775	17	18
Käufe	399	385	17	0
Verkäufe	404	390	0	18
Währungsrisiken – insgesamt –	38.153	33.434	1.137	994
Aktien- und sonst. Preisrisiken				
Aktienoptionen	2.200	2.104	111	88
Käufe	1.289	1.220	111	0
Verkäufe	911	884	0	88
Börsenkontrakte	798	867	16	29
Aktien-, sonst. Preisrisiken – insgesamt –	2.998	2.971	127	117
Kreditderivate				
Käufe	1.653	2.575	1	25
Verkäufe	1.605	2.548	26	1
Kreditderivate – insgesamt –	3.258	5.123	27	26
Rohwarenrisiken				
Rohwarenswaps	44	233	5	5
Rohwarenoptionen	112	182	2	2
Rohwarenrisiken – insgesamt –	156	415	7	7
Gesamtsumme	405.161	401.127	13.939	13.939

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateralvereinbarungen finden in dieser Darstellung keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 3,4 % des Nominalwerts (2013: 2,1 %).

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Fristengliederung

in Mio. €

Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonst. Preisrisiken	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Restlaufzeiten:						
Bis drei Monate	60.677	60.562	13.514	11.935	416	422
Bis ein Jahr	73.555	70.276	12.065	9.526	819	767
Bis fünf Jahre	117.212	119.225	9.480	9.424	1.698	1.663
Über fünf Jahre	109.152	109.121	3.094	2.549	65	119
Summe	360.596	359.184	38.153	33.434	2.998	2.971

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Fristengliederung

in Mio. €

Nominalwerte	Kreditderivate		Rohwarenderivate	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Restlaufzeiten:				
Bis drei Monate	182	200	50	53
Bis ein Jahr	431	408	15	172
Bis fünf Jahre	2.640	4.460	91	125
Über fünf Jahre	5	55	0	65
Summe	3.258	5.123	156	415

Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 37,2 % (2013: 36,4 %). Bei den

währungsbezogenen Geschäften wurde das Volumen im kurzfristigen Laufzeitbereich leicht gesteigert.

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2014
Banken in der OECD	151.373	182.814	5.671	9.698
Öffentliche Stellen in der OECD	34.174	38.579	3.825	1.969
Sonstige Kontrahenten	219.614	179.734	4.445	2.272
Summe	405.161	401.127	13.941	13.939

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken und öffentliche Stellen in der OECD.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 75,6 %.

Der Anteil der Derivate des Handelsbestands am gesamten Derivatevolumen ist gegenüber dem Vorjahr mit 72,2 % leicht zurückgegangen (2013: 72,6 %).

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen 72,9 % des Gesamtbestands auf den Handelsbestand (2013: 72,6 %). Bei den Währungsrisiken betreffen 64,9 %, bei den Kreditderivaten 84,0 % der Kontrakte den Handelsbestand.

(34) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv		Passiv		Nettoertrag des Handelsbestands	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Derivative Finanzinstrumente						
Zinshandel	12.641	7.556	12.795	8.539	-484	81
Aktienhandel	127	116	117	98	19	18
Devisenhandel	1.137	811	994	885	9	30
Kreditderivate	27	43	26	40	-6	-6
Rohwaren	7	8	7	8	4	9
Forderungen/Verbindlichkeiten						
Schuldscheindarlehen	1.610	1.897	-	-	151	2
Tages- und Termingelder	39	779	12.315	20.905	-55	-37
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	124	396	1.879	254	1	0
Begebene Geldmarktpapiere/Verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	1.889	2.603	-5	-12
Begebene Aktien/Indexzertifikate			139	161	-5	0
Sonstiges	191	198	168	105	16	-4
Schuldverschreibungen u. a. festverzinsliche Wertpapiere	16.968	21.347	123	222	557	294
Aktien u. a. nicht festverzinsliche Wertpapiere	140	191	-	-	-12	-5
Sonstiges						
Provisionen					-29	-33
Fonds für allg. Bankrisiken gemäß 340e HGB					-	-34
Summe	33.011	33.342	30.452	33.820	161	303

In der Bilanz sind derivative Finanzinstrumente in Höhe von 4,7 Mrd. € bei den Handelsaktiva sowie 10,2 Mrd. € bei den Handelspassiva mit Sicherheitsleistungen saldiert worden.

(35) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Per 31. Dezember 2014 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 8.839 Mio. €.

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, für bonitätsinduzierte Wertminderungen der Grundgeschäfte wird eine Abschreibung vorgenommen. Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen vorgenommen.

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Bonitätsinduzierte Abschreibungen auf Wertpapiere	-1	15
Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	-3	-1

(36) Gliederung nach geographischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Be-

teiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provisionserträge, Nettoertrag des Handelsbestands sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Inland	3.827	3.698
Europäische Union ohne Deutschland	147	360
Übriges Ausland	173	163

(37) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien sowie aus dem Zahlungsverkehr. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleistungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

(40) Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis resultiert ausschließlich aus Rückstellungszuführungen, analog dem Vorjahr, in Höhe von 13 Mio. €. Die Bank macht von dem Wahlrecht Gebrauch, im Jahr 2014 für die Rückstellung für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen 1/15 des Unterschiedsbetrags aus der geänderten Rückstellungsbewertung aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG zuzuführen.

(38) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 27 Mio. € (2013: 30 Mio. €) und Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 20 Mio. € (2013: 13 Mio. €) ausgewiesen.

(41) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in Deutschland sowie in den USA (Niederlassung New York) steuerpflichtigen Ergebnisse.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 94 Mio. € (2013: 64 Mio. €). Die Aufwendungen für nicht eigen genutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 16 Mio. € (2013: 10 Mio. €).

(42) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 22 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 47 Mio. €. Hiervon entfallen 8 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Der Posten enthält periodenfremde Erträge sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 28 Mio. € und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 2 Mio. €.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, und der Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz, beteiligt.

(39) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

Aus der Anwachsung der Tochterunternehmen hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen der Tochterunternehmen übernommen.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli

2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten gilt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der Solvabilitätsverordnung) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Bezüglich der Helaba Asset Services (vormals: Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International) sowie der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die jeweilige Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 5.744 Mio. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft betrug 3.795 Mio. €. Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 1.260 Mio. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH (beides verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- beziehungsweise Kündigungsfristen von 1,5 bis zu 12,5 Jahren genutzten Immobilien sind für 2015 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 44,3 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Serviceverträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in der OPUSALPHA Purchaser Limited, einer der drei Ankaufsgesellschaften des Programms, ein ABS-Portfolio (verbrieftete Forderungen mit einem beizulegenden Zeitwert von 70,5 Mio. € (2013: 87,3 Mio. €), das nach IFRS 10 im Konzernabschluss konsolidiert wird. Ebenfalls vollkonsolidiert wird die Emissionsgesellschaft OPUSALPHA Funding Limited.

Die für das OPUSALPHA-Programm insgesamt bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 1.998 Mio. € (2013: 2.375 Mio. €), davon sind am 31.12.2014 1.156 Mio. € (2013: 1.914 Mio. €) in Anspruch genommen.

Für die OPUSALPHA-Gesellschaften agiert die Helaba als Dienstleister und ist Zusagen zur Liquiditätsversorgung bis maximal zur Höhe bestehender Ankaufszusagen eingegangen und nachrangigen Haftungen ausgesetzt, wenn die seitens Dritter getragenen Risiken, zum Beispiel in Form von Ankaufschlägen oder Garantien, nicht ausreichen sollten.

Zum 31.12.2014 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 65 Mio. € (2013: 91 Mio. €).

Die Bank hat sich gegenüber mehreren Tochtergesellschaften mittels Freistellungserklärungen verpflichtet, diese aus Risiken aus bestimmten Rechtsgeschäften freizustellen.

Bei einem ausländischen Pensionsfonds für Pensionszusagen einer ausländischen Niederlassung besteht nach lokalen Bewertungsmodalitäten eine Unterdeckung, für die entsprechende Vorsorge getroffen wurde. Die Unterdeckung ist ab 2015 durch Einzahlungen in das korrespondierende Planvermögen zu begleichen; dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkungen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter. Nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften beläuft sich der Verpflichtungsumfang der mittelbaren Pensionsverpflichtung (vor Berücksichtigung des bestehenden Planvermögens) auf 55 Mio. €.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-Währungs-Swaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanzswaps und Optionen darauf, Zinsfutures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),
- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschiedenen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- beziehungsweise Währungsseite.

(43) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Über Geschäftsbeziehungen der Helaba zu nahestehenden Unternehmen und Personen ist nach § 285 Nr. 21 HGB zu berichten. Diese Geschäftsbeziehungen erfolgen zu marktüblichen Bedingungen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen nach Maßgabe internationaler Rechnungslegungsvorschriften (IAS 24). Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba und des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen einschließlich deren naher Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2014 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	1.390	2.081
Verbundene Unternehmen	1.390	1.997
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	0	4
Gesellschafter der Helaba	0	80
Sonstige nahestehende Personen		
Forderungen an Kunden	2.703	3.024
Verbundene Unternehmen	1.000	1.176
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	1.176	619
Gesellschafter der Helaba	465	1.140
Sonstige nahestehende Personen	62	89
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.432	2.545
Verbundene Unternehmen	1.150	2.294
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen		2
Gesellschafter der Helaba	282	249
Sonstige nahestehende Personen		-
Handelsaktiva	704	977
Verbundene Unternehmen		0
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen		-
Gesellschafter der Helaba	704	977
Sonstige nahestehende Personen		
Beteiligungen	36	31
Verbundene Unternehmen		-
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	36	31
Gesellschafter der Helaba		-
Sonstige nahestehende Personen		-

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.739	1.832
Verbundene Unternehmen	1.739	1.832
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen		–
Gesellschafter der Helaba		–
Sonstige nahestehende Personen		–
Sonstige Aktivposten	0	2
Verbundene Unternehmen		0
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	0	2
Gesellschafter der Helaba		–
Sonstige nahestehende Personen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.778	4.522
Verbundene Unternehmen	4.581	4.278
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen		0
Gesellschafter der Helaba	197	244
Sonstige nahestehende Personen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.620	1.938
Verbundene Unternehmen	660	917
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	56	287
Gesellschafter der Helaba	900	730
Sonstige nahestehende Personen	4	4
Handelspassiva	1	3
Verbundene Unternehmen		0
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	1	3
Gesellschafter der Helaba		–
Sonstige nahestehende Personen		
Sonstige Passivposten	0	1
Verbundene Unternehmen	0	1
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen		
Gesellschafter der Helaba		
Sonstige nahestehende Personen		
Eventualverbindlichkeiten	212	383
Verbundene Unternehmen	120	78
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	89	199
Gesellschafter der Helaba	–	37
Sonstige nahestehende Personen	3	69

Auf Forderungen an Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 69 Mio. € (2013: 60 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0,1 Mio. € (2013: 0,1 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 0,5 Mio. € (2013: 1,5 Mio. €).

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 4,6 Mio. € (2013: 4,6 Mio. €). Dem Verwaltungsrat wurden 0,9 Mio. € (2013: 0,9 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrats als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 2,7 Mio. € (2013: 2,6 Mio. €) ge-

zahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 3,0 Mio. € (2013: 3,0 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 49,2 Mio. € (2013: 47,7 Mio. €) zurückgestellt.

(44) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich	Männlich	Gesamt
Bank	1.183	1.635	2.818
Landesbausparkasse	167	124	291
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	235	175	410
Gesamtbank	1.585	1.934	3.519

(45) Organe der Bank

Verwaltungsrat

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Martz

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Essen
Essen
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Alfons Lauer

Präsident
Sparkassenverband Saar
Saarbrücken
– seit 9. Januar 2014 –
– Fünfter stellvertretender
Vorsitzender –
– seit 1. April 2014 –

Prof. Dr. h. c. Ludwig G. Braun

Vorsitzender des Aufsichtsrats
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel

Dirk Diedrichs

Staatssekretär a. D.
Erfurt

Georg Fahrenschon

Präsident
Deutscher Sparkassen-
und Giroverband e. V.
Berlin

Peter Feldmann

Oberbürgermeister
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main

Robert Fischbach

Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg
– bis 31. Januar 2014 –

Volker Goldmann

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bochum
Bochum
– bis 30. Juni 2014 –

Ulrich Heilmann

Vorsitzender des Vorstands
Kyffhäusersparkasse
Artern-Sondershausen
Sondershausen

Bertram Hilgen

Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel

Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Iserlohn
Iserlohn
– seit 1. Dezember 2014 –

Stefan Lauer

Idstein

Christoph Matschie

Mitglied des Thüringer Landtages
Erfurt

Manfred Michel

Landrat
Landkreis Limburg-Weilburg
Limburg an der Lahn
– seit 1. Dezember 2014 –

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des
Hessischen Landtages
Wiesbaden

Stefan Reuß

Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des
Hessischen Landtages
Wiesbaden

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saalfeld-
Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von der Belegschaft entsandt

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Isolde Burhenne
Stellvertretende
Abteilungsleiterin
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsleiterin
Düsseldorf

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach
Bankprokuristin
Düsseldorf

Wolf-Dieter Tesch
Stellvertretender Bankdirektor
Frankfurt am Main

Vorstand

Hans-Dieter Brenner
– Vorsitzender –

Jürgen Fenk

Thomas Groß

Dr. Detlef Hosemann

Rainer Krick

Klaus-Jörg Mulfinger
(ab 1. Januar 2015)

Dr. Norbert Schraad

(46) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a

Abs. 4 Nr. 2 HGB

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0	1)
2	Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-56	
3	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1	
4	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00			0,0	-5	
5	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	1)
6	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			0,0	0	1)
7	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	8,8	788	
8	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	0,9	129	
9	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	1,5	178	
10	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00	0,00	0,21	-0,6	3	
11	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,2	646	
12	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	8	
13	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,2	8	
14	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0	
15	Erste OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			0,0	-1	
16	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			70,4	-2	
17	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Fulda	100,00			0,7	664	
18	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	9	
19	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Fulda	100,00			0,0	4	
20	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			9,8	47	
21	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		105,1	3.138	
22	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		790,7	60.000	
23	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	0	1)

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €	
24	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			23,4	0	1)
25	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			0,3	0	1)
26	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	1)
27	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	2	
28	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			0,1	42	
29	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-14	
30	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,3	303	
31	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		65,7	4.819	1)
32	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00			2,6	0	1)
33	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0	1)
34	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			363,9	55.402	
35	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,8	-538	
36	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-100	
37	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,8	353	
38	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		145,6	-10.889	
39	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0	1)
40	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0	1)
41	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,0	-118	
42	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		35,5	792	
43	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,1	848	
44	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,5	17	
45	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	6	
46	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,3	299	
47	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	2	
48	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-1	
49	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kopenhagen K, Dänemark	100,00	100,00		0,0	k. A.	
50	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			0,0	1	
51	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	
52	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-3,3	-1.183	
53	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	
54	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	
55	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			9,1	1.209	

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
56	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,4	183
57	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			5,4	332
58	LHT Power Three, LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		50,3	407
59	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			20,9	1.268
60	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			19,3	472
61	Logistica CPH K/S, Kopenhagen K, Dänemark	100,00	100,00		0,0	k.A.
62	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0
63	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-2,6	-317
64	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		14,6	282
65	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	-69
66	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00			0,3	-60
67	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00			0,0	0
68	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5,3	463
69	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0
70	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			28,3	1.410
71	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00			0,0	2
72	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			25,0	k.A.
73	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	-131
74	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Wohnen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k.A.	k.A.
75	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00			-0,2	-357
76	Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-5
77	Projektgesellschaft Eichplatz Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2
78	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
79	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,1	23
80	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-12
81	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	101
82	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	7
83	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-0,2	-217
84	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
85	Vermögensverwaltung „Emaillierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			0,5	103
86	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0
87	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-51
88	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1
89	Zweite OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			0,0	-3
90	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k.A.	k.A.
91	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99			4,8	325

1)

1)

1)

1)

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
92	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00		-9,4	1.654
93	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90			19,6	1.058
94	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,7	1.974
95	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	78,00			-0,7	-714
96	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			-0,7	-191
97	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	2
98	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00			0,0	0
99	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00			9,4	-125
100	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,67	66,67		0,6	53
101	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00		0,4	13
102	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L., Oberursel	50,00	50,00		-2,3	-192
103	Arealogics GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
104	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	33,33	0,7	86
105	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	33,33	0,4	51
106	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,3	-108
107	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			-1,0	158
108	Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-65
109	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	-192
110	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
111	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	10
112	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,4	-4
113	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-2
114	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			1,0	311
115	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
116	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	2
117	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,1	0
118	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,6	364
119	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,0	0
120	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		3,8	4.363
121	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00			0,0	0

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
122	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	33,33	2,3	396
123	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	4
124	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,4	68
125	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Langen (Hessen)	50,00			0,0	76
126	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Langen (Hessen)	50,00			0,0	-11
127	Multi Park Verwaltungs GmbH, Langen (Hessen)	50,00			0,0	-1
128	OFB & Procom Einzelhandelsentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
129	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00			-0,7	-729
130	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-5
131	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	2
132	Sparkassen-Marktservice GmbH, Darmstadt	50,00			5,1	215
133	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00			5,3	-214
134	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklung-KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,2	-41
135	Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-38
136	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		22,6	0
137	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		0,1	4
138	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00			-2,6	-396
139	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		20,7	884
140	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			-4,8	-524
141	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		58,0	5.373
142	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	33,33	1,4	223
143	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			6,7	-122
144	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	33,33	1,5	126
145	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		9,4	1.255
146	Riedemannweg 59-60 GbR, Berlin	32,00	32,00		-4,2	145
147	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-2,8	-467
148	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		22,5	1.248
149	Intelligent Crop Forecasting GmbH in Insolvenz, Darmstadt	27,67			k. A.	k. A.
150	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			-0,6	-509
151	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72		19,24	6,3	3.507

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €
		gesamt	davon unmittelbar			
152	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			2,7	1.409
153	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		16,2	1.313

Anteilsbesitz an großen Kapitalgesellschaften größer 5 % Kapitalanteil

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte %	Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €
		gesamt	davon unmittelbar			
154	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		122,3	12.332

¹⁾ Die Gesellschaft führt ihr Jahresergebnis aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags ab. k. A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

(47) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien
gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	Vorsitzender Präsident Mitglied
Jürgen Fenk	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender Mitglied
Thomas Groß	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Stellv. Vorsitzender Erster stellv. Vorsitzender Mitglied
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellv. Vorsitzender Mitglied Stellv. Vorsitzender

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2015

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner Fenk Groß Dr. Hosemann

Krick Mulfinger Dr. Schraad

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und

die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2015

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner Fenk Groß Dr. Hosemann

Krick Mulfinger Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie

die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt	Peter Flick
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Lagebericht der
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

I. Grundlagen

Rechtliche und organisatorische Struktur

Die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist eine rechtlich unselbstständige, aber selbstständig bilanzierende Einrichtung der Helaba. Sie ist in die Organisation der Helaba eingebunden und wird gemäß der Aufbauorganisation der Sparte Produkte zugeordnet. Die LBS ist Bestandteil der Unternehmenssparte „Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft“, in der die Verbundaktivitäten der Helaba gebündelt sind.

Gemäß den „Grundsätzen für die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen“ besteht ein Bausparkassen-Fachbeirat, dem Vertreter der hessischen und thüringischen Sparkassen angehören und der die Zusammenarbeit der Bausparkasse mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen sowie den Sparkassen im Geschäftsgebiet fördern soll.

Geschäftsmodell

Die LBS ist im Rahmen ihres Geschäftsmodells ein regional tätiges, in der Helaba und der S-Finanzgruppe eingebundenes Finanzdienstleistungsunternehmen „rund um die Immobilie“, zu deren Aufgabe die bedarfsorientierte Betreuung der Kunden in den Bereichen Bausparen, Finanzierung, Immobilien und Altersvorsorge gehört.

Ziele und Strategien

Die Strategie der LBS fokussiert eine einheitliche Ausrichtung aller Aktivitäten auf die nachhaltige Stärkung der Ertragskraft bei konservativem Risikoprofil als Voraussetzung für eine kontinuierliche Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Die Über-

nahme von Risiken erfolgt grundsätzlich unter Beachtung der Risikotragfähigkeit mit dem Ziel des Erwirtschaftens eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags.

Der Baufinanzierungsmarkt ist von intensivem Wettbewerb mit spürbar zunehmender Marktpräsenz von Direktbanken, Internetanbietern und der KfW und dem damit verbundenen Druck auf die Konditionen geprägt. Die LBS setzt in ihrer Vertriebsstrategie auf die tiefe regionale Verwurzelung der Sparkassen. Angesichts des Wachstums in den Vorjahren wird dabei das Gemeinschaftsgeschäft als strategisches Geschäftsfeld der LBS weiterhin ausgebaut, um die vorhandenen Kundenpotenziale der Sparkassen noch intensiver zu nutzen.

Steuerungssystem

Die konsequente Ausrichtung der LBS auf das Erwirtschaften eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags unter Beachtung ihres konservativen Risikoprofils spiegelt sich auch im internen Steuerungssystem wider. Steuerungsgrößen für die operative Geschäftsentwicklung sind das Bruttoneugeschäft und die das Betriebsergebnis vor Steuern maßgeblich mitbestimmenden Komponenten Zins- und Provisionsüberschuss sowie der Verwaltungsaufwand. Darüber hinaus setzt die LBS zur Planung, Steuerung und Kontrolle der Geschäftstätigkeit wertorientierte Kennzahlen wie die Cost-Income-Ratio (Verwaltungsaufwand im Verhältnis zu der Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss und Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge/Aufwendungen), die Liquiditätskennziffer nach Liquiditätsverordnung (LiqV) sowie den Zinsrisikokoeffizienten für das Zinsänderungsrisiko ein.

II. Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach einem kräftigen Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2014 verlor die dynamische Entwicklung im weiteren Jahresverlauf etwas an Schwung. Auslöser hierfür waren einerseits starke Zuwächse bei den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen aufgrund des ungewöhnlich milden Winters. Andererseits sorgten die hinter den Erwartungen zurückbleibende konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone sowie die internationalen Krisen, wie die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten, für Verunsicherung und trübten die wirt-

schaftlichen Aussichten ein. Als Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung erwiesen sich erneut die privaten Konsumausgaben, die von den, bedingt durch den Rückgang der Rohölpreise, gestiegenen real verfügbaren Einkommen sowie der vorteilhaften Arbeitsmarktentwicklung begünstigt wurden. Die monetären Rahmenbedingungen wirkten weiterhin stimulierend. Aufgrund der anhaltend schwachen Konjunktur in der Eurozone und niedriger Inflationsrate reduzierte die Europäische Zentralbank den Hauptrefinanzierungssatz auf ein historisches Tief von 0,05 %. Darüber hinaus verkündete die EZB,

dass die Leitzinsen über einen längeren Zeitraum auf dem aktuellen Niveau verbleiben würden.

Das Wirtschaftswachstum in Hessen lag auf Basis vorläufiger Zahlen im Jahr 2014 bei 1,5 % und entsprach somit in etwa der gesamtdeutschen Entwicklung. Positiv für die hessische Wirtschaft wirkte die überdurchschnittliche Zunahme des Frachtaufkommens und der Passagierzahlen am Logistikkreuz Frankfurter Flughafen. Auch Thüringens Wirtschaft erholte sich 2014 weiter. Die Exportquoten der Industrieunternehmen sind in den beiden Bundesländern in den vergangenen zehn Jahren kräftig gestiegen. Dabei war Europa das Hauptzielgebiet der Exporte, in das 65 % beziehungsweise 72 % der hessischen und thüringischen Ausfuhren gesendet wurden. Die sehr schleppend verlaufende Verbesserung in der Eurozone begrenzte, der gestärkte Binnenkonsum dagegen begünstigte das Wachstum in beiden Bundesländern. Der hessische Arbeitsmarkt zeigte sich in guter Verfassung, die Arbeitslosenquote lag von Januar bis November 2014 mit 5,8 % deutlich unter dem gesamtdeutschen Wert von 6,7 %. Die Arbeitslosenquote lag in Thüringen zwar mit 7,8 % über dem Bundeswert, war jedoch niedriger als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Die sehr niedrigen Hypothekenzinsen, die steigende Bevölkerungszahl, insbesondere in den Ballungsräumen, und die insgesamt positive Wirtschaftslage mit entsprechenden Beschäftigungs- und Arbeitsmarktaussichten führten zu einer hohen Nachfrage nach Wohneigentum in Deutschland. Auch die Diskussionen über die Zukunft der Europäischen Währungsunion und grundsätzliche Zweifel an der Sicherheit von Wertpapieranlagen führten zu einer positiven Bewertung der Anlage in Wohnimmobilien, deren Wert sich weitgehend unabhängig von den Kapitalmärkten entwickelt und die als Sachwert langfristigen Schutz vor Inflation bieten. Auch für Kapitalanleger sind die Immobilien – insbesondere im Rhein-Main-Gebiet – als Alternativen zu sicheren Anleihen, die nach Inflation und Steuern oft eine negative Rendite erzielen, eine attraktive Anlageform. Ein Indiz dafür ist die seit 2009 stetig wachsende Zahl der Baugenehmigungen. Auch in 2014 setzte sich diese positive Entwicklung weiter fort. Die Zahl der genehmigten Wohnungen stieg bis November 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 229.584 und übertraf damit den entsprechenden Vorjahreswert um 4,3 %. Neben einem dynamisch wachsenden Neubau sind auch die Modernisierungsinvestitionen in einen alternden Wohnungsbestand sowie die Investitionen in eine energetische Sanierung weiterhin gestiegen.

Die wichtigen ökonomischen Rahmenbedingungen wie Wirtschaftslage, Arbeitsmarkt und hohe Wohnungsimmobiliennachfrage in Hessen und Thüringen bilden ein positives Umfeld für Bausparen und Baufinanzieren. Deren Einbezug in die staatlich geförderte Altersvorsorge, die eine Nutzung von Bausparverträgen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum vorsieht, wirkte sich im Geschäftsjahr positiv aus.

Vertragsentwicklung

Mit insgesamt 96.799 (2013: 100.005) neu abgeschlossenen Verträgen über eine Bausparsumme von 2.890 Mio. € (2013: 2.756 Mio. €) konnte die LBS volumenbezogen um 4,8 % ihr Vorjahresergebnis verbessern. Die durchschnittliche Bausparsumme pro abgeschlossenen Bausparvertrag stieg um 8,3 %, da die LBS das Finanzierungsgeschäft forcierte.

In Hessen wurden 69.886 Bausparverträge (2013: 72.981) mit einem Bausparvolumen von 2.252 Mio. € (2013: 2.145 Mio. €) vermittelt. In Thüringen wurden 26.913 Bausparverträge (2013: 27.024) über ein Bausparvolumen von 638 Mio. € (2013: 612 Mio. €) akquiriert.

Das eingelöste Neugeschäft übertraf mit 90.714 Bausparverträgen (2013: 94.823) über eine Bausparsumme von 2.613 Mio. € (2013: 2.549 Mio. €) ebenfalls die volumenbezogenen Vorjahreswerte: In Hessen wurden 65.410 Neuverträge (2013: 68.558) über 2.025 Mio. € (2013: 1.970 Mio. €) eingelöst, in Thüringen 25.304 Neuverträge (2013: 26.265) über 588 Mio. € (2013: 579 Mio. €). Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Zuwachs nach Bausparsumme von 2,8 % in Hessen und 1,5 % in Thüringen. Im Geschäftsjahr wurden 44,2 % der Erstverträge mit Bausparern unter 25 Jahre abgeschlossen.

Mit einem stückzahlbezogenen Marktanteil von 35,3 % beziehungsweise 34,5 % in ihren Geschäftsgebieten Hessen und Thüringen behauptete die LBS ihre Spitzenposition in der Branche.

Erfolgreicher S-Verbund

Für Neuabschlüsse haben sich traditionell die hessischen und thüringischen Sparkassen als wichtigste Vertriebspartner erwiesen. Mit 2,2 Mrd. € Bausparsumme beziehungsweise 84,3 % (2013: 83,9 %) ist der Vermittlungsanteil der Sparkassen (inklusive Gemeinschaftsgeschäft) unverändert hoch.

Vertragsbestand

Das durch die LBS betreute Bausparvolumen ist mit 19.583 Mio. € (2013: 19.122 Mio. €) und 809.124 Bausparverträgen (2013: 804.023) im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 % beziehungsweise 0,6 % gestiegen.

Zuteilungsentwicklung

Seit 20 Jahren liegt die für eine Zuteilung notwendige Zielbewertungszahl der LBS konstant bei 224 und ist damit gleich der in den ABB verankerten Mindestbewertungszahl. Im Berichtsjahr wurden 36.854 Verträge über eine Bausparsumme von 809,1 Mio. € zugeteilt.

Von den Zuflüssen zur Zuteilungsmasse entfielen auf den Spargeldeingang einschließlich vermögenswirksamer Leistungen, Wohnungsbauprämie und Zinsgutschriften 839,4 Mio. € (+0,2 %) und auf Tilgung 136,4 Mio. € (-17,5 %). Insgesamt wurden der Zuteilungsmasse 975,8 Mio. € (-2,8 %) zugeführt. Diesen

Zuführungen standen Entnahmen in Höhe von 648,2 Mio. € (-3,3 %) gegenüber. Damit erhöhte sich die Zuteilungsmasse zum Jahresende um 327,6 Mio. €.

Kreditgeschäft

Die Auszahlungen der außerkollektiven Kredite stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Mio. € (+2,1 %) auf 131,0 Mio. €. Die Auszahlungen von Bauspardarlehen sanken vor dem Hintergrund des nach wie vor niedrigen Zinsniveaus um 12,6 % auf 38,4 Mio. €.

Ertragslage

Die deutschen Kapitalmarktzinsen sind aufgrund der anhaltenden Nullzinspolitik der EZB auf einem extrem niedrigen Niveau angelangt. Der Zinsüberschuss inklusive Wertpapierspezialfonds konnte trotzdem mit 66,0 Mio. € um 0,6 Mio. € (+0,9 %) über dem Vorjahreswert gehalten werden und entsprach somit der im Prognosebericht 2013 erwarteten Entwicklung.

Zinserträge

Auf die Zinserträge wirkte mildernd der im Jahresdurchschnitt rückläufige Bestand an Bauspardarlehen. Der Jahresdurchschnittsbestand an Bauspardarlehen ist um 73,0 Mio. € (-17,38 %) gefallen. Auch die durchschnittliche Verzinsung der Bauspardarlehen für das Jahr 2014 ist um 15 Basispunkte auf 4,13 % (2013: 4,28 %) gesunken. Die rückläufigen Mengen- und Zins-effekte führten zu einer Belastung der Zinserträge aus Bauspardarlehen. Die Zinserträge im außerkollektiven Kreditgeschäft reduzierten sich ebenfalls um 0,2 Mio. € auf 19,6 Mio. €. Während der zinswirksame durchschnittliche Bestand um 45,1 Mio. € (+9,1 %) im Vergleich zum Vorjahr stieg, sank die Durchschnittsverzinsung der außerkollektiven Darlehen auf 3,61 % (2013: 3,98 %).

Der erhöhte Anlagenbedarf am Kapitalmarkt infolge der um 229,8 Mio. € (+6,2 %) gestiegenen Bauspareinlagen und des rückläufigen Darlehensgeschäfts wirkte sich absolut positiv auf den Zinsertrag aus. Die Zinserträge aus Geldanlagen stiegen um insgesamt 5,5 Mio. € (+4,8 %). Belastend wirkten das weiterhin niedrige Marktzinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt und die um 0,3 Mio. € (-16,7 %) gesunkenen Fondsausschüttungen.

Zinsaufwand

Positiv wirkte die Tarifpolitik der letzten Jahre auf den Zinsaufwand. Aufgrund des Zuflusses an Bauspareinlagen und trotz der vorgenommenen Einzahlungsbeschränkungen in Rendite-tarifen stieg der Jahresdurchschnittsbestand an Bauspareinlagen in 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 229,8 Mio. € auf 4,0 Mrd. €. Dieser Mengeneffekt wurde jedoch durch die geringere Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen teilkompensiert. Die durchschnittliche Verzinsung für das Jahr 2014 reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,08 Prozentpunkte auf 1,94 %. Die gegenläufigen Mengen- und Zinseffekte führten zu einem Anstieg des Zinsaufwands für Bauspareinlagen um 1,6 Mio. € auf 76,8 Mio. €.

Die kollektive Zinsspanne, berechnet als Differenz aus durchschnittlichen Verzinsungen der Bauspardarlehen und der Bauspareinlagen, lag in 2014 bei 2,19 %.

Provisionsergebnis

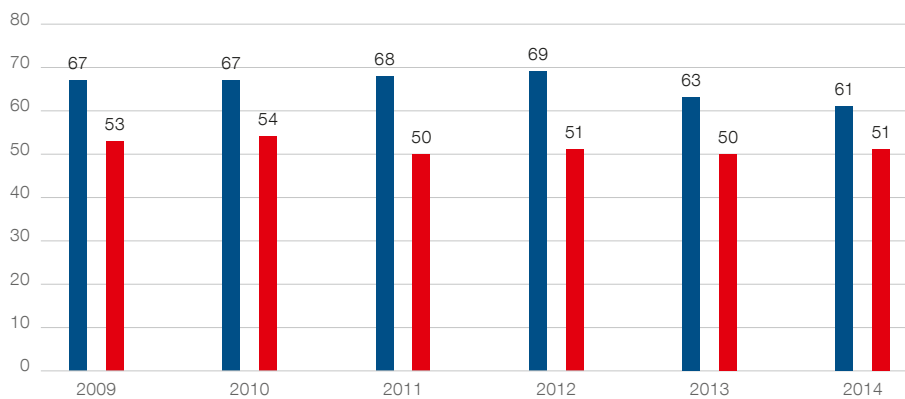
Das Provisionsergebnis ist wie erwartet um 1,9 Mio. € auf -7,3 Mio. € zurückgegangen. Die Provisionsaufwendungen stiegen, bedingt durch die gesteigerten Neugeschäftserfolge im Berichtsjahr, um 1,7 Mio. € (+4,8 %). Die Provisionserträge verzeichneten einen leichten Rückgang um 0,2 Mio. € auf 30,1 Mio. €.

Verwaltungsaufwendungen

Dem Ergebnis aus Zinsüberschuss, Provisionsergebnis und sonstigen Erträgen in Höhe von 60,6 Mio. € (3,2 %) standen 50,9 Mio. € (+1,6 %) aus Verwaltungsaufwand inklusive Abschreibung auf Sachanlagen und sonstigem Aufwand gegenüber. Der Personalaufwand verminderte sich um 0,6 Mio. € auf 23,0 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen insbesondere aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 Mio. € höheren Zinsanteils aus der Zuführung zu Pensionsrückstellungen auf 11,2 Mio. € (+24,4 %). Der Sachaufwand verminderte sich um 0,8 Mio. € auf 16,5 Mio. €. Die Abschreibungen auf Anlagen lagen unverändert zum Vorjahr bei 0,1 Mio. €. Die Verwaltungsaufwendungen nahmen damit die im letzten Jahr prognostizierte Entwicklung.

Wesentliche GuV-Komponenten

in Mio. €



- Zins-/Provisionsergebnis/Sonstige Erträge (inklusive Spezialfonds)
- Verwaltungsaufwand/AfA/Sonstige Aufwendungen (ohne Steuerumlage)

Das Betriebsergebnis vor Steuern beträgt 6,9 Mio. €. Das Vorsteuerergebnis lag um 0,9 Mio. € unter dem Vorjahresniveau und hat somit die Erwartungen übertroffen. Die Cost-Income-Ratio stieg um 3,5 Prozentpunkte auf 80,2 % (2013: 76,7 %) und entsprach damit der erwarteten Entwicklung aus dem Prognosebericht des Vorjahrs.

Finanzlage

Als Nichthandelsbuchinstitut ordnet die LBS ihre gesamten Geschäftspositionen dem Anlagebuch zu. Als Bausparkasse unterliegt die LBS im Rahmen des Spezialbankenprinzips neben den allgemeinen Bestimmungen des KWG den Regelungen des Bausparkassengesetzes (BSpKG). Insbesondere wird durch § 4 Abs. 3 BSpKG die Anlage verfügbarer Gelder geregelt. Die Bausparkasse ist verpflichtet, zur Gewährleistung ihrer Liquidität flüssige Mittel in ausreichender Höhe zu halten. Zum Zeitpunkt der Anlage verfügbarer Gelder erfolgen diese Geldanlagen daher ausschließlich im Sinne des BSpKG als Liquiditätsreserve im Rahmen einer „Buy and hold“-Strategie. Verkäufe vor Fälligkeit erfolgen ausschließlich zur Optimierung der Depotstruktur, zur aktiven Steuerung des Zinsänderungsrisikos, zur Einhaltung vorgegebener Limite der Geschäftsleitung zur Begrenzung von Marktpreisrisiken oder unter Liquiditätsgesichtspunkten.

Die Eigenkapitalstruktur ist durch die Gewinnrücklagen als größten Posten geprägt. Im Eigenkapital der LBS sind keine stillen Einlagen oder nachrangiges Haftkapital enthalten. Die Ausstattung mit Eigenmitteln ist für weiteres Wachstum im Aktivgeschäft ausreichend.

Die LBS berechnet die Eigenmittelanforderungen auf Basis des IRB-Ansatzes. Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR sank in 2014 – auf anhaltend hohem Niveau – auf 51,8 % (2013: 57,7 %). Auch die Kernkapitalquote ging um 2,5 Prozentpunkte auf 51,5 % zurück.

Die Liquiditätskennziffer nach LiqV bewegte sich in 2014 zwischen 1,24 und 1,65 und wurde per 31. Dezember 2014 mit 1,34 erfüllt. Liquiditätsprobleme gab es nicht. Die LBS konnte ihre Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen.

Die Finanzlage der LBS ist geordnet. Die Bausparkasse kann jederzeit ihrer Verpflichtung zur planmäßigen Zuteilung der Bausparsummen gerecht werden.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt mit 4,99 Mrd. € um 0,3 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Die Bauspareinlagen erhöhten sich auf 4.126 Mio. €. Der Rückgang an Baudarlehen um 23 Mio. € auf 849 Mio. € wurde durch den Anstieg der Geldanlagen um 326 Mio. € auf 4.064 Mio. € überkompensiert. Der Anteil der Baudarlehen an der Bilanzsumme sank auf 17,0 %. Die Vor- und Zwischenfinanzierungskredite stiegen im Geschäftsjahr um 7,7 % auf 557 Mio. € und sind weitgehend fristenkongruent refinanziert. Die Vermögenslage der LBS ist geordnet. Insgesamt haben sich in der Vermögensstruktur bei nahezu unverändertem Geschäftsvolumen keine nennenswerten Strukturverschiebungen ergeben.

Die anhaltende Nullzinspolitik einerseits und die weiterhin wirkende Finanzkrise andererseits bewirkten, dass die Kunden das Bausparen wie in Vorjahren auch als sichere Geldanlage fokussierten. Deshalb wurde das Neugeschäft im nicht altersspezifischen Bonustarif begrenzt.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

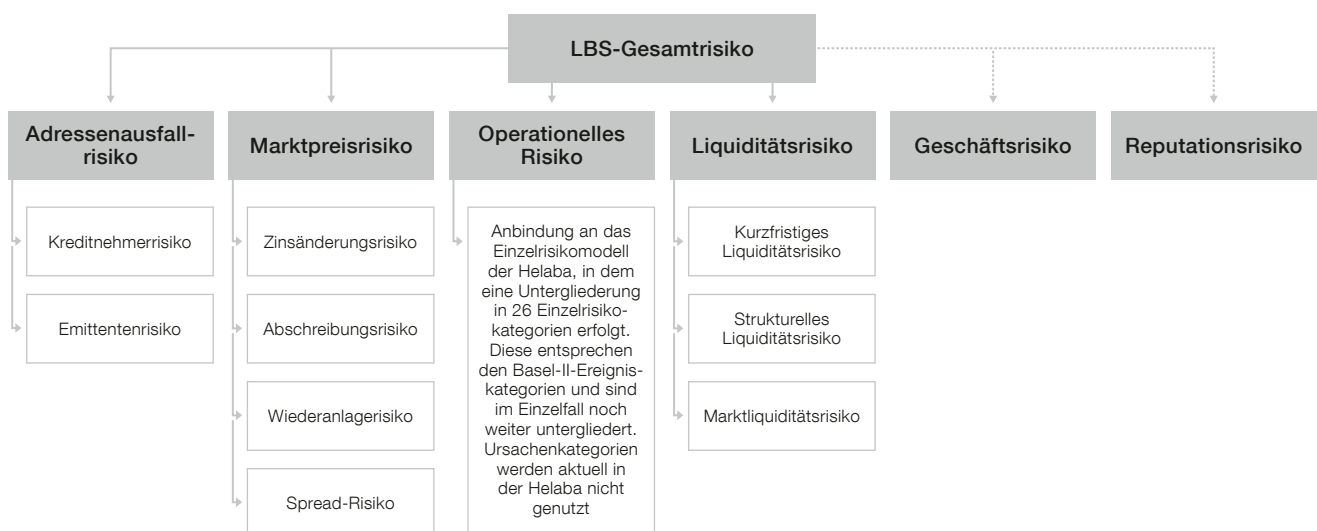
Risikomanagement

Das strategische Risikomanagement der LBS ist darauf ausgerichtet, ihr konservatives Risikoprofil zu sichern beziehungsweise nach Möglichkeit weiter zu optimieren.

Das Risikomanagement der LBS umfasst mit der Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung sowie dem -controlling/-reporting vier aufeinander aufbauende, prozessuale Elemente. Im Rahmen der Risikoidentifikation werden die für die LBS wesentlichen Risiken identifiziert und davon ausgehend klassifiziert. Die Risikoquantifizierung umfasst die quantitative und qualitative Messung und Bewertung von Risiken mittels geeigneter Modelle und Methoden. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der von der Geschäftsleitung vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Anpassungen oder Beibehaltung von Limiten werden positive Wirkungen (Chancen) zum Beispiel auf Prozesse, Geschäfts-, Ertrags- und Kostenentwicklungen gegenübergestellt. Im Rahmen des Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken/Chancen an die jeweils zuständigen

Kompetenzträger statt. Der hierzu implementierte Risikoausschuss wird vierteljährlich mittels eines umfassenden Risikoberichts über die Gesamtrisikolage und -tragfähigkeit, Ergebnisse aus Stress-Szenarien aller wesentlicher Risiken, eventuelle Maßnahmen im Risikomanagement, Besonderheiten im Berichtszeitraum, Entwicklungen zum Vorquartal, Limitauslastungen und Änderungen wesentlicher Parameter, die den Verfahren zur Risikobeurteilung zugrunde liegen, informiert. Für definierte bedeutende Vorkommnisse und Schadensfälle ist ein Ad-hoc-Meldeverfahren eingerichtet, um Geschäftsleitung, Vorstand und interne Revision unverzüglich zu informieren.

Die LBS unterscheidet mit Blick auf die unterschiedlichen Steuerungserfordernisse zwischen den Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelles, Liquiditäts-, Geschäfts- und Reputationsrisiko. Diese Risikoarten sind durch folgende Detailrisiken konkretisiert:



Risikostrategie

Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßig und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken in der LBS fest.

Die Risikostrategie ist Teil der Geschäftsstrategie und gestaltet diese bezüglich des Umgangs mit Risiken aus.

Die Risikostrategie konkretisiert sich für die als wesentlich eingestuften Risiken in den Teilrisikostrategien der Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelles und Liquiditätsrisiko. Des Weiteren bestehen Regelungen für die Geschäfts- und Reputationsrisiken, die wegen Überschneidungen mit dem als wesentlich eingestuften Marktpreisrisiko als nicht wesentlich eingestuft werden.

In einem ergänzenden Risikohandbuch sind Definitionen, Organisation, Instrumente zur Risikoerfassung, -bewertung und -steuerung, Reporting sowie die zugrunde liegenden schriftlich fixierten Regelungen für die einzelnen Risikoarten dokumentiert. Außerdem sind hier der Risikomanagementprozess und die Risikomanagementstruktur beschrieben.

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der aktuell gültigen Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der LBS und der Erfüllung der Aufgaben – eingegangen werden.

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Geschäftsbetriebs und damit auch als Grundlage für die Umsetzung der Risikostrategie hat die LBS den Mitarbeitern Arbeitsanweisungen, Handbücher und Prozessbeschreibungen vorgegeben.

Adressenausfallrisiko

Grundlage für die Übernahme von Risiken aus dem Kreditgeschäft als ein wesentliches Geschäftsfeld der LBS ist die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken.

Die Übernahme von Kreditrisiken erfolgt mit dem Ziel, unter Beachtung der Risikotragfähigkeit einen angemessenen Ertrag zu erwirtschaften. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich beziehungsweise ad hoc bei gravierenden Änderungen der Rahmenbedingungen überprüft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft

Die LBS betreibt als Geschäftsschwerpunkt die private Baufinanzierung als standardisiertes Kundengeschäft. Der Gesamtkreditbestand einschließlich Handelsgeschäfte und unwideraufflicher Kreditzusagen beträgt 5.009,1 Mio. €. Davon entfallen mit 306,4 Mio. € Bauspardarlehen und 542,7 Mio. € außerkollektiven Krediten insgesamt 849,1 Mio. € mit einem Anteil

von 17,0 % an der Bilanzsumme (4.987,6 Mio. €) auf das traditionelle Kreditgeschäft. 90,6 % der Baudarlehen wurden an unselbstständige Privatpersonen vergeben. 62,7 % der Baudarlehen sind durch Grundpfandrechte gesichert.

Im risikorelevanten Kreditgeschäft erfolgt im Zuge des Kreditbewilligungsprozesses eine Kreditentscheidung durch die Spezialkreditbearbeitung (Marktfolge). In diesen Fällen nimmt die LBS die prozessabhängige Erleichterungsregel nach BTO 1.1 TZ 4 der MaRisk bei Drittinitiierung in Anspruch und verzichtet auf das Marktvotum. Die Risikoklassifizierung der Kredite des Mengengeschäfts erfolgt mittels LBS-Kunden-Scoring beziehungsweise Helaba-Rating-Verfahren auf Einzelkundenebene. Im Rahmen der Risikosteuerung werden Analysen des Adressenausfallrisikos anhand fester und/oder dynamischer Auswertungen des Datenbestands der LBS vorgenommen. Die Bewilligung und Verwaltung von Krediten der LBS durch die hessischen und thüringischen Sparkassen sowie durch die Sparkasse Worms-Alzey-Ried im Rahmen der „Finanzierung aus einer Hand“ erfolgt im Treuhandweg auf der Basis der geschlossenen Verträge und ergänzenden Richtlinien unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Das Gesamtvolumen an Einzelwertberichtigungen für Baudarlehen verringerte sich um 1,5 Mio. € auf 8,9 Mio. €. Die Ausfallquote ist die Summe aus Direktabschreibungen und Verbrauch von Risikovorsorgen im Verhältnis zum Kreditvolumen und belief sich auf 0,11 %. Die größte 2014 neu vorgenommene Einzelwertberichtigung für ein Engagement betrug 523,8 Tsd. €. Ausfälle im Rahmen von Handelsgeschäften waren nicht zu verzeichnen.

Emittentenrisiko

Der Anteil der Handelsgeschäfte im Sinne der MaRisk an der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2014 beträgt mit nominal 4.036 Mio. € 80,9 %. Davon sind 86,3 % in Termingeldern mit Ursprungslaufzeiten von bis zu 15 Jahren bei der Helaba angelegt.

Die Geldanlagepolitik der LBS ist konservativ. Zur Vermeidung von Risiken aus dem Adressenausfall eines Emittenten beschränkt sich deren Auswahl bei Schuldscheindarlehen und Namenspapieren fast ausschließlich auf Landesbanken, Förderinstitute sowie deutsche Bundesländer und bei festverzinslichen Wertpapieren auf Titel des Bundes und seiner Länder, deutsche Pfandbriefe und hochqualitative Euro-Staatsanleihen.

Die LBS hatte zum 31. Dezember 2014 keine Forderungen gegenüber den Eurostaaten Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien und Zypern im Bestand.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken beschränken sich für die LBS speziell auf Risiken aus der Veränderung von Lage und Struktur der Zinskurve (Zinsänderungsrisiko). Marktpreisrisiken wie Währungs-

oder Aktienkursrisiken dürfen nach dem BSpKG nicht eingegangen werden.

Das Zinsänderungsrisiko bezieht sich auf das handelsrechtliche (GuV-bezogene) und betriebswirtschaftliche (barwertige) Risiko, das aufgrund von Zinsveränderungen auftreten kann.

Zinsänderungsrisiko

Veränderungen der Marktzinsen wirken sich durch verändertes Verhalten des Bausparkollektivs, im Wiederanlagerisiko aus fälligen Geldanlagen und auf den Wert von Aktiv-/Passivvorläufen aus. Das Zinsänderungsrisiko aus dem Verhalten des Bausparkollektivs beschreibt die Gefahr, dass sich das Bausparkollektiv aufgrund von Marktzinsänderungen anders als prognostiziert verhält. Damit wird der geplante Zinsüberschuss beeinflusst. Regelmäßig im Anschluss an die Bewertungsstichtage der LBS (Quartalsenden) wird eine Kollektivprognose erstellt. Hierbei beträgt der Prognosezeitraum bis zu fünf Jahre. Um veränderte Tendenzen im Verhalten der Bausparer frühzeitig zu erkennen, wird jeweils die Vorquartalsprognose mit den Ist-Daten verglichen und analysiert.

Das Zinsänderungsrisiko aus Aktiv-/Passivvorläufen bezieht sich auf das handelsrechtliche und betriebswirtschaftliche Risiko, das aufgrund von Zinsveränderungen bei einem bewusst eingegangenen Aktiv- oder Passivvorlauf auftreten kann. Für diese strategischen Positionsnahmen werden für die einzelnen Positionen auf Basis der aktuellen Kapitalmarktzinsen wie auch auf Basis verschiedener Zinsszenarien betriebswirtschaftliche Mark-to-Market-Bewertungen (Aktiv- und Passivvorlauf) vorgenommen sowie die Cost of Carrys (Passivvorlauf) und die nicht erzielten Erträge aus Fristentransformation (Aktivvorlauf), die beide direkt den Zinsüberschuss beeinflussen, ausgewiesen. Die strategische Positionsnahme aus Vorläufen wird nicht nach Volumen oder Risiko limitiert, weil die Ergebnisse bereits im Zinsüberschuss impliziert sind.

Das Wiederanlagerisiko resultiert aus der Fälligkeit von Geldanlagen. Werden die Anlagen fällig, kann die frei werdende Liquidität in Abhängigkeit der Entwicklung des Zinsniveaus am Kapitalmarkt unter Umständen nur zu einem geringeren Zinssatz wiederangelegt werden.

Die Steuerung des Risikos, dass bei einem niedrigen Zinsniveau viel Liquidität und bei einem hohen Zinsniveau wenig freie Gelder zur Anlage zur Verfügung stehen, erfolgt über die jährliche Festlegung der Anlagestrategie.

Abschreibungsrisiko

Das Abschreibungsrisiko umfasst das Risiko, aufgrund eines Zinsanstiegs und der daraus resultierenden Kursverluste handelsrechtliche Niederstwertabschreibung auf den eigenen festverzinslichen Wertpapierbestand und auf die Fondsanteile der Wertpapierspezialfonds zum Jahresende vornehmen zu

müssen. Modellgestützt werden Simulationen des voraussichtlichen Abschreibungsbedarfs unter Berücksichtigung des aktuellen Zinsniveaus und verschiedener Zinsszenarien vorgenommen.

Zinsänderungsrisiko (betriebswirtschaftlich)

Das betriebswirtschaftliche Zinsänderungsrisiko beschreibt das Risiko einer negativen Wertentwicklung, das bei sich verändernden Kapitalmarktzinsen aufgrund von Fristeninkongruenzen zwischen der Aktiv- und Passivseite eintritt.

Zur Erfassung, Bewertung und Steuerung des Risikos werden sämtliche Zinsbuch-Cashflows ermittelt und diskontiert. Die Barwertermittlung bei Ad-hoc-Parallelverschiebungen des Zinsniveaus erfolgt mit den seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgegebenen Parametern. Das zinsensensitive Kundenverhalten findet durch entsprechende Cashflow-Darstellung der kollektiven Geldabflüsse (Guthabenauszahlung nach Kündigung, Guthabenauszahlung nach Zuteilung, Auszahlung Bauspardarlehen) und kollektiven Geldzuflüsse (Eingang Spargeld, Eingang Tilgung) Berücksichtigung im Zinsbuch.

Das Zinsänderungsrisiko ist zum 31. Dezember 2014 aktivisch, wobei der Zinsrisikokoeffizient 9,2 beträgt.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken resultieren insbesondere aus bankalltäglichen betrieblichen Aktivitäten und sind somit inhärenter Bestandteil des geschäftlichen Handelns. Im Sinne regulatorischer Vorgaben definiert die LBS das operationelle Risiko als „das Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden“. Diese Definition beinhaltet auch IT- und Rechtsrisiken, nicht aber eventuelle strategische Risiken.

Grundlage für die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken ist das Helaba-Risikomodell, das zwischen den vier Risikoklassen interne Verfahren, Menschen, Systeme sowie externe Ereignisse differenziert.

Basierend auf den Anforderungen der Bankenaufsicht verfolgt die LBS einen integrierten Gesamtansatz für das Management von operationellen Risiken mit dem Ziel, diese auf Basis von Risikoszenarien und Schadensfällen zu messen und zu steuern.

Liquiditätsrisiko

Die kurz- und langfristige Liquiditätsplanung bildet die Grundlage zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie zur Vermeidung unerwarteter Verluste aus dem Fehlen und notwendigen Beschaffen von Geldmitteln zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen.

Als kurzfristiges Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass die LBS aufgrund von fehlenden liquiden Mitteln den Zahlungsverpflichtungen (Kreditauszahlungsverpflichtung, Zinszahlungen, Tilgung von Refinanzierungsmitteln) gar nicht oder nicht vollständig nachkommen könnte oder die Liquiditätskennziffer nach Liquiditätsverordnung (LiqV) unter 1,0 läge. Risikoerfassung, -bewertung und -steuerung erfolgen modellgestützt im Rahmen einer kurzfristigen Liquiditätsprognose, die auf die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung mindestens der nächsten neun bis zwölf Monate abstellt. Dabei werden sämtliche definitiv bekannten Liquiditätszuflüsse und -abflüsse (unter anderem Fälligkeiten, Zinszahlungen, Geldanlagen/-aufnahmen) sowie auf Erfahrungswerte basierenden Liquiditätsgrößen (unter anderem Spargeldzugang/-abgang, Kreditauszahlungen) betrachtet.

Die langfristige Liquiditätsvorausschau (strukturelles Liquiditätsrisiko) erfasst ergänzend alle Geldeingänge und -ausgänge über einen Zeithorizont bis zehn Jahre. Sie berücksichtigt die Liquiditätszuflüsse und -abflüsse aus dem Bausparkollektiv, aus Tages- und Termingeldanlagen sowie Wertpapieren und Wertpapierspezialfonds, Refinanzierungsaufnahmen und -rückzahlungen einschließlich der zuzuordnenden Zinserträge und -aufwendungen sowie betriebsbedingte Zahlungen. Das strukturelle Liquiditätsrisiko wird in Szenarien ermittelt, für die aus Liquiditätssicht unterschiedliche Mindestüberlebensperioden definiert sind.

Das Refinanzierungsrisiko beinhaltet die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen im Sinne einer ausreichenden und kostengünstigen Refinanzierungsbasis.

Als Bausparkasse refinanziert sich die LBS insbesondere über die kollektiven Bauspareinlagen und über die Helaba.

Das Liquiditätsrisiko reduziert sich in diesem Sinne letztendlich auf ein Bonitätsrisiko. Werden Risiken (Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle und sonstige Risiken) schlagend, wirkt sich dies nachteilig auf die Bonität und damit auf den Zugang zum Kapitalmarkt aus. Das Management der anderen Risiken beeinflusst damit gleichzeitig das Liquiditätsrisiko.

Das Marktliquiditätsrisiko birgt die Gefahr einer unzureichenden Marktliquidität, das heißt, dass Positionen aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder wegen Marktstörungen nicht zu fairen oder nahezu fairen Preisen liquidiert werden können. Die LBS wählt bei einer Anlage in festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen den Emittenten sowie das Produkt unter anderem mit Blick auf die Fungibilität des Assets aus, wobei eine Investition generell mit der Absicht erfolgt, sie nicht vorzeitig zu liquidieren. Das Marktliquiditätsrisiko fließt in die Liquiditätsprognosen ein und wird bei der Messung des strukturellen Liquiditätsrisikos berücksichtigt.

Geschäftsrisiko

Die LBS stuft das Geschäftsrisiko als nicht wesentlich ein, da sie die beiden darunter subsumierten wesentlichen Einzelrisiken – Kollektiv- und Marktabsatzrisiko – im als wesentlich eingestuftes Marktpreisrisiko abbildet.

Das Kollektivrisiko ist das Risiko, dass sich das Bausparkollektiv in Abhängigkeit der Veränderungen des Risikoparameters Marktzins anders als prognostiziert verhält. Das Marktabsatzrisiko beinhaltet die Attraktivität des Bausparprodukts, die in Abhängigkeit der Veränderung des Risikoparameters Marktzins zu einem Neugeschäftseinbruch führen kann.

Risikotragfähigkeit

Ziel der Risikotragfähigkeitsrechnung ist, dass die Risikodeckungspotenziale der LBS ihre wesentlichen Risiken laufend abdecken und damit die nachhaltige und dauerhafte Unternehmensfortführung gesichert ist. Zum Nachweis werden mögliche Risikopotenziale und verfügbare Risikodeckungspotenziale quantifiziert und gegenübergestellt.

Zur Beurteilung ihrer Risikotragfähigkeit unterscheidet die LBS zwischen einer periodischen (bilanziellen) Stichtags- und einer rollierenden 12-Monats-Sicht.

Das Risikodeckungspotenzial bestimmt sich auf Basis erwarteter Ergebnis- und bilanzieller Eigenkapitalgrößen. Die Komponenten des Risikodeckungspotenzials werden entsprechend ihrer Verfügbarkeit, ihrem Vorsorgecharakter und regulatorischen Mindestanforderungen priorisiert.

Um die Risikotragfähigkeitsrechnung auf Stabilität zu überprüfen, führt die LBS gezielte Berechnungen im Normal-, Risiko- und Stress-Szenario durch. Zur Beurteilung der Wirkungen auf die Risikotragfähigkeit werden sowohl auf der Ebene des einzelnen Risikos als auch risikoartenübergreifend auf Institutsebene Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse werden in der Risikoberichterstattung mit ihrer potenziellen Auswirkung auf die Risikosituation und das Risikodeckungspotenzial dargestellt.

Die Risikoberechnung in den Szenarien erfolgt für alle Risikoarten separat. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn das Risikopotenzial durch das Risikodeckungspotenzial jederzeit unter Berücksichtigung der regulatorisch benötigten Eigenmittel abgedeckt ist.

Für die operative Steuerung der Risikotragfähigkeit und die damit verbundene dauerhafte Sicherung der Unternehmensfortführung wird ausgehend vom ermittelten Risikodeckungspotenzial der Anteil festgelegt, der zur Absorption von Risiken eingesetzt werden soll. Dieser festgelegte Anteil am Risikodeckungspotenzial, die Risikodeckungsmasse, entspricht dem Gesamtrisikolimit der LBS, das auf die einzelnen Risikoarten alloziert wird.

Die Entscheidung zur Festlegung des Anteils am Risiko- deckungspotenzial kann dabei direkt auf die Kennzahlen des Risikomonitorings im Rahmen des Haftungsverbunds der LBS- Gruppe und damit auf die dort definierten einzelnen Ampel- stufen wirken. Im Umkehrschluss sind die im Rahmen des Risikomonitorings festgelegten Ziele auch im Entscheidungs- prozess zur Festlegung des Anteils am Risiko deckungspotenzial von Bedeutung.

Die Risikoquantifizierung zu den Quartalsstichtagen ergab, dass auch im Maximalbelastungsfall (Stress-Szenario) das Risikopotenzial weniger als 50 % des zur Verfügung stehenden Risiko deckungspotenzials auslastet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Zur Sicherstellung der langfristigen Erfüllbarkeit der abge- schlossenen Bausparverträge erstellt die LBS vierteljährlich eine Kollektivprognose (Quartalsprognose) sowie jährlich eine laufende Kollektivüberwachung (LKÜ). Die LKÜ und der zu- gehörige kollektive Lagebericht werden der BaFin übermittelt und enthalten eine Beschreibung der Ausgangslage, Szenarien mit Ergebnisdarstellung und deren Analyse sowie eine Gesamt- bewertung. Gemäß dem kollektiven Lagebericht 2014 ist die Verfügbarkeit ausreichender Mittel für die Zuteilung der Bau- sparverträge dauerhaft sichergestellt.

Das Gesamtinstitutslimit in der Risikotragfähigkeitsrechnung war im abgelaufenen Jahr (Quartalsbasis) eingehalten.

Auslastung Gesamtinstitutslimit

Stichtag	Stichtagssicht 31.12.2013	Rollierende 12-Monats-Sicht
31.03.2014	36 %	48 %
30.06.2014	23 %	45 %
30.09.2014	23 %	62 %
31.12.2014	44 %	44 %

Die Kennzahl nach LiqV lag per 31. Dezember 2014 bei 1,34. Die Gesamtkapitalquote gemäß CRR betrug 51,8 %. Das zur Risikoabdeckung vorhandene Eigenkapital war jederzeit aus- reichend.

Ausblick für das Jahr 2015

Im Jahr 2015 erwartet die LBS, dass, trotz aller geopolitischen Krisen, der schwache Euro die Rahmenbedingungen für exportierende Unternehmen verbessern wird und der deutsche Export insgesamt im Vergleich zum Vorjahr etwas stärker zulegen dürfte. Unterstützung für die deutsche Konjunktur wird vor dem Hintergrund positiver Rahmenbedingungen in 2015 erneut von privaten Konsumausgaben ausgehen.

Die LBS erwartet, dass die EZB den momentanen Leitzinssatz bis zum Ende des Jahres 2015 auf sehr niedrigem Niveau belässt.

Die Rahmenbedingungen für eine Ausweitung der Wohnungs- bauinvestitionen schätzt die LBS aufgrund der positiven Be- schäftigungs- und Einkommensaussichten sowie kräftigen Zuwanderung als sehr gut ein. Bei historisch günstigen Finan- zierungskonditionen und einer guten binnenwirtschaftlichen Entwicklung rechnet die LBS im kommenden Jahr mit einer erhöhten Nachfrage nach privatem Wohnraum. Während in Hessen die Zuwanderung aus anderen europäischen Ländern weiterhin zunimmt, ist die Bevölkerung in Thüringen seit dem letzten Zensus im Mai 2011 um 1,3 % gesunken. Mittelfristig wird der Trend zum Wohnen in der Stadt beziehungsweise in der unmittelbaren Umgebung zum Anstieg der Wohnungs- baunachfrage beitragen. Belastende Auswirkungen auf den Wohnungsbestand könnten die Einwohnerverluste in Teilen Thüringens haben. Angesichts der andauernden Nullzinspolitik sind Bau- und Modernisierungsinvestitionen günstig zu finan- zieren. Die Bausparverträge bieten hierbei eine zinssichere und kalkulierbare Grundlage für die Durchführung eines Bau- vorhabens beziehungsweise für die Anschlussfinanzierung und werden abgeschlossen, um das niedrige Zinsniveau langfristig zu sichern. Deshalb ist Bausparen für einen großen Teil der Bevölkerung, der die beste Altersvorsorge zunehmend in der entschuldeten Immobilie sieht, attraktiv. Zusätzlich bietet der altersgerechte Umbau aufgrund der demographischen Ent- wicklung in den nächsten Jahren zusätzliches Wachstumspotenzial. Die vergleichsweise niedrige Eigentumsquote in Deutschland und die Einbeziehung des selbst genutzten Wohneigentums in die staatliche Förderung der privaten Alters- vorsorge („Wohn-Riester“) eröffnet aufgrund des vorhandenen Interesses ein hohes Potenzial für das Bausparen. Dies wird durch das Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz noch deutlich erhöht. Darüber hinaus werden die Klimaschutzinteressen sowie die zu erwartenden energetisch erforderlichen Moderni- sierungsinvestitionen aufgrund des alternden Wohnbestands die Finanzierungsnachfrage beleben. Die LBS geht davon aus, dass insbesondere die Bausparverträge mit Riester-Förderung zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum noch stärkere Akzeptanz finden, sodass im Produktfeld Wohn-Riester vor- handene Marktpotenziale weiterhin ausgeschöpft werden können.

Andererseits besteht das Risiko, dass die Verbraucher das Eigen- tum statt mit Bausparverträgen auf anderem Wege günstig finanzieren und die Darlehen der Altтарifgenerationen nicht abgerufen werden.

Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die LBS durch den Wegfall des Bonustarifs ein Bruttoneugeschäft unter dem Vorjahres- niveau. Aufgrund bereits ergriffener und in Vorbereitung be- findlicher Kollektivmaßnahmen geht die LBS auch im Umfeld einer Nullzinspolitik der EZB von einem Zinsüberschuss auf Vorjahresniveau aus. Die Prognose der Zahlen basiert auf der Kollektivsimulation, die in der Regel einen Zeitraum von 20 Jahren umfasst. Die Ausgangsbasis für die Kollektivsimu- lation bildet der vollständige Vertragsbestand, die Änderungen

des Verhaltens der Bausparer werden dabei im Zeitablauf berücksichtigt. Zur Prognose der zukünftigen Zinsentwicklung werden die Forward-Zinssätze verwendet, die sich aus der zum Stichtag der Prognoseerstellung gültigen Zinsstruktur ableiten. Die LBS erwartet für das Geschäftsjahr 2015 durch die geplanten Neuanlagen ein aktives ZÄR. Die Kennzahl nach LiqV wird im Bereich 1,1 bis 1,5 erwartet.

Im Vergleich zum Vorjahr geht die LBS von einem leicht schwächeren Provisionsergebnis aus. Im Verwaltungsaufwand ist aufgrund des fortgeführten konsequenten Kostenmanagements nur mit geringen Steigerungen aus dem letztjährigen Tarifabschluss für das Bankgewerbe und aus geschäftsabhängigen Aufwandspositionen zu rechnen. Im Resultat erwartet die LBS für 2015 einen Anstieg der Cost-Income-Ratio.

Den bevorstehenden Herausforderungen wird die LBS mit einem stringenten Kostenmanagement, ergebnisstabilisierenden Kollektivmaßnahmen sowie einer hohen Effizienz begegnen. Die LBS sieht sich für die kommenden Herausforderungen gerüstet. Aufgrund des Ausbaus der vertriebsstrategischen Maßnahmen werden die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Sparkassen sowie ein flächendeckend agierender Außendienst weiterhin die Position der LBS stärken.

Zusammengefasst erwartet die LBS für 2015 ein Vorsteuerergebnis zwischen 3 und 4 Mio. €.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 24. Februar 2015

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Groß	Dr. Hosemann
Krick	Mulfinger	Dr. Schraad	

Jahresabschluss der
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt,

zum 31. Dezember 2014

– in der Bilanz der Gesamtbank enthalten –

Aktivseite

in Tsd. €

				2014	2013
Barreserve					
Kassenbestand				–	1
Forderungen an Kreditinstitute					
a) Bauspardarlehen			0		0
b) Andere Forderungen			3.928.896		3.603.441
Darunter: Täglich fällig	147.192				(93.653)
				3.928.896	3.603.441
Forderungen an Kunden					
a) Baudarlehen					
aa) Aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		306.388			368.671
ab) Zur Vor- und Zwischenfinanzierung		537.977			497.979
ac) Sonstige		4.713			4.961
Darunter: Durch Grundpfandrechte gesichert	530.250				(554.863)
			849.078		871.611
b) Andere Forderungen			57.633		56.473
				906.711	928.084
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				146.601	145.304
Immaterielle Anlagewerte					
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			0		0
d) Geleistete Anzahlungen			3.436		171
				3.436	171
Sachanlagen				336	354
Sonstige Vermögensgegenstände				1.581	1.508
Rechnungsabgrenzungsposten				28	56
Summe der Aktiva				4.987.589	4.678.919

Passivseite

in Tsd. €

				2014	2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) Bauspareinlagen			28.078		23.261
Darunter: Auf zugeteilte Verträge	5.172				(5.070)
b) Andere Verbindlichkeiten			494.742		459.000
Darunter: Täglich fällig	9.494				(8.689)
				522.820	482.261
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft					
aa) Bauspareinlagen		4.098.182			3.837.737
Darunter:					
Auf gekündigte Verträge	38.090				(30.582)
Auf zugeteilte Verträge	78.674				(76.735)
			4.098.182		3.837.737
b) Andere Verbindlichkeiten					
ba) Täglich fällig		4.333			2.933
			4.333		2.933
				4.102.515	3.840.670
Sonstige Verbindlichkeiten				8.045	7.778
Rechnungsabgrenzungsposten				2.912	3.455
Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			96.294		89.332
b) andere Rückstellungen			10.577		10.049
				106.871	99.381
Fonds zur bauspartechnischen Absicherung				9.020	9.020
Fonds für allgemeine Bankrisiken				25.000	25.000
Eigenkapital					
a) Gewinnrücklagen			207.900		207.900
b) Bilanzgewinn			2.506		3.454
				210.406	211.354
Summe der Passiva				4.987.589	4.678.919
Andere Verpflichtungen					
Unwiderrufliche Kreditzusagen				22.073	23.694

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

– in der GuV der Gesamtbank enthalten –

in Tsd. €

				2014	2013
Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften					
aa) Bauspardarlehen		14.326			17.984
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		19.403			19.579
ac) Sonstigen Baudarlehen		176			218
ad) Sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften		118.469			112.671
			152.374		150.452
Zinsaufwendungen					
a) Für Bauspareinlagen		76.802			75.244
b) Andere Zinsaufwendungen		11.043			11.607
			87.845		86.851
				64.529	63.601
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				1.500	1.800
Provisionserträge					
a) Aus Vertragsabschluss und -vermittlung		23.591			22.591
b) Aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		384			1.714
c) Aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		8			2
d) Andere Provisionserträge		6.087			5.920
			30.070		30.227
Provisionsaufwendungen					
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung		32.829			31.038
b) Andere Provisionsaufwendungen		4.584			4.656
			37.413		35.694
				-7.343	-5.467
Sonstige betriebliche Erträge				1.933	2.689
Übertrag:				60.619	62.623

in Tsd. €

				2014	2013
Übertrag:				60.619	62.623
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		18.642			18.975
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen Für Altersversorgung und für Unterstützung		4.374			4.584
			23.016		23.559
Darunter: Für Altersversorgung	1.339				(1.355)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen			16.489		17.300
				39.505	40.859
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen				166	256
Sonstige betriebliche Aufwendungen				15.555	13.272
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				859	2.739
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				4.534	5.497
Außerordentliche Aufwendungen			2.028		2.043
Außerordentliches Ergebnis				-2.028	-2.043
Jahresüberschuss				2.506	3.454
Bilanzgewinn				2.506	3.454

Anhang der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen,

Frankfurt am Main/Erfurt, zum 31. Dezember 2014

Allgemeine Angaben, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die LBS ist eine rechtlich unselbstständige Einrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen und ist verpflichtet, nach § 18 Abs. 3 BSpKG einen gesonderten Jahresabschluss zu erstellen. Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach dem Handelsgesetzbuch sowie den ergänzenden Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt unter Beachtung aller zulässigen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden um die für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt.

Im gesetzlichen Formblatt vorgesehene, aber nicht belegte Posten sind nicht aufgeführt.

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt worden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit den ihrer Restlaufzeit entsprechenden von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst worden.

Der Bestand an nicht festverzinslichen Wertpapieren ist wie Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, ausgewiesen. Seit dem Jahr 2011 macht die LBS von dem gesetzlich verankerten Wahlrecht Gebrauch und aktiviert die Wirtschaftsgüter über 410 € und unter 1.000 € anstelle des bisherigen Einstellens in die ab 2008 gebildeten Sammelposten. Die bestehenden Sammelposten wurden bis zur vollständigen Abschreibung fortgeführt. Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert. Erstmals wurden Eigenleistungen für die Erstellung eines immateriellen Vermögensgegenstands erbracht und aktiviert.

Die von Ausfallrisiken betroffenen Forderungen an Kunden und die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen an den Außendienst sind durch Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe berücksichtigt. Für latent vorhandene Kreditrisiken bestehen darüber hinaus Pauschal-

wertberichtigungen. Für die besonderen Risiken von Kreditinstituten bestehen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Alle Wertberichtigungen und Vorsorgereserven sind aktivisch abgesetzt.

Für Einnahmen beziehungsweise Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Erträge beziehungsweise Aufwendungen in Folgejahren darstellen, hat die LBS Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Die Pensionsverpflichtungen werden zum Bilanzstichtag durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2014
Zinssatz	4,54 %
Gehaltstrend	2,25 %
Rententrend	1,00 % – 2,25 %
Fluktuationsrate	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und mit den korrespondierenden Pensionsverpflichtungen verrechnet. Sofern der beizulegende Zeitwert dieser Vermögensgegenstände den Wertansatz der Rückstellungen übersteigt, ist dieser Betrag auf der Aktivseite als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ auszuweisen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im

Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus dem Näherrücken des Erfüllungszeitpunkts und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Aufwendungen und Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Die noch nicht fälligen Forderungen aus Abschlussgebühren der LBS-Wohn-Riester-Verträge (Tarif Classic Riester, Varianten FR und SR) wurden laufzeitgerecht abgezinst. Der Barwert der Gebühren wird vollständig im Jahr des Vertragsabschlusses vereinnahmt. Zum 31. Dezember 2014 wurden noch nicht fällige Forderungen aus Riester-Abschlussgebühren in Höhe von 5,8 Mio. €. (2013: 4,7 Mio. €.) aktiviert.

Zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs erfolgt mittels einer Berechnung auf Basis eines barwertigen Ansatzes eine Prüfung, ob eine Drohverlustrückstellung nach § 340a i. V. m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB gebildet werden muss. Diese Berechnung ergab, dass eine Rückstellungsbildung nicht erforderlich ist.

Im Bewertungsergebnis sind Aufwände für Versicherungen gegen Kreditausfälle in Höhe von 0,3 Mio. € enthalten, die im Vorjahr (0,1 Mio. €) noch unter den anderen Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen wurden. Die Vorjahresangaben in der GuV wurden entsprechend angepasst.

Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und GuV

Gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen Forderungen in Höhe von 3.693,2 Mio. € (2013: 3.367,7 Mio. €) und Verbindlichkeiten in Höhe von 485,2 Mio. € (2013: 450,3 Mio. €).

Gliederung nach Restlaufzeiten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Andere Forderungen an Kreditinstitute		
Täglich fällig	147,2	93,6
Bis drei Monate	106,7	189,8
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	180,0	115,0
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.040,0	955,0
Mehr als fünf Jahre	2.455,0	2.250,0
Forderungen an Kunden		
Bis drei Monate	50,7	56,3
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	101,2	106,6
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	443,3	476,1
Mehr als fünf Jahre	311,5	289,1

In den Forderungen an Kunden sind keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Restlaufzeiten aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten wurden bis Zuteilung ermittelt.

Die Zins- und Tilgungsrückstände einschließlich Tilgungsersatzleistungen mit mehr als drei Monatsraten betragen bei Baudarlehen einschließlich der gekündigten Engagements 5,7 Mio. € (2013: 6,4 Mio. €).

Die Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet die Anteile an fünf Spezial-AIF-Sondervermögen, die ausschließlich in festverzinsliche Wertpapiere investieren und börsenfähig, aber nicht börsennotiert sind. Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Fondsanteile verkauft. Die gemäß § 285 Nr. 26 HGB erforderlichen Angaben zu den Spezial-AIF-Sondervermögen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Spezial-AIF-Sondervermögen	Buchwert in Mio. € (BW)	Marktwert in Mio. € (MW)	Δ in Mio. € (MW) – (BW)	Ausschüttung in Mio. €	Tägl. Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
	31.12.2014	31.12.2014		2014		
HI-LBS-Fonds	28,0	28,0	0,0	0,0	Ja	Nein
HI-LBS-2-Fonds	28,9	28,9	0,0	0,5	Ja	Nein
HI-LBS-4-Fonds	29,1	29,1	0,0	0,3	Ja	Nein
HI-LBS-5-Fonds	30,0	30,0	0,0	0,3	Ja	Nein
HI-LBS-6-Fonds	30,6	30,6	0,0	0,4	Ja	Nein
	146,6	146,6	0,0	1,5		

Die Deka-Fonds-Anteile aus der Entgeltumwandlung und zur Absicherung der Rückstellung für Altersteilzeit werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB als Deckungsvermögen mit den entsprechenden Rückstellungen verrechnet.

Die immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen haben sich – ausgehend von den gesamten Anschaffungs- und Herstellungskosten – in Tsd. € wie folgt entwickelt:

	Immaterielle Anlagewerte		Sachanlagen (BGA)	
	2014	2013	2014	2013
Anschaffungs-/Herstellungskosten 1.1.	22.011	21.840	5.542	5.328
Zugänge	3.265	171	160	259
Umbuchungen	0	0	0	0
Abgänge	0	0	1.956	45
Abschreibungen insgesamt	21.840	21.840	3.410	5.188
Restbuchwert am 31.12.	3.436	171	336	354
Abschreibungen	(0)	(0)	(166)	(256)

In dem Posten Sonstige Vermögensgegenstände werden im Wesentlichen gezahlte Provisionsvorschüsse an und Provisionsrückforderungen gegen den Außendienst ausgewiesen.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält noch nicht aufgelöste Beträge in Höhe von 3 Tsd. € aus über dem Nennbetrag erworbenen Schuldscheindarlehen.

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ohne Bauspareinlagen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällig	9,5	8,7
Bis drei Monate	42,9	17,7
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	72,9	51,0
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	235,1	269,7
Mehr als fünf Jahre	134,3	111,9

Die aufgenommenen Fremdgelder in Höhe von 485,2 Mio. € (2013: 450,3 Mio. €) dienen ausschließlich der Refinanzierung des außerkollektiven Geschäfts.

In dem Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen Provisionsverbindlichkeiten gegenüber dem Außendienst enthalten.

In der Position Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind 2,5 Mio. € (2013: 2,7 Mio. €) Disagio aus Forderungen enthalten. Bei dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten für Darlehensgebühren erfolgte im Berichtsjahr eine Auflösung in Höhe von 0,3 Mio. € (2013: 1,6 Mio. €).

Aufgrund der Anwendung von Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ergibt sich zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von 20,2 Mio. € (2013: 22,3 Mio. €).

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 1,8 Mio. €, der beizulegende Zeitwert 2,1 Mio. €. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 2,4 Mio. €.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge in Höhe von 175 Tsd. € mit Aufwendungen in Höhe von 234 Tsd. € aus diesen Vermögensgegenständen beziehungsweise Schulden verrechnet.

Die Rückstellungen für die Bonifikation des Vertriebs und für die Rückerstattung der Abschlussgebühren bei Darlehensverzichten weisen den größten Anteil an den anderen Rückstellungen auf.

Der Fonds zur baupartechnischen Absicherung dient der langfristigen Sicherung des Kollektivs. Der Fonds ist versteuert und unverändert zum Vorjahr mit 9,0 Mio. € dotiert.

Die rechtsverbindlichen Auszahlungsverpflichtungen setzen sich zusammen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Aus Zuteilungen	1,4	1,8
Zur Vor- und Zwischenfinanzierung	20,2	21,3
Aus sonstigen Baudarlehen	0,5	0,6
Summe	22,1	23,7

Aus diesen wird die LBS mit hoher Wahrscheinlichkeit nahezu vollständig in Anspruch genommen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten vor allem erstmals erbrachte Eigenleistungen für die Erstellung eines immateriellen Vermögensgegenstands in Höhe von 0,6 Mio. € und die Erträge aus der Zeitschrift „Das Haus“ in Höhe von 0,5 Mio. € (2013: 0,6 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus dem Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 10,9 Mio. € (2013: 8,1 Mio. €) und der Steuerumlage in Höhe von 4,4 Mio. € (2013: 4,3 Mio. €). Die Steuerumlage belastet in voller Höhe das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und ist durch das im Vergleich zum Vorjahr unveränderte außerordentliche Ergebnis um 0,6 Mio. € vermindert.

Mit Wirkung auf das außerordentliche Ergebnis hat die LBS von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, im Jahr 2014 analog zum Vorjahr für die Rückstellung für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen 1/15 des Unterschiedsbetrags aus der geänderten Rückstellungsbewertung zuzuführen; dies entspricht 2,0 Mio. €.

Sonstige Angaben

Für das Geschäftsjahr 2014 wurden für die Abschlussprüfung 151 Tsd. € (2013: 172 Tsd. €) und für sonstige Leistungen 0 Tsd. € (2013: 5 Tsd. €), die von Konzern-Unternehmen der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden, berechnet. Die Bezüge der Mitglieder der

Organe der Landesbank Hessen-Thüringen, die auch für die LBS zuständig sind, wurden von der Bank gezahlt. Die Mitglieder der Organe sind im Anhang der Bank aufgeführt. Baudarlehen an Mitglieder des Verwaltungsrats (Personen im Sinne des § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 RechKredV) bestehen in Höhe von 25 Tsd. € (2013: 43 Tsd. €).

Die Bezüge für die Mitglieder des LBS-Fachbeirats beliefen sich auf insgesamt 26 Tsd. € (2013: 24 Tsd. €).

Die LBS Hessen-Thüringen beschäftigte 2014 im Jahresdurchschnitt 291 Mitarbeiter, davon 167 weibliche und 124 männliche.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 24. Februar 2015

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner Fenk Groß Dr. Hosemann

Krick Mulfinger Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäfts-

tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 24. Februar 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Flick	ppa. Robert Pekdeger
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Beirat der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

im Geschäftsjahr 2014

Vorsitzender

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Stv. Vorsitzender

Bernd Woide
Landrat des
Kreises Fulda

Mitglieder

Wolfgang Asche
Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Nordhausen

Stephan Bruhn
Mitglied des Vorstands der
Frankfurter Sparkasse

Erhard Bückemeier
Vorstandsvorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Jena-Saale-Holzland

Andreas Fabich
Mitglied des Vorstands der
Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden

Thomas Fügmann
Landrat des
Saale-Orla-Kreises

Manfred Görig
Landrat des
Vogelsbergkreises

Marco Jacob
Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Arnstadt-Ilmenau

Jochen Johannink
Stv. Vorsitzender des Vorstands der
Kasseler Sparkasse

Lothar Theis
Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Dillenburg

Manfred Vögtlin
Stv. Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Bensheim

Wolfgang Wilke
Mitglied des Vorstands der
Sparkasse Werra-Meißner

Jürgen Zich
Mitglied des Vorstands der
Kreissparkasse Schlüchtern

Statistische Angaben zum Bauspargeschäft

Bewegung der Zuteilungsmasse im Jahr 2014

A. Zuführungen

in Tsd. €

I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss): noch nicht ausgezahlte Beträge	3.496.483
II. Zuführungen im Geschäftsjahr	
1. Sparbeträge (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	760.727
2. Tilgungsbeträge ¹⁾ (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	136.395
3. Zinsen auf Bauspareinlagen	78.707
4. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	0
5. Sonstige	
a) Fremdgeld und eigene Mittel	0
Insgesamt	4.472.312

B. Entnahmen

in Tsd. €

I. Entnahmen im Geschäftsjahr	
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt	
a) Bauspareinlagen	279.175
b) Baudarlehen	74.049
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	294.997
3. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	0
4. Sonstige	
a) Fremdgeld und eigene Mittel	0
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres ²⁾	3.824.091
Insgesamt	4.472.312

Anmerkungen:

¹⁾ Tilgungsbeträge sind auf die reine Tilgung entfallende Anteile der Tilgungsbeiträge.

²⁾ In dem Überschuss der Zuführungen sind unter anderem enthalten:

a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf zugeteilte Verträge in Tsd. €: 83.846

b) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen in Tsd. €: 1.426

Bestandsbewegung im Jahr 2014

Alle Tarife

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahrs	743.220	17.613.784	60.803	1.508.425	804.023	19.122.209
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	90.714	2.612.741	–	–	90.714	2.612.741
2. Übertragung	1.756	47.118	128	2.755	1.884	49.873
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	16.499	286.719	–	–	16.499	286.719
4. Teilung	328	–	12	–	340	–
5. Zuteilung	–	–	36.854	809.081	36.854	809.081
6. Sonstiges	3.308	146.566	119	4.226	3.427	150.792
Insgesamt	112.605	3.093.144	37.113	816.062	149.718	3.909.206
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	36.854	809.081	–	–	36.854	809.081
2. Herabsetzung	–	227.100	–	1.365	–	228.465
3. Auflösung	56.521	1.203.557	14.916	375.996	71.437	1.579.553
4. Übertragung	1.756	47.118	128	2.755	1.884	49.873
5. Zusammenlegung	847	–	–	–	847	–
6. Vertragsablauf	–	–	13.710	345.749	13.710	345.749
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	16.499	286.719	16.499	286.719
8. Sonstiges	3.308	146.248	78	3.203	3.386	149.451
Insgesamt	99.286	2.433.104	45.331	1.015.787	144.617	3.448.891
D. Reiner Zugang/Abgang	13.319	660.040	–8.218	–199.725	5.101	460.315
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	756.539	18.273.824	52.585	1.308.700	809.124	19.582.524
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	1.638	51.256	111	3.844	1.749	55.100
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2014 (Geschäftsjahr)					4.866	206.886
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2014					23.151	783.671
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €					328.848	3.163.232
Über 10.000 bis 25.000 €					256.148	4.595.443
Über 25.000 bis 50.000 €					108.785	4.278.434
Über 50.000 bis 150.000 €					56.723	4.708.859
Über 150.000 bis 250.000 €					4.643	882.877
Über 250.000 bis 500.000 €					1.174	389.415
Über 500.000 €					218	255.563
Insgesamt					756.539	18.273.824
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 24.202 €						

Tarifgruppe I (Tarife A, B, C, D)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahrs	3.974	108.651	851	26.210	4.825	134.861
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	–	–	–	–	–	–
2. Übertragung	16	450	2	92	18	542
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	48	1.374	–	–	48	1.374
4. Teilung	1	–	–	–	1	–
5. Zuteilung	–	–	74	2.195	74	2.195
6. Sonstiges	6	112	–	–	6	112
Insgesamt	71	1.936	76	2.287	147	4.223
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	74	2.195	–	–	74	2.195
2. Herabsetzung	–	184	–	–	–	184
3. Auflösung	237	5.452	42	1.019	279	6.471
4. Übertragung	16	450	2	92	18	542
5. Zusammenlegung	–	–	–	–	–	–
6. Vertragsablauf	–	–	269	8.446	269	8.446
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	48	1.374	48	1.374
8. Sonstiges	6	111	–	–	6	111
Insgesamt	333	8.393	361	10.930	694	19.323
D. Reiner Zugang/Abgang	–262	–6.457	–285	–8.643	–547	–15.100
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	3.712	102.194	566	17.567	4.278	119.761
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	90	1.982	6	120	96	2.102
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2014 (Geschäftsjahr)					–	–
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2014					–	–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €					778	4.400
Über 10.000 bis 25.000 €					1.380	20.121
Über 25.000 bis 50.000 €					889	28.290
Über 50.000 bis 150.000 €					635	43.921
Über 150.000 bis 250.000 €					28	4.750
Über 250.000 bis 500.000 €					2	712
Über 500.000 €					–	–
Insgesamt					3.712	102.194

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 27.995 €

Tarifgruppe II (Tarife Classic, Classic V, Vario 1, 2, 3)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahrs	24.341	548.047	14.348	379.470	38.689	927.517
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	1	54	–	–	1	54
2. Übertragung	81	1.742	14	375	95	2.117
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	464	10.599	–	–	464	10.599
4. Teilung	14	–	1	–	15	–
5. Zuteilung	–	–	916	22.227	916	22.227
6. Sonstiges	51	954	18	563	69	1.517
Insgesamt	611	13.348	949	23.165	1.560	36.513
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	916	22.227	–	–	916	22.227
2. Herabsetzung	–	538	–	4	–	542
3. Auflösung	1.850	39.446	506	11.781	2.356	51.227
4. Übertragung	81	1.742	14	375	95	2.117
5. Zusammenlegung	–	–	–	–	–	–
6. Vertragsablauf	–	–	5.031	124.062	5.031	124.062
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	464	10.599	464	10.599
8. Sonstiges	54	1.066	17	561	71	1.627
Insgesamt	2.901	65.020	6.032	147.382	8.933	212.402
D. Reiner Zugang/Abgang	–2.290	–51.672	–5.083	–124.217	–7.373	–175.889
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahrs	22.051	496.375	9.265	255.253	31.316	751.628
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	197	4.385	27	1.055	224	5.440
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2014 (Geschäftsjahr)					1	10
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2014					–	–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €					3.700	23.726
Über 10.000 bis 25.000 €					11.517	168.954
Über 25.000 bis 50.000 €					4.646	148.391
Über 50.000 bis 150.000 €					2.128	142.360
Über 150.000 bis 250.000 €					48	8.545
Über 250.000 bis 500.000 €					10	3.376
Über 500.000 €					2	1.023
Insgesamt					22.051	496.375

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahrs betrug 24.001 €

Tarifgruppe III (Tarife Classic S, L, Vario E, U, R)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahrs	55.584	1.003.136	18.239	444.121	73.823	1.447.257
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	3	42	–	–	3	42
2. Übertragung	226	4.222	31	541	257	4.763
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	2.100	38.179	–	–	2.100	38.179
4. Teilung	43	–	2	–	45	–
5. Zuteilung	–	–	3.163	61.872	3.163	61.872
6. Sonstiges	80	1.764	21	484	101	2.248
Insgesamt	2.452	44.208	3.217	62.897	5.669	107.105
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	3.163	61.872	–	–	3.163	61.872
2. Herabsetzung	–	3.059	–	186	–	3.245
3. Auflösung	4.764	75.136	1.188	26.002	5.952	101.138
4. Übertragung	226	4.222	31	541	257	4.763
5. Zusammenlegung	–	–	–	–	–	–
6. Vertragsablauf	–	–	3.981	96.138	3.981	96.138
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	2.100	38.179	2.100	38.179
8. Sonstiges	99	2.307	16	349	115	2.656
Insgesamt	8.252	146.595	7.316	161.395	15.568	307.990
D. Reiner Zugang/Abgang	–5.800	–102.387	–4.099	–98.498	–9.899	–200.885
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	49.784	900.749	14.140	345.623	63.924	1.246.372
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	178	3.844	20	820	198	4.664
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2014 (Geschäftsjahr)					45	1.810
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2014					–	–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €					16.425	133.332
Über 10.000 bis 25.000 €					25.651	410.331
Über 25.000 bis 50.000 €					5.475	187.116
Über 50.000 bis 150.000 €					2.164	154.360
Über 150.000 bis 250.000 €					59	10.918
Über 250.000 bis 500.000 €					9	3.158
Über 500.000 €					1	1.534
Insgesamt					49.784	900.749

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 19.498 €

Tarifgruppe IV (Tarife Classic S1, L1, N1, F1, Vario E1, U1, R1)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahrs	155.515	3.623.803	20.196	462.308	175.711	4.086.111
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	853	48.785	–	–	853	48.785
2. Übertragung	448	12.004	50	951	498	12.955
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	11.632	181.116	–	–	11.632	181.116
4. Teilung	104	–	8	–	112	–
5. Zuteilung	–	–	22.685	460.423	22.685	460.423
6. Sonstiges	316	12.820	51	1.148	367	13.968
Insgesamt	13.353	254.725	22.794	462.522	36.147	717.247
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	22.685	460.423	–	–	22.685	460.423
2. Herabsetzung	–	90.747	–	693	–	91.440
3. Auflösung	20.267	398.267	9.203	222.615	29.470	620.882
4. Übertragung	448	12.004	50	951	498	12.955
5. Zusammenlegung	4	–	–	–	4	–
6. Vertragsablauf	–	–	3.340	88.838	3.340	88.838
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	11.632	181.116	11.632	181.116
8. Sonstiges	627	26.146	33	744	660	26.890
Insgesamt	44.031	987.587	24.258	494.958	68.289	1.482.545
D. Reiner Zugang/Abgang	–30.678	–732.862	–1.464	–32.436	–32.142	–765.298
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahrs	124.837	2.890.941	18.732	429.872	143.569	3.320.813
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	351	10.750	44	1.237	395	11.987
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2014 (Geschäftsjahr)					78	4.370
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2014					–	–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €					51.349	439.276
Über 10.000 bis 25.000 €					48.546	862.281
Über 25.000 bis 50.000 €					15.571	632.864
Über 50.000 bis 150.000 €					8.318	723.526
Über 150.000 bis 250.000 €					844	158.432
Über 250.000 bis 500.000 €					195	62.361
Über 500.000 €					14	12.201
Insgesamt					124.837	2.890.941

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahrs betrug 23.130 €

Tarifgruppe V (Tarife Classic2007 S, B, F, N, Classic Young)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahrs	387.797	9.065.736	7.080	194.547	394.877	9.260.283
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	790	38.694	–	–	790	38.694
2. Übertragung	839	22.930	31	796	870	23.726
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	2.170	53.885	–	–	2.170	53.885
4. Teilung	135	–	1	–	136	–
5. Zuteilung	–	–	9.571	252.548	9.571	252.548
6. Sonstiges	631	31.374	23	1.937	654	33.311
Insgesamt	4.565	146.883	9.626	255.281	14.191	402.164
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	9.571	252.548	–	–	9.571	252.548
2. Herabsetzung	–	82.170	–	482	–	82.652
3. Auflösung	21.892	487.820	3.819	111.224	25.711	599.044
4. Übertragung	839	22.930	31	796	870	23.726
5. Zusammenlegung	2	–	–	–	2	–
6. Vertragsablauf	–	–	1.073	27.975	1.073	27.975
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	2.170	53.885	2.170	53.885
8. Sonstiges	1.734	78.009	11	1.529	1.745	79.538
Insgesamt	34.038	923.477	7.104	195.891	41.142	1.119.368
D. Reiner Zugang/Abgang	–29.473	–776.594	2.522	59.390	–26.951	–717.204
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	358.324	8.289.142	9.602	253.937	367.926	8.543.079
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	565	19.687	14	611	579	20.298
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2014 (Geschäftsjahr)					555	32.248
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2014					–	–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €					177.362	1.770.910
Über 10.000 bis 25.000 €					111.995	2.060.403
Über 25.000 bis 50.000 €					43.666	1.755.840
Über 50.000 bis 150.000 €					22.222	1.939.695
Über 150.000 bis 250.000 €					2.393	456.457
Über 250.000 bis 500.000 €					591	193.872
Über 500.000 €					95	111.965
Insgesamt					358.324	8.289.142

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 23.220 €

Tarifgruppe VI (Tarife Classic2012 S, B, F, FL, N, Classic Young)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahrs	87.828	2.279.427	80	1.574	87.908	2.281.001
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	16.019	447.576	–	–	16.019	447.576
2. Übertragung	107	4.789	–	–	107	4.789
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	27	528	–	–	27	528
4. Teilung	14	–	–	–	14	–
5. Zuteilung	–	–	225	5.305	225	5.305
6. Sonstiges	154	7.120	1	20	155	7.140
Insgesamt	16.321	460.013	226	5.325	16.547	465.338
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	225	5.305	–	–	225	5.305
2. Herabsetzung	–	21.820	–	–	–	21.820
3. Auflösung	4.958	122.348	106	2.388	5.064	124.736
4. Übertragung	107	4.789	–	–	107	4.789
5. Zusammenlegung	4	–	–	–	4	–
6. Vertragsablauf	–	–	13	192	13	192
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	27	528	27	528
8. Sonstiges	503	26.473	1	20	504	26.493
Insgesamt	5.797	180.735	147	3.128	5.944	183.863
D. Reiner Zugang/Abgang	10.524	279.278	79	2.197	10.603	281.475
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	98.352	2.558.705	159	3.771	98.511	2.562.476
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	150	5.985	–	–	150	5.985
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2014 (Geschäftsjahr)					2.173	88.879
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2014					1	30
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €					47.290	472.672
Über 10.000 bis 25.000 €					27.602	513.775
Über 25.000 bis 50.000 €					13.868	551.946
Über 50.000 bis 150.000 €					8.577	737.922
Über 150.000 bis 250.000 €					746	142.145
Über 250.000 bis 500.000 €					212	73.242
Über 500.000 €					57	67.003
Insgesamt					98.352	2.558.705

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 26.012 €

Tarifgruppe VII (Tarife Classic2014 S, B, F, FL, N, Classic Young)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahrs	–	–	–	–	–	–
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	64.932	1.749.843	–	–	64.932	1.749.843
2. Übertragung	39	981	–	–	39	981
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	14	211	–	–	14	211
4. Teilung	17	–	–	–	17	–
5. Zuteilung	–	–	129	2.413	129	2.413
6. Sonstiges	1.859	84.221	1	20	1.860	84.241
Insgesamt	66.861	1.835.257	130	2.433	66.991	1.837.690
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	129	2.413	–	–	129	2.413
2. Herabsetzung	–	24.816	–	–	–	24.816
3. Auflösung	1.178	28.131	44	838	1.222	28.969
4. Übertragung	39	981	–	–	39	981
5. Zusammenlegung	715	–	–	–	715	–
6. Vertragsablauf	–	–	–	–	–	–
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	14	211	14	211
8. Sonstiges	74	3.895	–	–	74	3.895
Insgesamt	2.135	60.236	58	1.049	2.193	61.285
D. Reiner Zugang/Abgang	64.726	1.775.021	72	1.384	64.798	1.776.405
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	64.726	1.775.021	72	1.384	64.798	1.776.405
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	82	3.780	–	–	82	3.780
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2014 (Geschäftsjahr)					16	1.467
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2014					18.319	591.981
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €					28.410	283.913
Über 10.000 bis 25.000 €					19.471	360.464
Über 25.000 bis 50.000 €					10.010	396.302
Über 50.000 bis 150.000 €					6.157	527.771
Über 150.000 bis 250.000 €					475	92.309
Über 250.000 bis 500.000 €					154	52.424
Über 500.000 €					49	61.838
Insgesamt					64.726	1.775.021

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 27.414 €

Tarifgruppe Riester (Tarife FR, SR)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahrs	28.181	984.984	9	195	28.190	985.179
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	8.116	327.747	–	–	8.116	327.747
2. Übertragung	–	–	–	–	–	–
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	44	827	–	–	44	827
4. Teilung	–	–	–	–	–	–
5. Zuteilung	–	–	91	2.098	91	2.098
6. Sonstiges	211	8.201	4	54	215	8.255
Insgesamt	8.371	336.775	95	2.152	8.466	338.927
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	91	2.098	–	–	91	2.098
2. Herabsetzung	–	3.766	–	–	–	3.766
3. Auflösung	1.375	46.957	8	129	1.383	47.086
4. Übertragung	–	–	–	–	–	–
5. Zusammenlegung	122	–	–	–	122	–
6. Vertragsablauf	–	–	3	98	3	98
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	44	827	44	827
8. Sonstiges	211	8.241	–	–	211	8.241
Insgesamt	1.799	61.062	55	1.054	1.854	62.116
D. Reiner Zugang/Abgang	6.572	275.713	40	1.098	6.612	276.811
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	34.753	1.260.697	49	1.293	34.802	1.261.990
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	25	843	–	–	25	843
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2014 (Geschäftsjahr)					1.998	78.102
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2014					4.831	191.660
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €					3.534	35.003
Über 10.000 bis 25.000 €					9.986	199.115
Über 25.000 bis 50.000 €					14.660	577.685
Über 50.000 bis 150.000 €					6.522	439.302
Über 150.000 bis 250.000 €					50	9.322
Über 250.000 bis 500.000 €					1	270
Über 500.000 €					–	–
Insgesamt					34.753	1.260.697

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 36.262 €

Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen

Hauptsitze

Frankfurt am Main
MAIN TOWER
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/91 32-01
Telefax 0 69/29 15 17

Erfurt
Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon 03 61/2 17-71 00
Telefax 03 61/2 17-71 01

Bausparkasse

**Landesbausparkasse
Hessen-Thüringen**

Offenbach am Main
Strahlenbergerstraße 13
63067 Offenbach
Telefon 0 69/91 32-02
Telefax 0 69/91 32-29 90

Erfurt
Bonifaciusstraße 19
99084 Erfurt
Telefon 03 61/2 17-60 2
Telefax 03 61/2 17-70 70

Förderbank

**Wirtschafts- und
Infrastrukturbank Hessen**
Strahlenbergerstraße 11
63067 Offenbach
Telefon 0 69/91 32-01
Telefax 0 69/91 32-24 83

Niederlassungen

Düsseldorf
Uerdinger Straße 88
40474 Düsseldorf
Telefon 02 11/3 01 74-0
Telefax 02 11/3 01 74-92 99

Kassel
Ständeplatz 17
34117 Kassel
Telefon 05 61/7 06-60
Telefax 05 61/7 06-8 65 72

London
3rd Floor
95 Queen Victoria Street
London EC4V 4HN
Großbritannien
Telefon +44 20/73 34-45 00
Telefax +44 20/74 89-03 76

New York
420, Fifth Avenue
New York, N. Y. 10018
USA
Telefon +1 2 12/7 03-52 00
Telefax +1 2 12/7 03-52 56

Paris
118, avenue des Champs Elysées
75008 Paris
Frankreich
Telefon +33 1/40 67-77 22
Telefax +33 1/40 67-91 53

Repräsentanzen

Madrid
(für Spanien und Portugal)
General Castaños, 4
Bajo Dcha.
28004 Madrid
Spanien
Telefon +34 91/39 11-0 04
Telefax +34 91/39 11-1 32

Moskau
Novinsky Boulevard 8
Business Centre Lotte,
20th Floor
121099 Moskau
Russland
Telefon +7 4 95/2 87-03-17
Telefax +7 4 95/2 87-03-18

Shanghai
Unit 022, 6th Floor
Hang Seng Bank Tower
1000 Lujiazui Ring Road
Shanghai, 200120
China
Telefon +86 21/68 77 77 07
Telefax +86 21/68 77 77 01

Immobilienbüros

Berlin
Joachimsthaler Straße 12
10719 Berlin
Telefon 0 30/2 06 18 79-13 14
Telefax 0 30/2 06 18 79-69

München
Lenbachplatz 2a
80333 München
Telefon 0 89/5 99 88 49-11
Telefax 0 89/5 99 88 49-10

Sparkassen- verbundbank-Büros

Düsseldorf

Uerdinger Straße 88
40474 Düsseldorf
Telefon 02 11/3 01 74-0
Telefax 02 11/3 01 74-92 99

München

Lenbachplatz 2a
80333 München
Telefon 0 89/5 99 88 49-14
Telefax 0 89/5 99 88 49-10

Stuttgart

Kronprinzstraße 11
70173 Stuttgart
Telefon 07 11/28 04 04-0
Telefax 07 11/28 04 04-20

Berlin

Joachimsthaler Straße 12
10719 Berlin
Telefon 0 30/2 06 18 79-13 10
Telefax 0 30/2 06 18 79-69

Auswahl der Tochtergesellschaften

Frankfurter Sparkasse

Neue Mainzer Straße 47–53
60311 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/26 41-0
Telefax 0 69/26 41-29 00

1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH

Borsigallee 19
60388 Frankfurt am Main
info@1822direkt.com
Telefon 0 69/9 41 70-0
Telefax 0 69/9 41 70-71 99

Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG

JUNGHOF
Junghofstraße 26
60311 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/1 56 86-0
Telefax 0 69/1 56 86-1 40

Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG

Börsenstrasse 16, Postfach
8022 Zürich
Schweiz
Telefon +41 44/2 65 44 44
Telefax +41 44/2 65 44 11

Helaba Invest

Kapitalanlagegesellschaft mbH
JUNGHOF
Junghofstraße 24
60311 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/2 99 70-0
Telefax 0 69/2 99 70-6 30

GWH

Wohnungsgesellschaft mbH
Hessen
Westerbachstraße 33
60489 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/9 75 51-0
Telefax 0 69/9 75 51-1 50

OFB Projektentwicklung GmbH

Speicherstraße 55
60327 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/9 17 32-01
Telefax 0 69/9 17 32-7 07

Impressum

Herausgeber

Helaba
Landesbank Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt

Konzeption und Gestaltung

3st kommunikation, Mainz

Druck

Druckerei Braun & Sohn, Maintal

Copyright

© Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, 2015

Alle Rechte, insbesondere das Recht zur Vervielfältigung (auch auszugsweise), vorbehalten. Der Jahresfinanzbericht 2014 darf nicht ohne schriftliche Genehmigung der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme vervielfältigt werden.



Helaba
Landesbank Hessen-Thüringen

MAIN TOWER
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/91 32-01

Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon 03 61/2 17-71 00

www.helaba.de